

# ASTA ZEITUNG

ZEITUNG DER STUDIERENDENSCHAFT DER UNIVERSITÄT FRANKFURT



**80 Jahre  
Nie wieder**

Winter

2025



# Impressum

**Hrsg.**

AStA der Universität  
Frankfurt am Main

**V. i. S. d. P.**

AStA-Vorstand:  
Bleta Berisha  
Tjark-Hagen Kandulski  
Safin Rahi  
Alessio Dale

**Anschrift**

Mertonstr. 26–28,  
60325 Frankfurt a. M.

**Web**

[www.asta-frankfurt.de](http://www.asta-frankfurt.de)

**eMail**

[info@asta-frankfurt.de](mailto:info@asta-frankfurt.de)

**Redaktion**

AStA-Zeitungsreferat:  
Lennart Bade  
Lukas Geisler  
Jule Tabel

**Koordination & Administration**

David Höhnerbach

**eMail**

[zeitung@asta-frankfurt.de](mailto:zeitung@asta-frankfurt.de)

**Druck**

Bechtle Verlag&Druck

**Gestaltung**

[gegenfeuer.net](http://gegenfeuer.net)

**Auflage**

1.000

**Jahrgang**

2025

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht  
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder  
des AStA oder der Redaktion wider.  
Die Rechte der Artikel liegen bei den  
Autor\*innen.

**Eigentumsvorbehalt**

Liegen bei niemanden. Geben Sie  
diese Zeitung jeder x-beliebigen  
Person für x Äquivalente weiter.

**Bildnachweise**

Die Bildrechte liegen bei den jeweiligen  
Autor\*innen oder sind direkt vermerkt.

# Editorial

Während die letzte Ausgabe der AStA-Zeitung den Blick auf utopische Zukünfte wagte, blicken wir in dieser Ausgabe auf ein vergangenes Ereignis zurück, das sich zum 80. Mal jährt und doch so viel mit der Gegenwart zu tun hat: Am 27. Januar 1945 wurde der Lagerkomplex Auschwitz von der Roten Armee befreit. Darunter war neben dem Mordlager Auschwitz-Birkenau auch das KZ Auschwitz III Monowitz, das von der I.G. Farben als firmeneigenes Konzentrationslager betrieben wurde – eine Entscheidung, die im derzeitigen Hauptgebäude der Frankfurter Universität, der damaligen I.G.-Farben-Zentrale, gefällt wurde.

Gegenwärtig und zukünftig bleibt Adornos Forderung gültig, wonach »unser Denken und Handeln so einzurichten« sei, »dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nicht ähnliches geschehe« (Adorno: Negative Dialektik).

Derzeit bestimmt der allgemein bekanntere Ausruf »Nie Wieder!« oder »Nie Wieder ist jetzt!« zwar oft den Diskurs, wenn der aufkeimende Rechtsruck thematisiert wird. Doch was genau sagt dieses »Nie Wieder« aus? Die vermeintliche »Stunde Null« der BRD-Gründung ist nicht mehr als eine Legende – viele, die Verfolgung und Konzentrationslager überlebt hatten oder aus der Emigration zurückkehrten, mussten in den folgenden Jahren erkennen, dass ihre einstigen Peiniger weiterhin an zentralen Hebeln der Macht der jungen BRD saßen. Eine Entnazifizierung fand nie statt.

Sicherlich wiederholt sich Geschichte nicht. Es ist nicht »5 vor 33«, sondern 2025.

Doch heute normalisieren sich extrem rechte Parteien, autoritäre Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit. Weltweit regieren faschistoide Kräfte, erringen Mehrheiten in demokratischen Wahlen. Die autoritäre Kontinuität findet neuen Nährboden. Rassismus, Misogynie und Antisemitismus haben Konjunktur.

Parteien, die noch Anfang 2024 nach der Veröffentlichung der *Correctiv*-Recherche über Deportationspläne an Wohlfühl-Großdemonstrationen gegen Rechts teilgenommen haben, sind nun mehr denn je Teil der autoritären Formierung. Sie schließen Grenzen, schieben ab, befeuern rassistische Rhetorik und höhlen das Asylrecht aus. Die Partei, gegen die sich die Proteste vielfach richteten, erfreut sich nun bester

Wahlumfragewerte und was damals noch als skandalöse »Enthüllung« galt, steht nun nonchalant im offiziellen Wahlprogramm. Zuletzt wurde auf ihrem Parteitag Anfang Januar offen »Remigration« gesprochen, während Gegendemonstrant\*innen von der Polizei geschlagen und mit Hunden attackiert wurden. Unser erster Artikel dieser Ausgabe geht darauf ein.

Und auch in den europäischen Nachbarländern sieht es nicht besser aus. In den meisten von ihnen sind rechtspopulistische und extreme Parteien entweder bereits an der Macht oder im Aufstieg. In den USA hat erst kürzlich ein Rechtspopulist seine zweite Amtszeit angetreten – mit einem bejubelten Hitlergruß auf offener Bühne.

Vor diesem Hintergrund könnte das Thema diese Ausgabe nicht aktueller sein. Wir haben euch gefragt, welche Entwicklungen ihr beobachtet und was wir tun müssen, um das Versprechen, dass sich Auschwitz nicht nochmal wiederhole, aktiv einzuhalten.

In der Ausgabe warten sowohl spannende theoretische Beiträge zur Faschisierung, als auch konkretere Einblicke in den Umgang von Bildungsinstitutionen mit dem Nationalsozialismus und rechten Akteuren auf euch. Außerdem gibt es zwei kreative Texte zum Ausgaben-thema und mehrere Rezensionen.

Somit ist die aktuelle Ausgabe der AStA-Zeitung nicht nur eine gute Möglichkeit, um sich (weiter) zu informieren, sondern auch eine Erinnerung daran, warum jetzt nicht aufgegeben werden darf und weiter gegen den Faschismus gekämpft werden muss.

**Lest und diskutiert die Texte dieser Ausgabe, informiert und organisiert euch!**

Eure Redaktion

Lennart Bade, Lukas Geisler, Jule Tabel



# Inhalte

## Thema

- 06 Ziviler Ungehorsam und antifaschistische Ohnmacht**  
Nicolai Kary
- 10 Was auf Österreich unter einem »Volkskanzler« Kickl zukommt**  
Aaron Tauss
- 12 ZWEITER AUGUST**  
Maria Ivanov
- 14 Weitermachen! Zur Bedeutung der »Forschungsstelle NS-Pädagogik« an der Goethe-Universität**  
Benjamin Ortmeyer
- 16 Bildung gegen Faschismus  
Zwei Interviews mit der Weibelfeldschule Dreieich**  
Benjamin Lothar Sachs
- 18 Elemente einer Theorie der Faschisierung  
Zur Kritik des linken Faschismusbegriffs**  
Emanuel Kapfinger
- 24 Universität ohne Nazis?  
Eine Chronologie von Auseinandersetzungen mit der extremen Rechten an der Goethe-Universität**
- 26 Damit aus der halben Demokratie keine ganze Autokratie wird**  
Tim Rieth
- 28 Der Faschist und sein Kartenhaus**  
Jule Tabel
- 30 Das liberale Denken des Faschismus**  
Erkut Bükülmez
- 34 Solidarisch in den Untergang?**  
Paula Liva Fredrich



## Aus der Studierendenschaft

- 42 **Eure Politik macht uns arm!  
Schluss mit der Sparpolitik  
gegen Studierende**
- 44 **Inklusion im Studium  
Welche individuelle und  
gesellschaftspolitische  
Unterstützung es gibt – und  
was muss verbessert werden?**  
Rosa di Nero & Iris Schneider

## Forum

- 36 **Frankfurter Wohnverhältnisse**  
Lukas Geisler
- 38 **Angela Merkel &  
Beate Baumann: Freiheit**  
Rezension von Lennart Bade
- 40 **Für die Vergesellschaftung  
des Öffentlichen**  
Rezension von Lukas Geisler
- 41 **Der Philosoph  
Habermas und Wir**  
Rezension von  
Konstantin Schiewer



## Call for Papers

- 54 **Körper**



# Ziviler Ungehorsam und antifaschistische Ohnmacht

Nicolai Kary

Im Jahr 2024 hatten Proteste gegen rechts Hochkonjunktur. Im Frühjahr rollt die »größte Protestwelle in der Geschichte der Bundesrepublik« durchs Land. Tradierte Bündnisse und neue Allianzen kommen auf der Straße zusammen. Die extreme Rechte schwelgt in einem Hochgefühl, während sich im antifaschistischen Lager Ohnmacht breit macht. Was es jetzt braucht ist ein antifaschistisches Comeback.



Im Frühjahr 2024 erlebte Deutschland eine beispiellose Welle des Protests gegen rechts. Empörung machte sich breit auf den Straßen und Plätzen im Land. In Städten wie Berlin, Leipzig und Hamburg versammelten sich Hunderttausende unter dem Slogan „Wir sind die Brandmauer“. Vielerorts wehten Fahnen von Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Kulturinitiativen und auch die von Parteien neben denen von lokalen Antifagruppen, auf denen das Logo der antifaschistischen Aktion prangte. Der Leitspruch „Nie wieder Faschismus“ erfuhr eine neue Wendung: „Nie wieder ist jetzt“.

Einer Analyse des Berliner Instituts für Bewegungs- und Protestforschung zufolge waren die Demonstrationen gegen Rechts zu Beginn des Jahres die „größte Protestwelle in der Geschichte der Bundesrepublik“. Zwischen Mitte Januar und Ende März 2024 waren rund 3,6 Millionen Menschen auf den Straßen. Auch abseits der Metropolen versammelten sich zeitweise fast täglich Menschen für Kundgebungen und Demonstrationen. Den Moment ließen sich auch Politiker:innen nicht entgehen. Selbst Bundeskanzler Olaf Scholz erschien auf einer Kundgebung Mitte Januar in Potsdam.


»Doch neben Gefühlen der Stärke und Hoffnung machte sich in der antifaschistischen Bewegung schnell auch Skepsis breit.«

Parolen wie jene „Alle zusammen gegen den Faschismus“ hallten durch die Republik. Mancherorts wurde auf Bannern gar das „Antifajahr 2024“ ausgerufen. Doch neben Gefühlen der Stärke und Hoffnung machte sich in der antifaschistischen Bewegung schnell auch Skepsis breit. Ist im Kampf gegen die extreme Rechte mit Massenprotesten wirklich was gewonnen? Was bleibt von den Protesten, wenn die Welle abebbt? Insbesondere im Osten des Landes drängte sich Vielen die Frage auf, ob das viel beschworene „Wir sind mehr“ tatsächlich noch überall gilt.

## Rechtes Taumeln im Hochgefühl

Anlass für die landesweiten Proteste war eine Veröffentlichung der Medienplattform *Correctiv*. In ihrem Bericht „Geheimplan gegen Deutschland“ berichteten sie von einem rechten Vernetzungstreffen im Landhotel Adlon bei Potsdam. AfD-Politiker, Neonazis, Mitglieder der CDU und Werteunion sowie finanzstarke Unterstützer:innen der extrem Rechten sollen dort über millionenfache Vertreibung nach rassistischen Kriterien diskutiert haben. Bundesweit wurde der Bericht von *Correctiv* medial aufgegriffen. Martin Sellner, Posterboy der selbsternannten ‚Identitären Bewegung‘ und ‚Remigrations‘-Stichwortgeber, inszenierte die mediale Öffentlichkeit anschließend als einen Erfolg.

Für Faschist:innen aller Couleur wurde „Remigration“ in der folgenden Zeit verstärkt zum Kampfbegriff. Ein Euphemismus für



die Forderungen nach Massenvertreibungen. Die AfD-Thüringen plakatierte im Wahlkampf etwa „Sommer, Sonne, Remigration“. Der bayerische AfD-Landesverband beschloss im November eine „bayerische Resolution für Remigration“. Für die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“, die selbst dem Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem gilt, soll 2025 „Remigrationsjahr“ werden. Und auch im Wahlprogramm der AfD ist der Begriff seit dem AfD-Bundesparteitag im thüringischen Riesa gesetzt. Zuletzt wurde nach dem Aufliegen der selbsternannten „Sächsischen Separatisten“ auch die unvermeidliche Liaison zwischen der AfD und dem rechtsterroristischen Milieu erneut sichtbar.

Derweil ist der Drift nach Rechts vielerorts auch im Alltag spürbar. Angriffe auf linke Aktivist:innen und auf Politiker:innen sorgen wiederholt für Schlagzeilen. Kader der neonazistischen Kameradschaftsszene und ihr heranwachsender Nachwuchs in Springerstiefeln und Lonsdale-Shirt lassen Erinnerungen an die 90'er wieder aufleben. Auf zahlreichen CSD's kommt es im Sommer 2024 zu etlichen Bedrohungsszenarien. Erstmals benötigten CSD-Veranstaltungen so andauernd Schutz und antifaschistische Mobilisierung.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg erzielte die AfD Ergebnisse rund 30 Prozent. In Thüringen wurde die Partei mit fast 33 Prozent sogar stärkste Kraft. Auch aktuelle Wahlprognosen verheißeln nichts Gutes. Mit rund 20 Prozent könnte die AfD als zweitstärkste Kraft bei der kommenden Bundestagswahl in den Bundestag einziehen. Auch nach den Massenprotesten im letzten Jahr sind Wahlergebnisse und -prognosen der AfD nach wie vor hoch.

## Die neue rechte Mitte

Der progressiven Linken fehlt es an parlamentarischer Vertretung. Warnten jahrelang vor allem Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft und antifaschistischen Praxis vor den Gefahren der AfD, macht es heute zumindest auf den ersten Blick den Anschein, man habe in Sachen Gefahrenanalyse Fortschritte gemacht. War der Diskurs um die AfD in den vergangenen Jahren eher zaghaft, sprechen nun sogar auch Politiker:innen von Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte von Faschismus. In Reaktion auf den *Correctiv*-Bericht äußerte sich beispielsweise Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis90/die Grünen) auf einer Kundgebung in Potsdam, sie stehe ein „gegen alten und neuen Faschismus“.

124 Abgeordnete aller Parteien, ausgenommen der FDP, dem BSW und der AfD, befürworteten einen möglichen AfD-Verbotsantrag. Zu einer Abstimmung darüber im Bundestag ist es derweil nicht gekommen. Doch mit antifaschistischem Ruhm hat sich die Ampelregierung nicht bekleckert. Im Gegenteil – und das feierte auch die extreme Rechte im Netz: Bundeskanzler Olaf Scholz forderte im vergangenen Jahr gegenüber dem Spiegel, man müsse „endlich im großen Stil [...] abschieben“.

Auch die Union arbeitete jüngst im Bundestagswahlkampf fleißig an einer Verschiebung des Sagbaren nach rechts. Zuletzt sorgte die Union nach dem Sturz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad mit der Forderung, Geflüchtete aus Syrien zeitnah abzuschicken, bei Vielen für Unverständnis. Gegenüber der Welt am Sonntag hatte der hiesige Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz Anfang Januar außerdem gesagt, er wolle strafällig gewordenen Doppelstaatlern die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen. Merz fiel auch schon in der Vergangenheit immer wieder mit rassistischen Aussagen gegenüber Geflüchteten auf. Nach dem Ampel-Aus durch die FDP holte der marktradikale FDP-Chef Christian Lindner dann auch noch zur Referenz auf die Neofaschist:innen Elon Musk und den argentinischen Präsidenten Javier Milei aus. Während die extremen Rechte in einem Hochgefühl schwelgt, macht sich im antifaschistischen Lager ein Gefühl der Ohnmacht breit.



## Ziviler Ungehorsam und Allianzen gegen Rechts

Um der Ohnmacht zu begegnen, setzen vor allem zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Bündnisse darauf, die Ohnmacht in antifaschistische Praxis auf der Straße umzusetzen. In Essen gingen im Sommer 2024 rund 70.000 Menschen gegen den AfD-Parteitag auf die Straße. Neben dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ mobilisierte in Essen erstmals auch das Bündnis „Widersetzen“. Rund 7.000 Antifaschist:innen schlossen sich dem Aufruf von „Widersetzen“ zu zivilem Ungehorsam an.

Verschiedene Demofinger zogen an diesem Tag voller Elan durch die Essener Innenstadt. Sie erschwerten es AfD-Abgeordneten enorm, den Parteitag pünktlich zu erreichen. Teils waren AfD-Delegierte mehrere Stunden durch Antifaschist:innen eingekesselt. Sie mussten mit massivem Polizeiaufgebot durch die Stadt zum Parteitag eskortiert werden. Dieser verzögerte sich in Essen um etwas mehr als zwei Stunden.

Auch die Proteste im thüringischen Riesa sind beispielhaft für eine erfolgreiche und bundesweite Vernetzung gegen rechts. 15.000 Menschen waren aus der Region und dem ganzen Land angereist, um sich dem AfD-Parteitag Anfang Januar in den Weg zu stellen. Antifaschist:innen machten sich über Nacht aus der ganzen Bundesrepublik auf den Weg in die thüringische Kleinstadt. Das Bündnis „Widersetzen“ sprach von rund 200 Reisebussen aus über 80 Städten.

Auch in Riesa konnte der Parteitag durch Mittel des zivilen Ungehorsams trotz Temperaturen um die Null Grad um mehr als zwei Stunden verzögert werden. Die erfolgreiche Mobilisierung und die Aktionen des zivilen Ungehorsams machen auf einen weiteren Aspekt aufmerksam. In den letzten Jahren wurden im Rahmen von Protesten gegen den Abbau von Braunkohle wie beispielsweise im Hambacher Forst, in Lützerath oder der Lausitz auch an Allianzen zwischen Klimaschutz- und Antifaschismus geschmiedet. In Essen und Riesa hat sich gezeigt, dass diese Arbeit nun Früchte trägt.

»Was vielen fehlt ist ein klares Bekenntnis zu Antifaschismus.«

## Auf in ein antifaschistisches Jahrzehnt!

Auch in diesem Jahr finden bereits seit Beginn des Jahres wieder bundesweit Demonstrationen gegen Rechts statt. Noch ist nicht klar, ob die Proteste erneut Spitzenwerte wie im Vorjahr erreichen. Die Bandbreite der Aktionsformen reicht bisher vor allem von Blockadeversuchen, Kundgebungen bis hin zu einem Lichtermeer vor dem Brandenburger Tor. Was vielen fehlt ist ein klares Bekenntnis zu Antifaschismus.

Neben zivilgesellschaftlichen Initiativen sollten sich auch staatliche Akteur:innen und Institutionen nicht wegducken, Antifaschist:innen Solidarität zu bekunden. Staatliche Repression dämpft antifaschistisches Engagement. Im Fall von Antifaschist:in Maja fehlte das staatliche Rückgrat, eine Auslieferung nach Ungarn zu verhindern.

Im Bundestagswahlkampf arbeiten sich lokale antifaschistische Gruppen an Wahlkampfveranstaltungen der AfD ab. Doch die schiere Anzahl flächendeckender Veranstaltungen aus dem Lager der extremen Rechten lassen nicht nach. Antifaschistische Praxis kann da schlicht nicht hinterherkommen. Aus dem Auge verlieren sollte antifaschistische Praxis jedoch nicht, wie eng verwoben Kämpfe für Feminismus und Klimagerechtigkeit sind.

Doch geht der Protest gegen die extreme Rechte weit genug? Braucht es einen konsequenteren Antifaschismus? „Wir verzichten gern‘ auf Lichterketten, auf Gerede was Niemanden hilft“, heißt es im Songtext der Berliner Punkband ZSK. Vor dem Hintergrund der Proteste aus dem vergangenen Jahr, sollte dies auch das zentrale Credo für die antifaschistische Bewegung sein. Es braucht viel Zeit, Kraft und Mut im Kampf gegen Faschismus. Vor allem aber braucht es ein nachhaltiges antifaschistisches Comeback. Vor dem Hintergrund global erstarkender neofaschistischer Kräfte wäre offenbar auch ein antifaschistisches Jahrzehnt mehr als notwendig.

# Was auf Österreich unter einem »Volkskanzler« Kickl zukommt

Aaron Tauss

Klassenkampf von oben

Der Jahresbeginn markierte in Österreich eine Zäsur in der Geschichte des Landes. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg erteilte der Bundespräsident dem Chef einer rechtspopulistischen und in Teilen rechtsextremen Partei den Auftrag zur Regierungsbildung. Derzeit deutet vieles darauf hin, dass es dem Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei (FPÖ), Herbert Kickl, gelingen könnte, ein Koalitionsabkommen mit der konservativen Volkspartei (ÖVP) auszuhandeln. Welche Implikationen hätte eine solche Regierung für die arbeitende Mehrheit des Landes? Was würde auf Migrant\*innen zukommen? Und was würde eine Kanzlerschaft Kickls für Österreichs stark geschwächte Linke bedeuten?

Österreich könnte sich bald zu einer wachsenden Zahl von EU-Ländern gesellen, die von populistisch-nationalistischen Rechten regiert werden. Bei den Nationalratswahlen im vergangenen September wurde die Mitte der 1950er Jahre von ehemaligen Nazis gegründete FPÖ erstmals stärkste Partei auf Bundesebene. Die FPÖ ist damit die größte rechtsnationale Partei Westeuropas. Mit 108 von 183 Abgeordneten ist der rechtskonservative Block aus FPÖ und ÖVP im österreichischen Parlament so groß wie nie zuvor. Nach der Wahl stand die FPÖ allerdings vor dem Problem, dass alle anderen Parteien Koalitionsgespräche mit Kickl ablehnten. Die monatelangen Verhandlungen zwischen der zweitstärksten ÖVP unter Ex-Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) mit der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) und den liberalen Neos wurden Anfang Januar ergebnislos abgebrochen.

Zu groß war der Druck des Industrie- und Wirtschaftsflügels der ÖVP auf Nehammer, die Forderungen von SPÖ-Chef Andreas Babler nach einer Bankenabgabe und einer Beteiligung der Vermögenden an der Budgetkonsolidierung abzulehnen und stattdessen mit der FPÖ zu verhandeln. Die Forderung Bablers war angesichts der Tatsache, dass die österreichischen Banken 2023 Rekordgewinne erzielt hatten, durchaus nachvollziehbar. Laut der Unternehmensberatung McKinsey verdienen Banken nirgendwo in der Eurozone so gut wie in Österreich. Doch die dominanten Kräfte in der ÖVP waren zu keinem Klassenkompromiss bereit. Die Interessen des Kapitals wogen schwerer als der machtpolitische Anspruch der Partei. Eine Neuauflage der rechtskonservativen Koalition, wenn auch erstmals mit der ÖVP als willigem Juniorpartner, ist für das österreichische Großkapital eine Traumkonstellation. Das liegt vor allem daran, dass die Wirtschaftsprogramme beider Parteien nahezu deckungsgleich sind.

Als erstes konkretes Ergebnis der Regierungsverhandlungen kündigten FPÖ und ÖVP an, das österreichische Budgetdefizit „ausgabenseitig“ konsolidieren zu wollen. Gespart werden soll bei künftigen Pensionen, Klimaförderungen, Subventionen, Sozialleistungen, im Bildungsbereich und bei den Ausgaben der Ministerien. Außerdem sollen Steuerprivilegien abgeschafft und der Zuverdienst zum Arbeitslosengeld gekürzt werden. Auch bei der Gesundheitsversorgung von Asylwerbern plant die FPÖ Einschnitte. Der Konsolidierungsdruck ist angesichts der EU-Konvergenzkriterien hoch. Laut Prognosen wird das Budgetdefizit in den Jahren 2024 und 2025 die Fiskalregel (3 Prozent des Bruttoinlandsprodukt) überschreiten. Damit weist Österreich eines der höchsten Budgetdefizite im Euroraum auf.

Die österreichische Wirtschaft befindet sich erstmals seit 1945 im dritten Jahr einer Rezession. Die Reaktivierung des exportorientierten Akkumulationsmodells und eine Offensive zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit stehen daher im Zentrum der laufenden Regierungsverhandlungen. Kickl und der neue ÖVP-Bundesparteiobmann Christian Stocker kündigten an, den „Wirtschaftsstandort“ stärken, das „Investitionsklima“ verbessern und die „Entbürokratisierung“ vorantreiben zu wollen. Bereits im Vorfeld hatten beide Parteien versprochen, die Lohnnebenkosten und die Körperschaftssteuer zu senken. Darüber hinaus bekannten sich FPÖ und ÖVP zu einer restriktiven Asylpolitik, einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ORF) sowie einer „Rückkehr zur Normalität in allen Lebensbereichen“. Wenig davon kommt überraschend. Im Wahlkampf hatte Kickl wiederholt die Forderung der „Identitären“ nach „Remigration“ aufgenommen, die auf die massenhafte Abschiebung von Migrant\*innen abzielt. Außerdem wetterte er gegen „Genderwahnsinn“ und „Ökokommunismus“.

Die geplanten Kürzungsmaßnahmen werden sich negativ auf die österreichische Klimapolitik auswirken. Der von der Vorgängerregierung aus ÖVP und Grünen zaghaft eingeleitete sozial-ökologische Umbau wird damit unter einem Bundeskanzler Kickl eine klare Absage erteilt. Der Rückbau sozialstaatlicher Leistungen wird Frauen, Menschen mit niedrigem Einkommen, Arbeitslose, prekär beschäftigte Arbeiter:innen und Migrant:innen am härtesten treffen. Wie schon in der Vergangenheit, zielen die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von FPÖ und ÖVP in Anlehnung

an das deutsche Hartz-IV-Modell darauf ab, die Bereitschaft von Arbeitslosen zu erhöhen, prekäre Arbeitsverhältnisse zu akzeptieren. Es geht um die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots auf flexibilisierten Arbeitsmärkten für postfordistische Akkumulationsstrategien. Die absehbaren Folgen sind wachsende Einkommensungleichheit, zunehmende Prekarität und die Ausweitung des Niedriglohnssektors. Damit steht den österreichischen Unternehmen eine Art „industrielle Reservearmee“ zur Verfügung, die je nach Bedarf „aktiviert“ werden kann, um die Profite im globalen Wettbewerb zu steigern.

## Populistischer Kulturkampf

Die neoliberale Politik der FPÖ steht im Widerspruch zu ihrer national-sozialen Rhetorik. Die FPÖ inszeniert sich als „soziale Heimatpartei“. Die geplanten Kürzungen werden jedoch zu sozialen Verwerfungen führen, die auch die Wählerschaft der Partei betreffen und unter Druck setzen werden. FPÖ und ÖVP haben in der Vergangenheit unpopuläre Politiken als Maßnahmen gegen Ausländer\*innen, Migrant\*innen, Flüchtlinge, Muslim\*innen, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger\*innen verschleierte. Die Politik der Umverteilung nach oben ist eng mit dem Kulturkampf verbunden. Neoliberale Reformen und anti-migrantische, islamophobe Ausgrenzung sind zwei Seiten derselben rechtspopulistischen Medaille.

Seit Mitte der 1980er Jahre arbeitet die FPÖ daran, den Klassen Gegensatz im öffentlichen Diskurs durch ethnisch-nationale und kulturelle Identitäten zu ersetzen. Unterstützt wird sie dabei vor allem von den rechtskonservativen österreichischen Boulevardmedien, die eine wichtige Rolle bei der Verbreitung rassistischer und fremdenfeindlicher Narrative spielen. Ihre diskursive Macht hat zur Durchdringung des Alltagsverständnisses mit FPÖ-Positionen und zur „Normalisierung“ der Partei beigetragen. Die rechtspopulistische Strategie zielt darauf ab, verbreitete Unsicherheits- und Bedrohungsgefühle aufzugreifen und auf greifbare Feindbilder zu lenken. In jüngster Zeit ist vor allem die Figur des Muslims als kulturell fremdes Subjekt zum Dreh- und Angelpunkt des rechtspopulistischen Diskurses geworden. Dabei geht es der FPÖ vor allem darum, für liberale und konservative Wählerschichten der „Mitte“ politisch anschlussfähig zu werden.

Die rechtspopulistische Strategie geht jedoch über das rassistische Narrativ hinaus. Unter Kickl ist es gelungen, die FPÖ in Abgrenzung zu den „Einheitsparteien“ als „Anti-System“-Partei zu inszenieren. Und das trotz FPÖ-Regierungsbeteiligungen in vier Bundesländern und einem FPÖ-Landeshauptmann in der Steiermark. Es waren vor allem Kickls Auftritte bei den Corona-Demonstrationen während der Pandemie, die es der FPÖ ermöglichten, sich in der öffentlichen Wahrnehmung als Partei des Protests und der Unzufriedenen mit der herrschenden Politik zu etablieren. Im Wahlkampf präsentierte sich Kickl dem populistischen Drehbuch folgend als „Volkskanzler“. Er versprach „Erlösung“ und „fünf gute Jahre“ für die „Familie Österreich“ und die Wiederherstellung von Ordnung, Sicherheit, Kontrolle und Souveränität. In der aktuellen Gemengelage von Rezession, Verarmung und Inflation gelingt es der FPÖ als einziger Partei, die Wut, Sorgen und Abstiegsängste der Menschen aufzugreifen und Problemlösungskompetenz auszustrahlen. Dabei artikuliert die FPÖ die persönliche Krisenerfahrung als Antagonismus zwischen einer „korrupten Elite“, die sich vorgeblich nur um Migrant\*innen, Muslime und queere Menschen kümmert, und dem „wahren Volk“. Diese populistische Spaltung wird dann mobilisiert, um ein klassenübergreifendes Bündnis zur Durchsetzung neoliberaler Politik zu schmieden.

## Krise der Linken

Die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg der FPÖ ist und bleibt jedoch die anhaltende Schwäche der österreichischen Linken. Unter Babler, der gezielt auf linke Themen wie Arbeitszeitverkürzung und Besteuerung von Vermögenden gesetzt hatte, erzielte die SPÖ das historisch schlechteste Ergebnis seit 1945. Babler gelang es nicht, Wähler\*innen aus dem rechten Lager zu gewinnen. Die SPÖ hat in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur an Wähler\*innen und Mitgliedern verloren, sondern auch an Bedeutung im gesellschaftlichen und politischen Diskurs. Auch unter Babler ist die Partei nach Jahrzehnten der Neoliberalisierung und ideologischen Entkernung nur noch ein Schatten ihrer selbst. Die erneute Oppositionsrolle der SPÖ könnte die Position Bablers, der seit der Nationalratswahl ohnehin parteiintern angezählt ist, weiter schwächen.

Die Kommunistische Partei (KPÖ) konnte ihren Stimmenanteil bei den Nationalratswahlen mehr als verdreifachen. Mit 2,4 Prozent der Stimmen blieb sie jedoch deutlich unter der für den Einzug ins Parlament erforderlichen Vier-Prozent-Hürde. Die KPÖ konnte in der Vergangenheit vor allem auf lokaler Ebene in Graz, Salzburg und Innsbruck beachtliche Wahlerfolge erzielen. Auf Bundesebene müsste sich die Partei jedoch neu aufstellen und mit Mobilisierung und gezielten Kampagnen versuchen, mehr politische Mitstreiter\*innen für die anstehenden Auseinandersetzungen gewinnen. Der Wiederaufbau der österreichischen Linken wird unter einer Kanzlerschaft Kickls ein mühsames Unterfangen werden.

Entscheidend ist dabei vor allem der Aufbau intellektueller, organisatorischer und kultureller Kapazitäten, um das diskursive Feld weg von Themen wie Migration, Islam und „innere Sicherheit“ hin zu Fragen sozialer Ungleichheit, steigender Mieten und Lebenshaltungskosten und Verarmung zu verschieben. Längerfristig geht es darum, eine solidarische Alternative zu entwickeln, die die neoliberal-konservative Hegemonie herausfordert und ein emanzipatorisches Gegenprojekt mit grundlegenden sozial-ökologischen, ökonomischen und politischen Reformen im Interesse der arbeitenden Mehrheit vorantreibt.

Dem rechtskonservativen Machtblock geht es um den Umbau von Staat und Zivilgesellschaft im Sinne bürgerlicher Herrschaftsziele. FPÖ und ÖVP werden versuchen, die Krise der linken Kräfte zu nutzen, um die noch bestehenden Organisationen der Arbeiter\*innenklasse nachhaltig zu schwächen. Beide Parteien haben es dabei vor allem auf die Arbeiterkammer (AK) abgesehen, die sich seit über 100 Jahren federführend um die Interessen der Arbeiter\*innen und Angestellten kümmert. Es wird sich zeigen, ob linke Parteien, soziale Bewegungen und die österreichischen Gewerkschaften die notwendige Gegenwehr mobilisieren können, um die historisch erkämpften Institutionen der Arbeiter\*innenschaft gegen die Angriffe der herrschenden Klassen und ihrer politischen Interessensvertreter zu verteidigen.

Trotz der Wiederbelebung der „Donnerstagsdemonstrationen“, die als Reaktion auf die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000 ins Leben gerufen wurden, gibt es derzeit keine breite linke Mobilisierung gegen den rechtskonservativen Machtblock. Der Großteil der lohnabhängigen Klasse ist demobilisiert und politisch desillusioniert. Angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse ist unter einer FPÖ-ÖVP-Regierung nicht nur eine weitere Verschärfung des Klassenkampfes von oben, sondern auch eine Machtverschiebung zugunsten der Kapitalsseite zu befürchten.



# ZWEITER AUGUST

auschwitz hat mich verändert  
und ich weiß nicht, wie das kam  
die schweigenden bäume  
das grausam gemäuer  
beißende gleise befeuern mein stählern gerüst  
auschwitz, einst wagt ichs kaum auszusprechen  
nun find ich's, wohin immer ich geh

gemein hat's doch eins: wir finden uns hier  
sie kamen, weil sie nicht sein sollten – wir kommen, obwohl wir nicht werden sollten.  
kein fußbreit ohne asche  
kein grashalm ohne leid  
ein schornstein, fast szenisch in mahnenden strahlen  
hier stehen wir nun, mit weinenden flaggen  
tena bistras<sup>1</sup> – oder verklärt das schon?

auschwitz, du hast mich verändert  
vergessen feiernd und voller hohn

<sup>1</sup> Romanes für »damit wir nicht vergessen«; außerdem in Anlehnung an den Namen der Jugendgedenkveranstaltung »Dikh he na Bister«: »Schau hin und vergiss nicht!«.

### Begleittext

Das Gedicht entstand im Rahmen einer einwöchigen Studienreise, an der die Autorin teilnahm und die jährlich in Polen junge Rom\*nja, Sinti\*zze und auch einige involvierte Gadje aus Europa und mittlerweile sogar darüber hinaus zusammenbringt.

Der Anlass ist eben der 02.08., der Gedenktag der im Holocaust ermordeten Rom\*nja und Sinti\*zze. Diesen Tag verbringen die Teilnehmenden der Studienreise als Gäste auf der offiziellen Gedenkveranstaltung, die von internationalen Akteuren ausgerichtet wird und entsprechend viele Gäste mit politisierten Reden auf einer Bühne auf dem Gelände des KZ vereint.

Auf der Studienreise beschäftigen sich die Teilnehmenden mit verschiedensten Formen und Ebenen des heutigen und des historischen Antiziganismus, reflektieren über Erinnerungskultur, (politische) Bildung und Jugendarbeit, führen Gespräche mit Zeitzeug\*innen, begehen den Gedenktag in Auschwitz-Birkenau und vernetzen sich innerhalb der Community. Mehr Informationen finden sich auch auf der Website: <https://2august.eu/>

maria ivanov

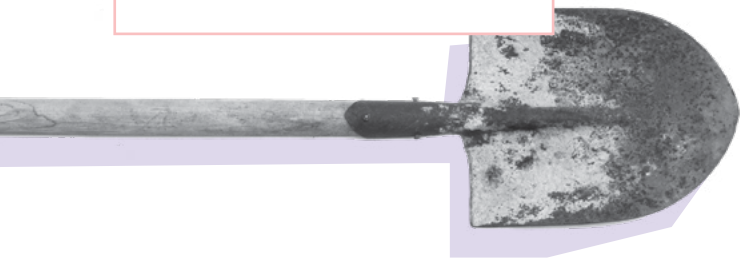
\anlässlich des gedenktags zur 80. jährgung der vernichtung der europäischen rom\*nja und sinti\*zze am 02.08.1944, ausgerichtet in auschwitz-birkenau vor den ruinen des crematorium V.

# Weitermachen!



Zur Bedeutung der »Forschungsstelle NS-Pädagogik«  
an der Goethe-Universität

Benjamin Ortmeier



## 2.

Die Gründung der *Forschungsstelle NS Pädagogik* vor 13 Jahren im Februar 2012 war eine Antwort auf das Desinteresse an genau diesen Fragen. Das hatte eine Vorgeschichte. Im Januar 2012 wurde das dreijährige Lern- und Forschungsprojektes der Hans-Böckler-Stiftung „Theorie und Praxis der Erziehungswissenschaften im Nationalsozialismus“ an der Goethe-Universität abgeschlossen. Seit Februar 2012 lief dann das von der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) genehmigte und finanzierte Projekt „Rassismus und Antisemitismus in erziehungswissenschaftlichen und pädagogischen Zeitschriften 1933 – 1944/45“. In diesem Kontext wurde am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaften die *Forschungsstelle NS-Pädagogik* im Februar 2012 in Zusammenarbeit mit dem Fritz-Bauer-Institut gegründet. Finanzierung? Drittmittel!

Ausgangspunkt der Arbeit war die These, dass das Wissen über die NS-Zeit zur Allgemeinbildung gehört und dieses Wissen und die Auseinandersetzung über die NS-Pädagogik fester Bestandteil der Vorbereitung auf den Lehrberuf werden sollen. Die *Forschungsstelle NS-Pädagogik* wurde zur Förderung der Verbindung von Forschung und Lehre sowie zur zentralen Sammlung und Dokumentation der bisherigen Studien und Materialien zum Thema „Erziehungswissenschaft und Pädagogik in der NS-Zeit“ gegründet. Es entstand eine umfangreiche Hand-Bibliothek. Zehn pädagogische NS-Zeitschriften wurden komplett recherchiert, gescannt und Bibliotheken sowohl physisch als auch online auf einer geschützten Homepage der Forschung zur Verfügung gestellt. Dazu kamen die kompletten Publikationen von sechs bedeutenden Erziehungswissenschaftlern, die nach 1945 so taten, als wären sie nie Kollaborateure der Nazis gewesen. (Die Reihe hieß: „Ad fontes“, zurück zu den Quellen, gegen Verleugner und Apologeten. Es ging um die „Säulenheiligen“ der Profession, um P. Petersen, H. Nohl, E. Weniger, E. Spranger, H. Roth und H. Wenke). Eine Reihe von Schulen mit diesen Namen wurden daraufhin umbenannt, zu eindeutig waren die Beweise in ihren Nazi-Publikationen. Dazu wurden eine Reihe von Büchern zur NS-Pädagogik verfasst und veröffentlicht, am bekanntesten wurde die Studie zur Nazi-Schülerzeitung „Hilf mit“ und Publikationen zum NS-Lehrerbund.

Die Forschung der *Forschungsstelle NS-Pädagogik* konzentrierte sich also auf die historische Bildungsforschung, konkret die Analyse der Theorie und Praxis der Erziehungswissenschaft und Pädagogik in der NS-Zeit. Das ist das Alleinstellungsmerkmal, da es eine solche zentrale Forschungsstelle im Rahmen der historischen Bildungsforschung weder in Deutschland noch international gab und gibt.

Der erste Schlüssel zur Einschätzung der NS-Schulpädagogik war der Blick auf die Erfahrungen und Qualen der verfolgten jüdischen und Sinti\**z*e/Rom\**n*ja Kinder, sowie und auf die NS-Indoktrination der „Anderen“, als arisch eingestuften, Jugendlichen. Als zweiter Schlüssel diente der Blick nicht nur auf die überzeugten Nazis, sondern eben auch auf die deutschnationalen Nazi-Kollaborateure. In diesem Kontext steht auch die von der Forschungsstelle angeschobene Kontroverse über den ersten GEW-Vorsitzenden und seiner Haltung als NS-Kollaborateur in der NS-Zeit. Publikation: „Max Traeger – kein Vorbild“. In diesem Kontext entstanden die Forschungsarbeiten über die „NS-Propaganda gegen die Arbeiterbewegung“, über den Kolonialrassismus in der NS-Zeit (Dr. Z. Ece Kaya), über den Nationalsozialistischen Lehrerbund (Dr. Saskia Müller), über die geschichtsrevisionistische Nachkriegsentwicklung bis heute (Dr. Katharina Rhein), über die NS-Mädchenindoktrination (Jonas Riepenhausen) und über die Rolle der Lehrkräfte in Sonderschulen in der NS-Zeit und ihre Zusammenarbeit mit Ärzten bei der Auswahl für die Sterilisation – eine der Grundlagen der späteren Ermordung (Marietheres Triebe).

## 1.

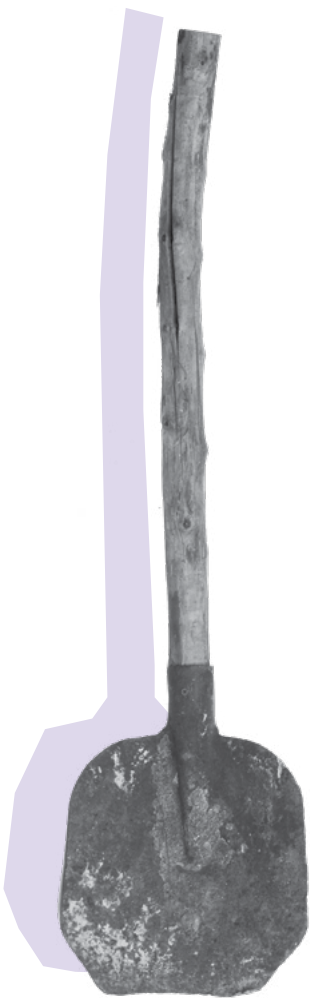
Gibt es die Forschungsstelle  
NS-Pädagogik überhaupt noch?

Seit April 2021 hatten sich die Probleme, die schon seit Gründung der Forschungsstelle in erster Linie mit dem Fachbereich Erziehungswissenschaften und dem Dekanat existierten, zugespitzt. Es gab viel mediale Berichterstattung und der AstA der Goethe-Universität erstellte eine Dokumentation des Konflikts. Im Zentrum der Diskussion standen die folgenden Fragen:

- Ist die **Erforschung** der Pädagogik in der NS-Zeit wirklich nötig?
- Braucht es eine umfangreiche **Dokumentation** der NS-Pädagogik, ihrer Hauptakteure und der pädagogischen Zeitschriften?
- Soll in der **Lehre** für zukünftige Lehrkräfte und Studierende der Erziehungswissenschaft systematisch die NS-Pädagogik im Kontext der NS-Verbrechen, der NS-Ideologie und der Pädagogik sowie ihrer Akteure nach 1945 an den Universitäten fest verankert werden?

## 3.

Für die Lehre wurde eine zweisemestrige Vorlesung konzipiert, in der es um die NS-Zeit, Verbrechen-Ideologie-Pädagogik und die Nachkriegszeit ging. Diese wurde bis 2018 durchgeführt und immer wieder evaluiert und verbessert. 94 Kurzvideos und die PP-Präsentationen wurden auf einer gesonderten Homepage zur Verfügung gestellt, welche gut besucht wurde. Die Vorlesungen und Seminare wurden über viele Jahre oft mit hochrangigen Gästen (Trude Simonsohn, Romani Rose, der Anwalt einer Nebenklägerin im NS-Prozess, usw.) durchgeführt. Außerdem fand in den letzten Jahren eine von Katharina Rhein und Ece Kaya konzipierte Ringvorlesung gegen Rassismus und Nationalismus statt, die den Zusammenhang zwischen NS-Verbrechen / NS-Ideologie / NS-Pädagogik, der Nachkriegsgeschichte und den aktuellen Ereignissen (NSU usw.) systematisch herstellte, um auf den Lehrberuf vorzubereiten. Als Grundlage wurde - entgegen der Favorisierung einer „Pisa“ Orientierung und positivistischen Systemtheorien (N. Luhmann etc.) - bewusst die Vermittlung einer kritischen Erziehungswissenschaft (Adorno/Heydorn) als wesentliche Aufgabe der Lehre angesehen.



## 4.

Doch für das Dekanat stand die Abschaffung der zweisemestrigen Vorlesung auf dem Plan, denn sowas passte nicht in die vorhandenen Module. Auschwitz hieß es in einer Presserklärung, sei doch nur eine „Spezialfrage“ und könne nicht fest im Curriculum verankert werden. Andere Universitäten würden das ja auch nicht machen und so weiter.

Ganz nach dem Motto „Grabe, wo Du stehst“ wurde schließlich auch auf die Nazi-Zeit der Goethe-Universität eingegangen, als 2014 die 100-jährige Jubelveranstaltung der Goethe-Uni stattfand. Während dieser Jubelfeier der Goethe-Universität 2014 wurde über Dr. Mengeles Promotion und Arbeit in Auschwitz-Birkenau bei gleichzeitiger Anstellung in an der Goethe-Universität sowie über Ernst Kriek, den NS-Rektor der Goethe-Universität 1933, aufgeklärt. Und es wurde protestiert, als ein Raum in der Uni nach Adolf Messer benannt wurde – ein Industrieller mit Nazi-Vergangenheit. Genauso als später gar der SS-Mann Alfred Schmidt auf einer Tafel geehrt wurde. Das erzeugte ordentlich Krach und die Presse berichtete umfangreich. Mithilfe des AStA stand die Forschungsstelle diese Konflikte aber durch. Das Präsidium war damals schlau genug, irgendwann nachzugeben, mit dem Dekanat gab es jedoch weiterhin zahlreiche Konflikte über die Finanzierung<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Die ganze Auseinandersetzung ist dokumentiert in der AStA-Broschüre »Module statt Adorno«, die auch auf der Homepage des AStA Frankfurt heruntergeladen werden kann. Das Ziel der Initiative war und ist es bundesweit, dass eine systematische Beschäftigung mit der NS-Zeit für alle zukünftigen Lehrkräfte im schulischen und nichtschulischen Bereich obligatorisch wird.

## 5.

Im Jahr 2018 ergab sich dann ein Wechsel in der Leitung. Die Nachfolgerinnen für Leitung der *Forschungsstelle NS-Pädagogik*, Dr. Ece Kaya und Dr. Katharina Rhein, bekamen ihre Verträge zum 31. März 2021 nicht verlängert – die ‚moderne‘ Form der faktischen Entlassung an den Hochschulen.

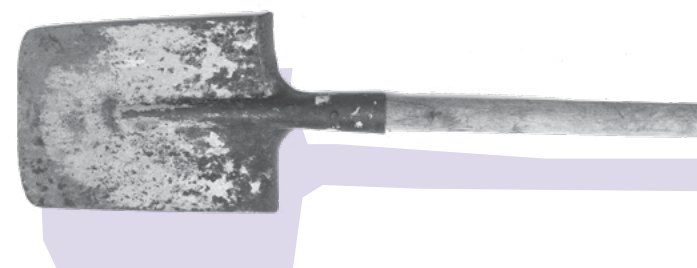
Seitdem ist sie Forschungsstelle in der ursprünglichen Form ist nicht mehr existent. Es wurde ein Lern- und Lehrforum ins Leben gerufen, – sicherlich ausgezeichnet, wenn es hält, was versprochen wird. Aber es ist eben keinesfalls mehr eine Stelle für die Erforschung der NS-Pädagogik im Rahmen der historischen Bildungsforschung. Das ist eine Tatsache.

Es existieren noch minimale Reste, die 2022 ausgehandelt werden konnten. Die Jüdische Akademie, die 2025/2026 in Frankfurt Bockenheim eröffnet wird, übernimmt die Hand-Bibliothek der Forschungsstelle, die für den Fachbereich Erziehungswissenschaft „zu schwer“ war.

Es bleibt nur zu hoffen, dass endlich die zusätzliche W2 Professur zur historischen Bildungsforschung über die NS-Pädagogik eingerichtet und weiter dazu geforscht wird und die „Erziehung hin zu Auschwitz und nach Auschwitz“ fester Bestandteil des Lehr-Curriculums wird.

Weitermachen, nicht aufgeben, darum geht es auch hier.

»Ganz nach dem Motto  
»Grabe, wo Du stehst«  
wurde schließlich auch  
auf die Nazi-Zeit der  
Goethe-Universität  
eingegangen ...«



# Bildung gegen Faschismus

## Zwei Interviews mit der Weibelfeldschule Dreieich

22.12.2024

Benjamin Lothar Sachs

### Interview mit dem Schulleiter: **Erik Grundmann**

#### **Lieber Herr Grundmann, wie lange sind Sie schon im pädagogischen Bereich tätig?**

Schulleiter an der Weibelfeldschule bin ich seit eineinhalb Jahren und meine Schullaufbahn hat 2006/2007 mit dem Referendariat begonnen. Aber auch vorher habe ich in Vereinen Jugendgruppen geleitet. Mein pädagogisches Interesse hat also schon mit meinem 16. Lebensjahr begonnen.

#### **Welche Erfahrungen haben Sie an Schulen mit dem Thema Faschismus gemacht?**

Ich komme von einer Schule in Dietzenbach, dort war Faschismus von der rechtsextremen Ecke her weniger zu erfahren, vielmehr waren dort Islamismus und religiös geprägter Radikalismus ein Thema, die ja auch faschistische Tendenzen haben können. Hier an der Weibelfeldschule gab es hin und wieder Aufkleber auf den Toiletten, jedoch ist mir offener Faschismus noch nicht begegnet. Mir ist aber sehr wohl bewusst, dass viel Faschismus im Untergrund läuft, seien es einzelne Schüler\*innen oder Gruppen, welchen oft gar nicht klar ist, was sie dort machen, weil sie Verhaltensweisen aus dem Elternhaus oder ihren Peergroups reproduzieren.

#### **Inwiefern kann Bildung in der Lage sein, Faschismus vorzubeugen?**

Ich bin der festen Überzeugung, dass Bildung das zum Thema machen muss, gerade im Hinblick auf die Enthüllung der rechtsextremen Konferenz durch „correctiv“ und die mediale Präsenz der AfD, die u.a. versucht mit Meldeportalen oder dem sogenannten „Neutralitätsgebot“ von Lehrkräften, auf Bildung einzuwirken. Deshalb habe ich auch relativ schnell reagiert und in unseren schulischen Newsletter geschrieben, dass es dieses „Neutralitätsgebot“ der AfD eben nicht gibt, sondern dass wir auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen müssen und die Demokratie gegen extremistische Tendenzen zu verteidigen haben.

#### **Also würden Sie auch insbesondere die Lehrkräfte dazu aufgerufen sehen, das klar zu thematisieren?**

Absolut. Schule muss das thematisieren, weil Demokratiebildung eine ganz wichtige Aufgabe unserer Arbeit ist, auch vor aller inhaltlichen

Vermittlung. Das fängt bei uns schon mit den Intensivklassen an, wo Schüler\*innen unterrichtet werden, die gerade zugewandert sind. Dort spielt die Wertevermittlung eine besondere Rolle. Meiner Ansicht nach ist Schule die zentrale Institution für diese Aufgabe, weil dort muss jeder hin. Es kommt aber auch darauf an, Kinder nicht einfach zu verurteilen, wenn solche Tendenzen erkannt werden, sondern Aufklärungsarbeit zu leisten und ihnen klarzumachen, was sie dort eigentlich sagen und tun.

#### **Welche Projekte setzt die Weibelfeldschule um, damit eine sinnvolle Demokratiebildung stattfindet?**

Dort braucht man natürlich eine vielseitige Unterstützung. Mit dem sozialen Lernen ist im Curriculum der Mittelstufe immer ein Element fest verankert, das das Miteinander stärkt, Diskriminierungen verringert und die Empathiefähigkeit hervorhebt. Außerdem sind wir „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“. Das ist zunächst erstmal ein Label, das von uns aber auch aktiv gelebt wird. Es gibt hier schon seit Jahren eine Arbeitsgemeinschaft, die dazu Projekte macht. Zum Beispiel werden an Gedenktagen Info-Stände organisiert und mehr. Die Bücherei spielt dabei auch eine zentrale Rolle. Dort werden immer wieder Projekte durchgeführt, bei denen Ausstellungen realisiert werden, beispielsweise zum Thema „Gastarbeiter und Willkommenskultur“. Von der SV gab es auch schon einige Aktionen zu dem Thema. Allgemein versuchen wir, in regelmäßigen Abständen Projekte zu verwirklichen und im Curriculum ist die Demokratiebildung fest verankert.

#### **Entstehen dabei auch Konflikte mit der Wertevermittlung im Elternhaus?**

Das Ziel muss am Ende immer sein, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu vermitteln und vorzuleben. Die Werte im Elternhaus sind natürlich oft wirkmächtiger als das, was wir hier in der Schule machen können. Aber dennoch können wir Angebote machen. Überwältigen oder zwingen dürfen wir aber niemanden. Das Spektrum der Meinungsfreiheit ist groß und wenn jemand AfD-Positionen vertritt, ist das zunächst einmal nicht illegal oder verboten, solange die Meinungsfreiheit der Demokratie es hergibt. Wichtig bleibt, die Schüler\*innen zur eigenen Urteilskraft zu befähigen.



Im Zuge der besorgniserregenden politischen Entwicklung und der Dringlichkeit des Themas, konnte ich die Weibelfeldschule für Befragungen zum Thema »Bildung gegen Faschismus« gewinnen. Ein besonderer Dank geht an den Schulleiter der Weibelfeldschule, Erik Grundmann, der der Anfrage sehr offen begegnete. Zudem konnte ich den langjährigen Studienrat und Dozenten Dr. Gerhard Steinl für ein paar Fragen zum Thema gewinnen. Auch bei ihm möchte ich mich bedanken. Die Interviews konfrontieren das Bildungssystem mit folgender Fragestellung: Wie kann Bildung Aufklärungsarbeit gegen Faschismus leisten?

## Interview mit dem Studienrat: Dr. Gerhard Steinl

**Lieber Herr Steinl, seit wann sind Sie als Lehrkraft tätig und welche Fächer unterrichten Sie?**

1997 bin ich ins Referendariat gekommen, dann kam das Zweite Staatsexamen und nun bin ich seit Februar 2000 an der Weibelfeldschule. Ab 2009 hatte ich fünf Jahre lang eine Abordnung an der Universität im Rahmen der Schulpraktischen Studien. Hinzugekommen sind noch einige Lehraufträge und von 2020 bis 2024 hatte ich eine halbe Stelle an der Goethe-Universität. Ich unterrichte PoWi, Ethik, Philosophie, Deutsch und Geschichte.

**Wie betrachten Sie Ihre eigene Rolle als Lehrkraft in Bezug auf die Demokratiebildung?**

Sie könnte intensiver sein. Manchmal habe ich das Gefühl, dass es nicht so ernst genommen wird, wie es eigentlich sollte. Demokratiebildung spielt eine zentrale Rolle und es ist eigentlich eine gemeinschaftliche Aufgabe, bei der die Eltern auch Einfluss nehmen. Hinzu kommt, dass es nicht die Aufgabe eines einzigen Faches ist, zum Beispiel dem Politik- oder Geschichtsunterricht, sondern Aufgabe der gesamten Lehrer\*innenschaft, unabhängig von den Fächern. Demokratiebildung zu fördern und Diskriminierungen zu minimieren ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Lehrkräfte enormen Einfluss nehmen können und müssen, aber nicht die einzige Instanz bilden, die sich dieser Aufgabe stellen muss.

**Sie haben lange Zeit Philosophie unterrichtet und studiert. In der Frankfurter Schule hat die Bildung einen besonderen Stellenwert. Was bedeuten Bildung und Erziehung im Kontext der Kritischen Theorie?**

Die Antwort ist ganz leicht und bündig zu geben: dass Hitler nicht mehr sei. Die Erziehung und jeder Unterricht ist darauf auszurichten, dass der Faschismus nicht wiederkehrt. Dabei muss man allerdings aufpassen, dass es bei den Schüler\*innen nicht zum angesagten Image wird, die Lehrkräfte mit faschistoiden Gedankengütern herauszufordern. Eine antifaschistische Gesinnung der Lehrkräfte, die zu stark ausartet, ist ebensowenig die Lösung, weil sie zum Gegenteil des Gewollten führen kann.

**Adorno sprach in dem Kontext auch von dem „madig machen“ bestimmter Verhaltensweisen und Inhalte. Müssen Schüler\*innen eine bestimmte Haltung erlernen?**

Adorno bezieht sich dabei natürlich auf eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung der populären Kulturindustrie. Wenn Schüler\*innen, auch gerade in Bezug auf Social Media, nicht lernen, dass es Schwachsinn ist, nur mitzumachen, weil alle mitmachen, ohne Sinn und Zweck dahinter, dann ist das eine schwierige Angelegenheit. Lehrkräfte müssen in dem Kontext auch klar Stellung beziehen und über bestimmte Inhalte und ihre Gefahren aufklären. Das Mitläufertum ist in der Kritischen Theorie der Einstieg in den Faschismus und diesen gilt es zu verhindern. Natürlich gilt es auch zu berücksichtigen, dass Heranwachsende in ihren Peergroups dazugehören wollen. Aber „madig machen“ heißt dann auch, dafür zu sorgen, dass die angenommene Identität in der Adoleszenzentwicklung nicht alles andere zerstört. Jeder muss freiheitlich einsehen, dass es nicht darum geht, den anderen hinterherzulaufen, sondern den eigenen Weg zu finden, unabhängig von TikTok-Trends. „Madig machen“ muss man letztlich auch den übertriebenen Gehorsam gegenüber Vorgaben in der Schule. Insgesamt ist Bildung auch auf kritisches Denken ausgerichtet und es sollte im Unterricht nicht immer darauf ankommen, einfach alles auswendig zu lernen, sondern sich kritisch mit etwas auseinanderzusetzen. Wenn dies nicht geschieht, entstehen Ungerechtigkeiten gegenüber den Schüler\*innen, die dann wiederum zu Faschismus führen und ihn begünstigen können. Schule hat sich also auch immer selbst zu reflektieren, damit der „Verblendungszusammenhang“ (nach Adorno) gebrochen wird.

# Elemente einer Theorie der Faschisierung

Zur Kritik des linken Faschismusbegriffs

Emanuel Kapfinger

In der Linken ist es heute weit verbreitet, die radikale Rechte pauschal als faschistisch zu bezeichnen. Man ist gegen die AfD und andere autoritäre Bewegungen, weil sie Faschisten seien, gegen die es gilt, geschlossen die Demokratie zu verteidigen. Diese pauschale Benennung der radikalen Rechten als faschistisch ist faktisch falsch, unterschätzt den Faschismus gewaltig und ist nicht in der Lage, ein angemessenes strategisches Verhältnis zur radikalen Rechten zu entwickeln. Denn es ist ein bloß liberaler Faschismusbegriff, der die radikale Rechte dichotom der bürgerlichen Demokratie gegenüberstellt und diese zum unhinterfragbaren Ideal erhebt. Dies blendet jedoch ihre Herkunft aus dieser bürgerlichen Demokratie, genauer aus den Krisen der kapitalistischen Gesellschaft aus.

Ein systematischer Blick zurück auf den historischen deutschen Faschismus bietet Aufschluss sowohl über die Unterschiede innerhalb der radikalen Rechten als auch ihre Entstehung aus den tiefen Krisentendenzen der damaligen Zeit. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf mein Buch *Die Faschisierung des Subjekts* (2022) und meinen Aufsatz *Die Gegenwart des faschistischen Subjekts* (im Sammelband *Kritische Theorie und extreme Rechte*, 2023).

»Diese pauschale Benennung der radikalen Rechten als faschistisch ist faktisch falsch, unterschätzt den Faschismus gewaltig und ist nicht in der Lage, ein angemessenes strategisches Verhältnis zur radikalen Rechten zu entwickeln.«

### Autoritarismus – Pseudosozialismus – eliminatorischer Faschismus

Der Nationalsozialismus durchlief von seinen Anfängen bis zur Kriegsniederlage eine sukzessive Radikalisierung, in der sich seine ideologischen Koordinaten grob von einem pseudoantikapitalistischen Antisemitismus und Nationalismus hin zum Vernichtungskrieg und zur antisemitischen Vernichtungsmaschinerie verschoben. Aber die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) arbeitete insbesondere in der Zeit zwischen dem gescheiterten „Marsch auf Berlin“ 1923 und ihrem Herrschaftsbeginn 1933 mit einer legalistischen, autoritären Wahlpropaganda. Daneben gab es aber auch eine Vielzahl einflussreicher autoritärer Organisationen, die der NSDAP den Weg bereiteten.

Für die Unterschiede innerhalb der radikalen Rechten greife ich an Ernst Noltes Buch *Der Faschismus in seiner Epoche* (1963) zurück. Nolte ist zwar später selbst zum Faschisten geworden, dennoch ist das frühere, unter anderem auch von Wolfgang Wippermann geschätzte Buch eine hervorragende historische Untersuchung des europäischen Faschismus in seiner ganzen Breite. Angelehnt an Noltes Topologie des Faschismus, möchte ich ebenfalls mit drei Unterscheidungen arbeiten:

1. Autoritarismus
2. Pseudosozialistischer Faschismus
3. Eliminatorischer Faschismus

Der *Autoritarismus* wurde in der Weimarer Republik zunächst von der völkischen Bewegung und dem Stahlhelm, und ab 1928 insbesondere von der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) unter dem Vorsitzenden Alfred Hugenberg vertreten. Mit Hugenberg setzte sich der völkisch-antisemitische Flügel der DNVP gegen den monarchistisch-republikfeindlichen, aber staatstragenden Flügel durch. Die DNVP arbeitete in dieser Zeit immer wieder mit der NSDAP zusammen und ermöglichte 1933 die Kanzlerschaft Hitlers, indem sie mit der NSDAP eine Koalition einging. Typisch für den Autoritarismus ist sein massenagitorischer, emotionalisierter und konfrontativer Politikstil und die durch Wut und Empörung kollektiviert autoritäre Masse. Ideologisch ist der Autoritarismus ein radikalisierte Konservatismus, der unter den Bedingungen der Demokratie versucht, dem Sozialismus durch seinen eigenen Kampf gegen die bürgerliche Welt „den Wind aus den Segeln zu nehmen“ (Nolte). Der Autoritarismus ist, wie Max Horkheimer und Theodor W. Adorno schreiben, „bürgerlich und aufsässig zugleich“; Autoritäre seien Liberale, „die ihre antiliberalen Meinungen sagen wollten“. Ihr Kampf gegen die Demokratie ist daher nur pseudo-revolutionär. Autoritäre Bewegungen in Deutschland sind etwa die AfD, Pegida oder die Querdenker, die das „deutsche Volk“ und

„die normalen Bürger“ gegen Islam, Multi-kulti und Establishment verteidigen wollen, dabei aber im Gegensatz zu faschistischen Akteuren ihr Ziel mit legalen Mitteln und einem langfristig angelegten Eindringen in die Institutionen zu erreichen versuchen.

Der *pseudosozialistische Faschismus* ist schon im Namen des National-Sozialismus sowie in dessen Parteiprogramm von 1920 mit seinen pseudoantikapitalistischen Forderungen formuliert. Später verkörperten ihn die Sturmabteilung (SA), die sich als Volksmiliz im Herzen eines „erwachenden“ Deutschlands sah und die Entmachtung des Großkapitals forderte. Auch die erste Zeit der Herrschaft der NSDAP bis zum Röhm-Putsch, als die SA dominierte, kann man pseudosozialistisch nennen, da in dieser Zeit antisemitische Kampagnen gegen Jüdinnen und Juden als „Ausbeuter“ und „Wucherer“ liefen und die Überwindung der Klassegegensätze in der Volksgemeinschaft – etwa am 1. Mai 1933 – gefeiert wurde. Der pseudosozialistische Faschismus ist nach Nolte durch einen erst noch politischen Totalitarismus geprägt (im Gegensatz zum vollen Totalitarismus), der den totalitären Staat mit einer ideologisch ausgerichteten Einheitspartei mit Gewalt gegen den liberalen Verfassungsstaat und dessen Pluralismus durchsetzt. Heute kann man den Pseudosozialismus in Deutschland im „Flügel“ der AfD um Björn Höcke, bei Neonazi-Kameradschaften oder auch bei der NPD bzw. jetzt der Partei Die Heimat, finden.

Die NS-Herrschaft ab 1934, nach der Entmachtung der SA, war *eliminatorischer Faschismus*, der sich gegen die vorher mit der SA dominierende pseudosozialistische Interpretation des Nationalsozialismus wandte. Jedoch vertraten Teile der NSDAP – nicht zuletzt Adolf Hitler, Heinrich Himmler und andere Nazi-Führer sowie die Schutzstaffel (SS) – schon zuvor eine eliminatorisch-faschistische Interpretation des Nationalsozialismus, und auch nach 1934 war der Nationalsozialismus kein monolithischer, unveränderlicher Block. Zentral ist hier der entschiedene und totale Vernichtungswille, der

nicht leidenschaftlich-emotional, sondern kalt-rational und systematisch vorgeht und dabei eine endgültige Situation („Endsieg“) herzustellen bestrebt ist. Der eliminatorische Faschismus wähnt sich – das „deutsche Volk“ – in einem Kampf auf Leben und Tod: Er glaubt angesichts einer fundamentalen Bedrohung durch das Judentum um das Überleben schlechthin kämpfen zu müssen – und zwar in Form von Vernichtungskrieg und Massenmord. Seine Regierungsform ist „tendentiell allumfassender Totalitarismus“ (Nolte), der keine Selbständigkeit der „vopolitischen und transpolitischen Beziehungen des Menschen zu den anderen Einzelnen“ duldet und einen totalen Anspruch auf das ganze Wesen des Einzelnen durchsetzt. Der eliminatorische Faschismus tritt heute vor allem in der Form des Rechtsterrorismus wie beim Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in Erscheinung, dessen Morde sich von anderen rassistischen Gewalttaten (wie Brandanschlägen und Pogromen) dadurch unterscheiden, dass sie langfristig und systematisch geplant und vorbereitet waren, und die Opfer nicht dem Nahbereich der Täter\*innen entstammten, sondern im gesamten Bundesgebiet lebten.

## Ursachen

Die heute weit verbreitete, die Debatten häufig dominierende Theorie des autoritären Charakters sieht die Ursachen für die radikale Rechte in reaktionären Einstellungen in der Bevölkerung, die auch in liberalen Zeiten verbreitet seien und die in Zeiten des Rechtsrucks nur ihr wahres Gesicht offen zeigen würden. Entsprechend wird häufig geschlussfolgert, es gebe heute gar keinen Rechtsruck. Der Unterschied bestehe lediglich nicht im gesellschaftlichen Rechtsruck, sondern in der Etablierung autoritärer politischer Angebote und der öffentlichen Enttabuisierung der reaktionären Einstellungen.

Diese Theorie geht auf Adornos *Studien zum autoritären Charakter* (1950) zurück, denen zufolge der autoritäre Charakter durch die Sozialisation in der patriarchalen Kleinfamilie entsteht. Er äußert sich etwa in Unterwürfigkeit gegenüber Autoritäten, in Alltagsdiskriminierung oder im Patriotismus und Populismus. Der entscheidende Kniff bei dieser Analyse ist, dass Adorno diesen autoritären Charakter von Erich Fromm übernimmt und mit dem faschistischen Charakter identifiziert. Adorno übernimmt das Konzept des autoritären Charakters von Fromm, will damit aber etwas erklären, wozu es gar nicht gedacht war. Er verwischt denn auch die Unterschiede zwischen Autoritarismus und Faschismus: Beides soll gleichermaßen Ausdruck des autoritären Charakters sein, wobei er diesem den liberalen, demokratischen Charakter dichotom gegenüberstellt.

Da autoritäre Charakter nach Adorno keine rechtsradikalen oder gar faschistischen Individuen, sondern die strukturelle Unterordnung und Menschenfeindlichkeit im Kapitalismus beschreibt, scheint „autoritär“ nicht der richtige Ausdruck dafür zu sein. Gemäß Duden ist unter „autoritär“ heute – anders als früher – „totalitär, diktatorisch; unbedingten Gehorsam fordernd“ zu verstehen. Ich spreche daher stattdessen vom „autoritätsgebundenen Charakter“, ein Begriff, den Adorno selbst regelmäßig anstelle des „autoritären Charakters“ verwendet.

Auch wenn diese Theorie die strukturelle Unterordnung und Menschenfeindlichkeit sehr gut analysieren kann, scheitert sie daran, eine Konjunktur der radikalen Rechten zu erklären. Ihr zufolge werden die autoritätsgebundenen Charaktere manifest antidemokratisch, wenn es antidemokratische politische Angebote gibt (zum Beispiel, wenn politische Eliten beginnen, sich rassistisch zu äußern, oder wenn sich eine rechtsradikale Partei wie die AfD formiert). Aber solche antidemokratischen politischen Angebote entstehen nicht von selbst, sie werden nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gegründet, sondern sie entstehen – als Ausdruck einer sozialen Bewegung – von der Basis her. Adornos theoretischer Ansatz setzt voraus, was er erklären will. Gegen Adorno muss man die Konjunkturen der radikalen Rechten daher

aus Reaktionen auf Krisenerfahrungen erklären, wobei dies für Autoritarismus, Pseudosozialismus und eliminatorischen Faschismus jeweils unterschiedlich ausfällt.

Den *Autoritarismus* in der Weimarer Republik kann man mit Fromm aus der Krisenlage des Kleinbürgertums nach dem Ende des Ersten Weltkriegs erklären. Der verlorene Weltkrieg, in den das Kleinbürgertum grossartige nationale Hoffnungen gesetzt hatte, hat zu einer breiten Frustration geführt. Mit der deutschen Revolution und der Gründung der Weimarer Republik ist demzufolge auch die kulturelle Ordnung, in der sich das Kleinbürgertum zu Hause gefühlt hatte, zusammengebrochen: Die Monarchie war entmachtet, die Kirche hatte ihre gesellschaftliche Stellung verloren, die Nation war durch die Versailler Verträge gedemütigt. Das verband sich mit den persönlichen Schicksalen des Kleinbürgertums. Die Zeiten, in denen es als stabiler Mittelstand, als „etwas Besseres“, gesellschaftliches Prestige genossen hatte, waren angesichts der zunehmenden ökonomischen Monopolisierung vorbei. Die Inflation machte die Lage des Mittelstands noch unsicherer; die Familie, das „traute Heim“, verlor an Bedeutung. Die Identitätsgrundlagen des Kleinbürgertums waren erschüttert. Es stand ökonomisch, kulturell und ideologisch vor einem Abgrund und war von Ängsten, Verbitterung, Gefühlen der Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit beengt. Diese „unerträgliche psychologische Situation“ (Fromm) kompensierte das Kleinbürgertum, indem es zur autoritären Ideologie überging – es wurde nationalistisch und rassistisch. So fühlte sich das Kleinbürgertum keineswegs mehr verunsichert, ohnmächtig und

bedeutungslos, sondern erfüllt von aggressivem, autoritärem Selbstbewusstsein – eine psychologische Scheinlösung, die die zugrundeliegenden Probleme nicht löst, aber erlaubt, die „unerträgliche psychologische Situation“ zu überwinden.

In der *Massenpsychologie des Faschismus* (1933) erklärt Wilhelm Reich den *pseudosozialistischen Faschismus* aus den einschneidenden Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929 für die Massen, die drastischen Verelendungsprozessen unterworfen waren. Die Massen bildeten Reich zufolge erhebliche antikapitalistische Impulse aus und wählten darum NSDAP, *obwohl* diese den Kapitalismus recht offensichtlich verteidigte. Er geht dabei ebenfalls vom Konzept des autoritätsgebundenen Charakters aus, den er hier als dem Antikapitalismus entgegenwirkende psychische Struktur fasst. In den Individuen arbeiten daher zwei Kräfte aufeinander: Auf der einen Seite nehmen sie ihre ökonomische Lage durchaus als Effekt des Kapitalismus wahr. Auf der anderen Seite identifizieren sie sich aufgrund ihrer psychischen Struktur mit Nation und Staat; sie bleiben der Obrigkeit gegenüber brav und gehorsam und haben regelrechte Todesangst vor dem Untergang der bestehenden Ordnung. Kurz gesagt: Sie wollen die Revolution und fürchten sie zugleich.

Beides wirkt dabei so zusammen, dass daraus eine innere Wandlung des Kleinbürgertums zum National-Sozialismus resultiert, der diese beiden widersprechenden Impulse vereint. Der Nationalsozialismus bringt es fertig, zugleich gegen den

»Die Zeiten, in denen es als stabiler Mittelstand, als ›etwas Besseres‹, gesellschaftliches Prestige genossen hatte, waren angesichts der zunehmenden ökonomischen Monopolisierung vorbei.«

Kapitalismus zu kämpfen und ihn zu verteidigen. Die antikapitalistische Energie wird nationalistisch und rassistisch kanalisiert und so gegen ein „fremdes“, „undeutsches“ System des ausländischen Finanzkapitals gewendet, das – der Ideologie zufolge – Nation, Volksgemeinschaft und ehrliche Arbeit kontrolliert und ausbeutet. Zugleich kompensiert der Nationalsozialismus die Todesangst vor dem Umsturz des bestehenden Systems durch die Arbeiterklasse, und damit vor dem Untergang der bürgerlichen Werte von Sittlichkeit, Familie, Nation, indem er diese Werte zu einem aggressiven Nationalismus und Rassismus auflädt. Auf dieser ideologischen Basis kämpft der Nationalsozialismus trotz seiner „antikapitalistischen“ Stoßrichtung gegen die Arbeiterbewegung, indem er diese als „undeutschen“ Feind seiner übersteigerten bürgerlichen Werte wahrnimmt.

Den *eliminatorischen Faschismus* analysieren Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung*. Dort schreiben sie (kurz nach Auschwitz!): „Aber es gibt keine Antisemiten mehr.“ Damit meinen sie nicht, dass es keinen Antisemitismus mehr gibt, sondern dass der „zeitgemäße Antisemitismus“ gegen die Jüdinnen und Juden nicht mehr wie Autoritarismus und Pseudosozialismus aus persönlicher Feindschaft und Aggression vorgeht, sondern einen eigentümlich unmotivierten, emotionslosen Charakter hat. Der Antisemitismus resultiert nicht mehr aus einem psychischen Konflikt, sondern aus einer „Liquidation des Individuums“. Damit ist keine reale Liquidation im Sinne einer Ermordung, sondern die Depersonalisierung des Individuums gemeint. Der eliminatorische Antisemitismus geht nicht von Individuen aus, sondern ist ein die Individuen übergreifender, überindividueller Apparat, die Vernichtungsmaschinerie, die den Massenmord auf dem Wege einer effizient organisierenden Verwaltung verübte. Es handelt sich um ein Kollektiv depersonalisierter, „totalitärer“ Individuen, in das die Individuen völlig integriert sind und das systematisch, effizient und mit absoluter Wucht eine Vernichtungsbetrieb, die endgültig sein sollte.

Die Erklärung dessen ist bei Horkheimer und Adorno nur angedeutet. Die Depersonalisierung ist ihnen zufolge eine Folge fundamentaler Existenzängste, einer radikalen Ohnmachtserfahrung angesichts einer „eisenen Wirklichkeit“, der gegenüber das Individuum nichts vermag und keine Selbstbestimmung leben kann. Jeder Ausweg erscheint dabei als illusionär. Wie ich in *Die Faschisierung des Subjekts* (2022) herausgearbeitet habe, kann es in dieser ausweglos scheinenden Situation – in der das Individuum an seiner Selbstbestimmung gehindert ist und daher kein Individuum mehr sein kann – zu einer Liquidation des Individuums kommen, in der dieses freiwillig seine Selbstbestimmung aufgibt. Es wird dann, wie der faschistische Philosoph Martin Heidegger formuliert, „Freiheit zum Tode“. Durch diese freiwillige „Liquidation“, in der das Individuum frei für den eigenen Tod wird, wird es ebenso frei von allen moralischen Beschränkungen und kann den Egoismus der bürgerlichen Selbstbehauptung ungehindert und in absoluter „Freiheit“ entfalten.

## Sozialismus oder Barbarei

Heute zeichnet sich in vielen Ländern eine ähnliche Situation wie in den 1920er-Jahren in Deutschland ab. Weltweit haben autoritäre Organisationen und Bewegung massiv an Einfluss gewonnen: Sie dringen in Institutionen ein, erringen zunehmend Diskursmacht, haben in mehreren Staaten die Regierungsmacht inne. Was in der Weimarer Republik passiert ist, in der der Stahlhelm, die DNVP oder die völkische Bewegung den Boden für die plötzliche Faschisierung größerer Teile der Bevölkerung nach der großen Krise von 1929 bereitet haben, kann wieder passieren. Auch heute drohen wieder einschneidende Krisen, nicht zuletzt angesichts der Klimakrise, zunehmender Kriegsgefahr und der aufgrund der Digitalisierung anstehenden Proletarisierungswellen.

Aber: Wie unaufhaltsam die gesellschaftliche Rechtsentwicklung oft auch zu sein scheint, weder die autoritäre noch die faschistische Reaktion auf die Krise ist notwendig. Ebenfalls möglich ist die sozialistische Erkenntnis, dass Männlichkeit, Familie, Nation und Abendland Ideologien sind, deren Untergang gerade wünschenswert wäre, und dass die Krisen nicht durch diese, sondern durch eine Revolutionierung der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Bedingungen überwunden werden könnten.

Wenn die jetzigen Krisen fortschreiten, wird es nicht mehr ausreichen, die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen. Der wirkliche, effektive Antifaschismus kann – so unrealistisch das klingt und vorläufig auch ist – nur mehr ein neuer Anlauf für eine Revolution sein. Wir stehen daher heute wieder vor der Frage Rosa Luxemburgs: Sozialismus oder Barbarei?

---

# Projekt »Themis«

## Nachteilsausgleiche für Studierende mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen im Sinne von 2 Abs 1 SG IX nach dem Hessischen Hochschulgesetz HHG 20 (Abs. 3)

---

Grundsätzlich werden Nachteilsausgleiche (NTAG) durch individuelle Vereinbarungen/Aushandlungen mit Prüfer\*innen oder dem Prüfungsamt erteilt.

Die Ermessensentscheidungen des Prüfungsamtes werden von Prüflingen oftmals als intransparent und nicht immer nachvollziehbar gewertet.

Es gibt keinen Katalog vorhandener NTAG, der Prüflingen die Möglichkeiten gäbe verschiedene NATG Optionen auf die eigene Situation zu überprüfen. Ablehnungen werden in Form von verwaltungsrechtlichen Bescheiden ausgesprochen, gegen die man mit Hilfe von Rechtsberater\*innen Widerspruch einlegen kann.

Hier ist unser Ziel langfristig Erfahrungen zusammenzutragen und diese später zu veröffentlichen.

Weitere Interessierte, die an diesem Projekt mitarbeiten wollen, sind sehr willkommen.

Meldet euch dafür gerne hier:

**Inklusionsreferatunifrankfurt@protonmail.com**

**Wichtig:** Eure Namen sollten anonymisiert sein. Informationen über den Fachbereich, Modul, Kurs etc. sind aber sehr hilfreich! Verschlüsselungspasswörter können extra vereinbart werden.

---

### Weitere Informationen:

[https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads/Studieren\\_mit\\_Behinderung/Veranstaltungsrueckblicke/IBS-Veranstaltungen-2019/Studieren\\_mit\\_Behinderungen\\_\\_Nachteilsausgleich\\_in\\_Pruefungen/2019-10-14\\_gutachten-nachteilsausgleiche-\\_ennuschat-2019.pdf](https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Studieren_mit_Behinderung/Veranstaltungsrueckblicke/IBS-Veranstaltungen-2019/Studieren_mit_Behinderungen__Nachteilsausgleich_in_Pruefungen/2019-10-14_gutachten-nachteilsausgleiche-_ennuschat-2019.pdf)

<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/jlr-HSchulGHE2022pG7>

<https://www.uni-frankfurt.de/99988359/formular-nachteilsausgleich-gu-4-2021.pdf>

[https://www.uni-kassel.de/hochschulverwaltung/files/Themen/Gleichstellung\\_Familie\\_Diversity/hinweise\\_nachteilsausgleich.pdf](https://www.uni-kassel.de/hochschulverwaltung/files/Themen/Gleichstellung_Familie_Diversity/hinweise_nachteilsausgleich.pdf)

---



# Universität ohne Nazis?

Eine Chronologie von Auseinandersetzungen mit der extremen Rechten an der Goethe-Universität

Auch an der Hochschule spiegeln sich politische Auseinandersetzungen und gesellschaftliche Kämpfe. So ist es kein Wunder, dass hier auch die Auseinandersetzung mit extrem rechten Strukturen und Ideologien immer wieder geführt werden musste. Schon in den 1970er Jahren waren neonazistische Wehrsportgruppen an der Frankfurter Universität um Aktivisten für eine paramilitärische Ausbildung. Doch immer wieder kam es auch zu Widerstand, nicht selten aus den Gremien der Verfassten Studierendenschaft, wie dem AStA oder den Fachschaften. Die folgende Chronologie umfasst lediglich Vorfälle aus den letzten Jahren und ist notwendigerweise unvollständig, da von einem Dunkelfeld auszugehen ist.

**Solltet ihr von rechtsradikalen Umtrieben auf dem Campus mitbekommen, wendet euch an Fachschaften und AStA!**



### Anfang 2017

Die „Junge Alternative Hessen“ macht mit einer Flugblattaktion am IG-Farben-Campus im Westend auf sich aufmerksam. Zu dieser Zeit versucht die AfD-Jugend, mit der „Campus Alternative“ eine eigenständige Hochschulgruppe aufzubauen. Diese kann sich jedoch nicht etablieren.

### Mai 2019

In Unibibliotheken auf dem IG-Farben-Campus im Westend werden gewaltverherrlichende, menschenverachtende Flyer einer neonazistischen Gruppierung namens „Atomwaffen Division“ entdeckt. Wer die Flyer ausgelegt hat, bleibt unklar; auch ein einige Jahre später stattfindender Prozess gegen einen Lehrling aus Nordhessen, der für die CDU kandidierte und einen Ableger der „Atomwaffen Division“ aufbauen wollte, brachte keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich der Flyer an der Goethe-Universität zutage.

### Juni 2019

In einer Sitzung des Studierendenparlaments wird bekannt, dass auf einer Stellwand der FDP-nahen Liberalen Hochschulgruppe (LHG) eine Zeile aus einem SS-Lied geschrieben war. Bekannt wurde dies erst durch eine feuerpolizeiliche Begehung des Studierendenhauses. Die LHG distanzierte sich in der Folge von den „Schmierereien“ und kündigte interne Konsequenzen an.

### Juni 2021

Die antifaschistische Kampagne „Kein Einzelfall“ macht öffentlich, dass der ehemalige Bundeswehrsoldat Franco Albrecht, der zu dieser Zeit wegen des Verdachts des Rechtsterrorismus vor Gericht steht, an der Goethe-Universität Jura studiert. Der AStA und studentische Gruppen fordern daher ein Schutzkonzept gegen rechten Terror an der Hochschule, unter anderem mit einer Kundgebung auf dem Theodor-W.-Adorno-Platz. Albrecht war im Februar 2017 festgenommen worden, aber während seines Prozesses die meiste Zeit auf freiem Fuß. Im Juli 2022 wurde er u.a. wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Im August 2023 bestätigte der Bundesgerichtshof das Urteil.

### September 2020

Der Arbeitskreis kritischer Jurist\_innen und der AStA fordern den Entzug der juristischen Honorarprofessur von Hanns-Christian Salger am Institute for Law and Finance. Dieser ist als Vorstand der ultraneoliberalen, sozialstaatsfeindlich eingestellten „Atlas Initiative“ aktiv, die von Expert\*innen als demokratiefeindlich eingeordnet wird. Zudem referierte er bei der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung und sprach in seinem dortigen Vortrag politisch und religiös Verfolgten das Recht ab, sich öffentlich zu äußern. Die „Atlas Initiative“ und ihr Vorsitzender Markus Krall machten einige Jahre später Schlagzeilen, als Krall als „Schattenminister“, der Reichsbürger-Putschistengruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß vorgesehen war. Die Liberale Hochschulgruppe und das Dekanat des Fachbereichs Jura schlugen sich auf die Seite von Salger, der weiterhin Honorarprofessor an der Goethe-Universität ist.

### April 2022

Eine Recherche der antifaschistischen Zeitung „Lotta,“ macht öffentlich, dass Günther Kümel, der als junger Neonazi 1965 in Österreich den Antifaschisten Ernst Kirchwegger erschlagen hatte, bis zu seinem Ruhestand in den 2000er Jahren jahrzehntelang an der Goethe-Universität als Virologe tätig war. Bereits während dieser Zeit war Kümel hin und wieder als Leserbriefschreiber in extrem rechten Publikationen aufgefallen. Seit einigen Jahren veröffentlicht er immer häufiger in diversen Neonazi-Zeitungen, mutmaßlich da er als Pensionär keine negativen beruflichen Folgen mehr fürchten muss.

# Damit aus der halben Demokratie keine ganze Autokratie wird

Tim Rieth

Man denkt sich: „Wir leben in einer Demokratie!“ – das stimmt zwar, aber nicht ganz! Ein zentraler Teil des gesellschaftlichen und alltäglichen Lebens ist davon ausgenommen: Im Gegensatz zur Politik ist die Wirtschaft nicht demokratisch, sind die Unternehmen autoritär und hierarchisch organisiert. Deshalb charakterisiert Oskar Negt (2011: 9) die politische Demokratie nur als „halbe Demokratie“, die aber immer in der Gefahr läuft, dass sie ganz ins Autoritäre kippt, weil negative Einflüsse der anderen, undemokratischen wirtschaftlichen Hälfte des Lebens darauf zu beobachten sind. Es ginge allerdings auch andersrum: ganz demokratisch.

## Halbe Demokratie, halbe Autokratie

Eine Demokratisierung der Wirtschaft als notwendig zur Aufrechterhaltung der politischen Demokratie zu erachten, setzt voraus, dass man (politische) Demokratie als sinnvoll, vorteilhaft bis notwendig erachtet. Demokratie kann normativ als „doppeltes Versprechen“ charakterisiert werden (Jörke 2010): Einerseits verspricht das prozedurale Versprechen der gleichen und effektiven Teilhabe am politischen Prozess Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, den formal und faktisch gleichen Zugang zur politischen Macht sowie die faktische Wirksamkeit dieser; andererseits liegt das substantielle Versprechen in einer Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse durch relative Vermögens- und Einkommensgleichheit. Derzeit bestehen jedoch (in der Wirtschaft entstehende und durch die Politik zugelassene) finanzielle Ungleichheiten, die die formal bestehende (gleiche und wirksame) politische Partizipationsmöglichkeiten faktisch einschränken (Anderson 2019). Nur gemeinsam können beide Versprechen langfristig eingelöst werden.

Durch ungleiche Zugangsbedingungen der Marktteilnehmer\*innen kann die bestehende Marktwirtschaft als prozedural-undemokratisch beschrieben werden. Innerhalb von Unternehmen herrschen klare Autoritäts-, Ansehens- und Stathierarchien zwischen Arbeitgeber\*innen und Aktionär\*innen auf der einen und Arbeitnehmer\*innen auf der anderen Seite. Es bestehen einerseits keine Rechenschaftspflichten und andererseits teilweise in die Privatsphäre der Arbeitnehmer\*innen reichende Überwachung und Sanktionierung durch die Arbeitgeber\*innen. Arbeitnehmer\*innen können (abgesehen von vereinzelten Ausnahmen) an den relevanten Entscheidungen des Unternehmens weder gleich noch effektiv teilhaben. In undemokratischen Unternehmen beherrschen Arbeitgeber\*innen und Aktionär\*innen Arbeitnehmer\*innen größtenteils despotisch. Arbeitnehmer\*innen besitzen hier keine republikanische Freiheit im Sinne der Abwesenheit willkürlicher Herrschaft.

Durch diese undemokratischen Strukturen der Unternehmen und der Wirtschaft und durch die nur begrenzte demokratisch-politische Einschränkung derer, entsteht die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung. Diese schränken die Demokratie ein, indem sie den gleichberechtigten Zugang der Bürger\*innen zur politischen Arena und ihre gleichberechtigte

Fähigkeit, die Ergebnisse in dieser Arena zu beeinflussen, untergraben (Cohen 1989). Dadurch, dass wirtschaftliche Ressourcen die materielle Grundlage für organisiertes politisches Handeln bilden, sind materiell benachteiligte Gruppen – trotz formaler Gleichheit – faktisch mit erheblichen Hindernissen konfrontiert. Weil Parteien und Regierungen unter anderem von Steuereinnahmen abhängen, sind Politische Entscheidungen auf eine funktionierende Wirtschaft angewiesen. Dadurch dass Unternehmen derzeit hierarchisch-despotisch organisiert sind, wird Politik derzeit strukturell von undemokratischen Akteur\*innen eingeschränkt (Przeworski 1985).

Insgesamt ist die (politische) Demokratie durch die hierarchisch-autoritäre Grundstruktur der Wirtschaft und der Unternehmen, weil diese einen so zentralen anderen halben Teil der Gesellschaft ausmachen, anfällig, auch autoritär zu werden.

## Bessere politische Demokratie durch wirtschaftliche Demokratie

Am Arbeitsplatz als Arbeitnehmer\*in demokratisch Unternehmensentscheidungen zu treffen, träge jedoch zur Entwicklung eines demokratischen Bürger\*innenverständnisses und eines Gemeinwohlsinnes bei und ermögliche Erfahrungen der Änderbarkeit sozialer Konstruktionen und der demokratischen (Selbst-) Wirksamkeit (Pateman 1970; Kiess et al. 2023). Statt hierarchische Strukturen in der ökonomischen Sphäre zu erleben und zu naturalisieren, werden hier Fähigkeiten entwickelt und Erfahrungen gesammelt, die für die politische Demokratie und deren Stabilität notwendig sind. Letztendlich können politische und auch wirtschaftliche Institutionen und Verfahren Demokratie alleine nicht verteidigen, sondern nur eine demokratische Bürger\*innenschaft.

Wenn demokratische Unternehmen die (negative, positive und republikanische) Freiheit aller Beteiligten gegeneinander abwägen und folglich die positive und republikanische Freiheit (zu etwas) der vielen Arbeitnehmer\*innen erweitern, indem sie die negative Freiheit (von etwas) der wenigen Arbeitgeber\*innen einschränken, kann dies gesamtgesellschaftlich zu starken Nettogewinnen an individueller Freiheit führen (Anderson 2019). Derzeit undemokratische Unternehmen können und sollen zudem demokratisch organisiert werden, weil sie den einst auch undemokratischen, heute jedoch teilweise demokratischen Staaten – trotz gewisser Unterschiede – strukturell und intentional analog sind (Dahl 1985). Staaten und Unternehmen bauen grundsätzlich auf Kooperation auf, die zum gegenseitigen Vorteil der Mitglieder funktionieren sollte und bei der jede\*r bestimmte Regeln zu befolgen hat – aber auch jede\*r an diesen Regeln mitwirken sollte.

## Eigene Institutionalisierung, gemeinsames Ziel

Inwieweit eine Demokratisierung der Wirtschaft und der Unternehmen negative Effekte der Wirtschaft auf die Politik verringern und positive Effekte der Wirtschaft auf die Politik ermöglichen kann, hängt maßgeblich von deren Institutionalisierung ab. Wirtschafts- und Unternehmensdemokratie heißt nicht, die institutionelle Umsetzung der Demokratie im politischen Bereich unangepasst auf den wirtschaftlichen Bereich zu übertragen, sondern die Unterschiede zwischen Politik und Wirtschaft sowie den gegenseitigen Einfluss derer zu berücksichtigen.

Es gibt zahlreiche Theorien und Konzepte der Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie. Unternehmensdemokratie ist die demokratisch organisierte Führung des Unternehmens durch alle Mitglieder, um den gemeinsam erzeugten Mehrwert im Sinne des Unternehmensziels zu verwirklichen, zu nutzen und zu verteilen. Eine demokratisch legitimierte Gestaltung aller wirtschaftlicher Strukturen und Prozesse, die über die einzelnen Unternehmen hinausgehen, um Gemeinwohl über privatwirtschaftliche Gewinne zu stellen, bedeutet Wirtschaftsdemokratie (Zeuch 2022). Alle unterschiedlichen Institutionalisierungen haben gemein, die Unternehmen und/oder die Wirtschaft im Sinne des Allgemeinwohls zu strukturieren – mittels einer unternehmens- und wirtschaftsdemokratischen Parallelstruktur zur politischen Demokratie und/oder mittels des (wieder-)herzustellenden Primats der demokratischen Politik über die Wirtschaft.

## Ganze Demokratie gegen autokratische, faschistische Herausforderungen

Wirtschafts- und Unternehmensdemokratie sind ein Mittel, das dazu beitragen kann, die wirtschaftliche Sphäre selbst demokratisch(er) zu gestalten und die Demokratie inner-, aber auch außerhalb der politischen Sphären zu unterstützen. Gemeinsam könnten politische und wirtschaftliche Demokratie durch gleiche und effektive Teilnahme aller und durch eine Angleichung der Lebensverhältnisse die Demokratie institutionell stabilisieren sowie eine aktive demokratische Bürger\*innenschaft schaffen – und sich gegenseitig stärken. Allerdings kann auch eine Wirtschafts- und Unternehmensdemokratie wenig gegen eine politische Demokratie bewirken, die – politisch intendiert und/oder ignorierend – weniger gleiche und effektive Teilhabe ermöglicht und die zu immer stärkerer Einkommens- und Vermögensungleichheit führt.

Die Einführung von weitreichender Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie scheint schwierig, da grundlegende Änderungen die bestehenden undemokratischen Herrschafts- und Machtstrukturen angreifen. Entsprechend haben die aktuellen Profiteur\*innen der undemokratischen Wirtschafts- und Unternehmensstruktur kein Interesse an einer Demokratisierung und erschweren beziehungsweise verhindern weitreichende Änderungsversuche. Mittels politisch veränderter, rechtlicher Rahmenbedingungen, Subventionen und Steuervorteilen kann beispielsweise die bisher erschwerte Umsetzung insbesondere unternehmensdemokratische(re)r Konzepte jedoch unterstützt werden (Fleurbæy 2008).

Bis zur Umsetzung weitreichenderer Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie scheint es ein weiter Weg zu sein. Ein erster Schritt wäre, Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie wieder in die gesellschaftliche Debatte zurückzuholen, als demokratische oder gar demokratisch-notwendige Maßnahme zu etablieren. Nur wenn Bürger\*innen und Arbeitnehmer\*innen, aber auch Arbeitgeber\*innen, Aktionär\*innen und Politiker\*innen bewusst wird, dass eine Demokratie ohne die Demokratisierung der Wirtschaft unvollständig ist – dass “[k]eine Zukunft der Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie” (Negt 2011) besteht – und wenn folglich die Wirtschaft schrittweise demokratisiert wird, kann sich die ganze (politische und wirtschaftliche) Demokratie gegen autoritäre, faschistische Herausforderungen behaupten.



## Weiterlesen

- Anderson, E. (2019): *Private Regierung: Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden)*. Suhrkamp, Berlin.
- Cohen, J. (1989): The Economic Basis of Deliberative Democracy. *Social Philosophy and Policy* 6 (2), 25–50.
- Dahl, R. A. (1985): *A Preface to Economic Democracy*. Polity Press, Cambridge.
- Fleurbæy, M. (2008): Workplace democracy as a public good. *Revue de Philosophie Économique* 9 (1), 103–124.
- Jörke, D. (2010): Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (3-4), 269–290.
- Kiess, J.; Weser-Saalfrank, A.; Bose, S.; Schmidt, A., Brähler, E.; Decker, O. (2023): *Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen*. OBS-Arbeitspapier 64. <https://www.otto-brenner-stiftung.de/arbeitswelt-und-demokratie-in-ostdeutschland/>.
- Negt, O. (2011): Keine Zukunft der Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie. In: Meine, H., Schumann, M. & Urban, H.-J. (eds.) *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!* VSA, Hamburg, 7–15.
- Pateman, C. (1970): *Participation and Democratic Theory*. Cambridge University Press, London, New York.
- Przeworski, A. (1985): *Capitalism and Social Democracy*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Zeuch, A. (2022): Unternehmens- und Wirtschaftsdemokratie. In: Otto Brenner Stiftung (ed.) *Welche Arbeit machen wir? Zur Zukunft von Wirtschaft, Natur und Kultur*. Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main, 129–148.

## Der Faschist und sein Kartenhaus

Keiner ist so fragil wie der Faschist und seine Ideologie.  
Sein Weltbild bebt allein beim Anblick eines Nippels oder einem haarigen Bein,  
wankt schon bei einem einfachen Nein zum reinen Faktor-Sein  
in seiner Kalkulation zur Erhaltung von Volk und Nation.

Nur ein Wort oder zwei,  
sei es Selbstbestimmung, sei es Gerechtigkeit,  
und dem Faschisten gehen die Argumente aus.  
Zusammen fällt sein Kartenhaus.

Und trotzdem sitzt da der Faschist und lacht,  
wärmt seine Hände an Gewalt, Mord und Hass.  
Er schwadroniert über den Kommunisten H.<sup>1</sup>,  
über Remigration und Genderwahn,  
betet noch die kranke Keimzelle der Gesellschaft<sup>2</sup> an.

Dem zugrunde liegt die uns bekannte Welt.  
Hier verlieren alle, verlieren sich selbst.  
Es gewinnt nur der Faschist  
mit der Konstruktion einer Realität,  
in der er alle verrät,  
bis er endlich wieder jemand ist.

Er hat wie jedes Kind erkannt: Kartenhäuser halten nur bei Stillstand.  
So beginnt er sein Werk, wo keine Bedrohung naht:  
Zwischen den schützenden Pfeilern von Gesellschaft und Staat.

Neue Mauern werden noch erbaut, wo er sie braucht.  
Nur der kleinste Hauch von Emanzipation, das kleinste Windchen Widerstand:  
abgeschmettert und rückwärtsgewandt.  
Es sind die dicken Grundmauern eines bestehenden Systems,  
zwischen welchen die Karten in aller Ruhe stehen.  
In ihrem Zement liegt die Gewalt,  
mit der von überall der Faschismus widerhallt.

Es reichen also keine leeren Versprechen,  
um den Faschisten und sein Kartenhaus zu brechen.  
Bedingung ist, dass alles, was ihn schützt und hält,  
ein für alle Mal mit ihm zerfällt.

<sup>1</sup> Hier wird sich auf die falsche Behauptung, Adolf Hitler sei ein Kommunist gewesen, bezogen.  
Diese wird häufig in der rechten Szene hervorgebracht, um sich selbst vom Nationalsozialismus zu distanzieren.

<sup>2</sup> Diese Formulierung bezieht sich auf das Wahlprogramm einer rechten Partei, in der die Kernfamilie  
(Vater, Mutter, Kind) als »Keimzelle der Gesellschaft« bezeichnet wird.

---

# AUTOVERMIETUNG AN DER UNI FRANKFURT

Das KFZ-Referat («Kraftfahrzeug-Referat») existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugstransporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nicht-Studierende. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe-Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

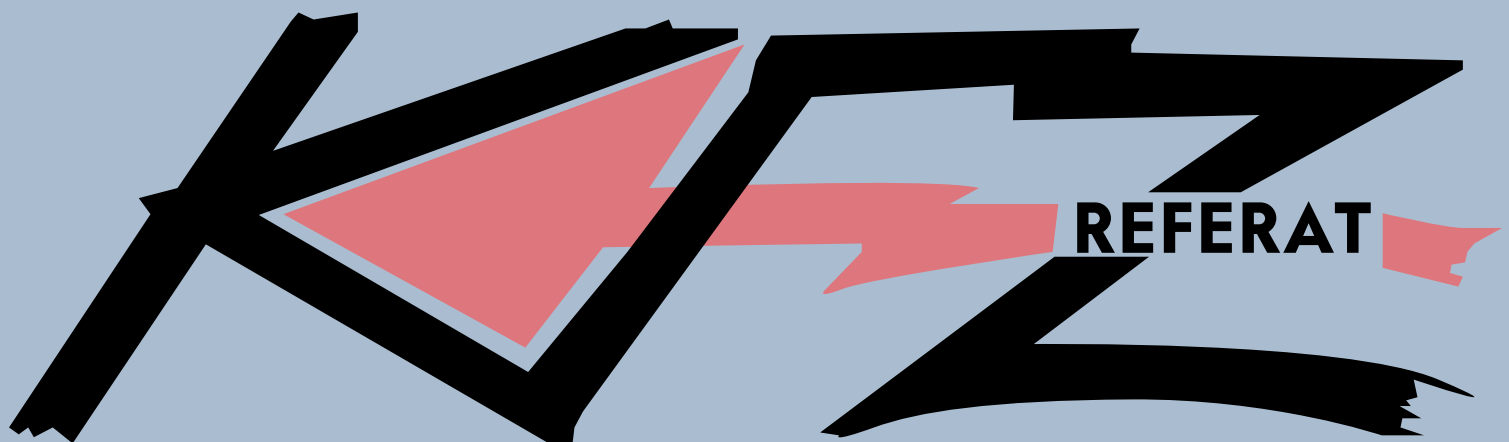
Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20 % auf den Mietpreis.

Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: [www.kfz-referat.de](http://www.kfz-referat.de)

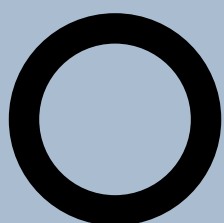
Frankfurt, Bockenheimer Landstraße 133

Mo – Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469

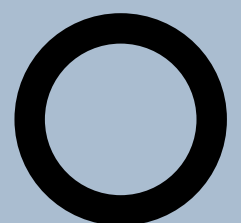


[WWW.KFZ-REFERAT.DE](http://WWW.KFZ-REFERAT.DE)

---



069/79823048



# Das liberale Denken des Faschismus → X

Erkut Bükülmez

Die Frage nach der Rolle der kritischen Wissensproduktion in einer Konjunktur der Faschisierung setzt verschiedene Voraussetzungen voraus. Erstens, dass wir uns tatsächlich in einer solchen Konjunktur befinden. Zweitens, dass die Kräfte, die in dieser Tendenz zur Faschisierung wirksam werden, in ihrer Struktur antagonistisch zur kritischen Wissensproduktion stehen.

Wenn das Letzte unmittelbar evident erscheint – es sei denn man ist Faschist\*in – bleibt die These einer gegenwärtigen Konjunktur der Faschisierung umso fraglicher. Gerade in der Konfliktualität, die der Verwendung des Begriffs Faschismus eingeschrieben ist, zeigt sich das eigentümliche Merkmal der Begriffsgeschichte des „Faschismus“ seit seiner Entstehung in Italien: Der Begriff war seit jeher Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen. Dieses Ringen um den Begriff, so zumindest meine Beobachtung, wird in den gegenwärtigen Debatten zur aktuellen Lage auffallend vermieden.

Seit dem Aufkommen dessen, was man als Neoliberalismus bezeichnet, tritt stattdessen vermehrt der Begriff des Populismus ins Zentrum der Debatte. Linke Theoretiker\*innen wie Stuart Hall und Chantal Mouffe verweisen explizit auf die Möglichkeit eines populistischen (rechten) und eines progressiven (linken) Populismus.<sup>1</sup> In diesen Begriffen steckt das lateinische Wort für Volk: *Populus*. Die Rede von einem populistischen und progressiven Populismus, so die These, verschränkt sich letztlich in einen Kampf um die Definitionsgewalt über das „richtige Volk“. Die Diagnosen des Populismus sind in Wahrheit Diagnosen der Demokratie – genauer: Diagnosen über Pathologien und Defizite der parlamentarisch-repräsentativen, d.h. liberalen Demokratie. Spätestens seit der Europawahl – einer Wahl, die das wirtschaftliche Hegemonieprojekt der EU repräsentiert und die somit die Definitionsmacht darüber ausübt, was offiziell zu Europa gehört und was an dessen Grenzen ertrinkt – sprechen selbst bürgerliche Medien von einem sogenannten Rechtsruck. Dieses Auftauchen des Rechtsrucks scheint ein neues Moment zu sein, das es zu verstehen gilt.

Der sogenannte Rechtsruck, der letztlich nichts anderes impliziert als ein etatistisches Verständnis von Politik und Demokratie, offenbart aufs Neue die populistische Spaltung – die Spaltung des Volkes, jedoch in einer anderen Form als es das Gerede vom Populismus tut. Wenn bürgerliche Medien von einem Rechtsruck sprechen, meinen sie damit lediglich, dass jene Partei, die in den vergangenen Jahren als alleiniger Sündenbock für sämtliche gesellschaftlichen Probleme diente und das Volk spaltete, nun bei den Wahlen an Einfluss gewinnt. Setzt man – gewiss verkürzt – die bürgerlichen Medien mit der Stimme der herrschenden Klassen gleich, so spiegelt sich darin die innere Spaltung eben dieser Klassen. Die bürgerlichen Medien artikulieren nicht nur die Spaltung des Volkes, sondern auch die Spaltung innerhalb der herrschenden Klassen selbst. *Die bürgerlichen Medien artikulieren die Stimmung der Spaltung.* Diese Variante des Rechtsrucks sagt: das Volk ist durch die Spalter gespalten und deshalb sind wir, die („ordentlichen Vertreter\*innen“)

repräsentative Demokratie gespalten: wir können keine Politik machen. Das Gerede vom Rechtsruck verweist auf zwei zentrale Aspekte: Zum einen wird in der Rede vom Rechtsruck ein explizit benannter Sündenbock sichtbar. Alles Negative, das innerhalb der normativen Ordnung auftritt, wird auf die betreffende Partei projiziert. Die übrigen Akteur\*innen des parlamentarischen Systems können sich dadurch als moralisch unbefleckt inszenieren. Zum anderen impliziert der Begriff des Rechtsrucks eine Abweichung vom Bestehenden. Die Kritik am Rechtsruck, die aus dem Spektrum der bürgerlichen Parteien kommt, drückt aus, dass sich der als ‚normal‘ verstandene Lauf der Dinge verschoben hat. Diese Parteien verteidigen das Bestehende, sie agieren

statisch und konservativ. Drittens aber verdeckt das Gerede vom Rechtsruck eine tiefgreifende Dynamik: die interne Faschisierung innerhalb aller anderen Parteien. War es Anfang 2024 noch das gesamte Parteienspektrum, das sich symbolisch gegen die öffentlich gewordenen Pläne über Deportationen stellte, so wird Anfang 2025 im Wahlkampf offen eine gewaltvollere Asylpolitik und ein umfassendes Abschiebeprogramm von allen Seiten gefordert.

Daneben existiert jedoch eine radikalere Variante oder Lesart des Rechtsrucks, die dessen Begriff affirmativ ausdehnt und gleichzeitig negiert. Diese radikale Lesart verneint die liberale Vorstellung, wonach der Rechtsruck auf eine oder wenige Parteien beschränkt bleibt und naturalisiert wird. Sie argumentiert vielmehr, dass sich der Rechtsruck als allgemeine Tendenz durch das gesamte politische Spektrum zieht. Sie negiert die Vorstellung eines Trends und stellt an dessen Platz eine Tendenz. Hiermit stellt sie sich gegen die liberale These der „Kanalisation“, die den Rechtsruck als Phänomen einer isolierten Partei oder kleiner Akteursgruppen beschreibt. Die radikalere Variante des Rechtsrucks negiert die Beschränkung des Rechtsrucks auf die „offizielle Politik“. Sie ist der Versuch das Politikverständnis, das in Bundestagsanalysen und Talkshows vertreten wird, zu negieren und dadurch zu überschreiten. Diese radikale Kritik, äußert ihre Nichtzustimmung, doch in dieser Verweigerung

liegt ein entscheidendes Paradox: Indem sie sich gegen die bürgerliche Interpretation des Rechtsrucks wendet, artikuliert sie letztlich das Gleiche in radikalerer Form: das bröckelnde Fundament des liberalen Konsenses, der bürgerlichen Kompromisspolitik und damit der liberalen Institutionen selbst. Sie scheitert, da es ihr nicht gelingt das System der offiziellen Politik zu verlassen: sie ist Selbstaufklärung oder Selbstkorrektur innerhalb der „offiziellen Politik“.

Beide Lesarten des Rechtsrucks verbleiben fest verankert innerhalb der liberalen Institutionen oder, wie Marx es nennt, des politischen Staates. Sie thematisieren die Entgrenzung der liberalen Demokratie, aber nur, indem sie selbst die starren Grenzen des Liberalismus nicht überschreiten. Ihre Warnung – oder Diagnose – lautet: Die Demokratie wird bedroht und sie muss demokratisiert werden. Das ist sicherlich richtig und unumgänglich. Doch Demokratie zu demokratisieren bedeutet, solange man im Rahmen der liberalen Demokratie verharret, dass der *Demos*, also das Volk als konstituierende Gewalt, jene entfremdete, konstituierte Gewalt oder wie Marx sagt ihre „abstrakte Verselbstständigung“ wieder korrigiert.<sup>2</sup> In der liberalen Version heißt Demokratie zu demokratisieren nichts anderes als: *die Selbstkorrektur des Systems durch das Volk*. Das Volk erscheint im Liberalismus jedoch immer nur in Momenten der Pathologisierung, das Volk erscheint im Liberalismus immer zu spät. Oder, um mit Gunther Teubner zu sprechen: „Es sind letztlich die Pathologien, die den konstitutionellen Moment hervorbringen“<sup>3</sup>. Für die liberale Demokratie gilt das, was Derrida prägnant auf den Punkt bringt: Die Anrufung des *Demos* in der liberalen Demokratie ist der Ruf nach einer unendlichen Wiederholung, ein endloser Prozess der Selbstkorrektur.<sup>4</sup> Solange sich die Politik auf die Volkssouveränität stützt, bleibt der Populismus als Option immer gegenwärtig – eine Möglichkeit, auf die man, so oft sie zurückgewiesen wird, letztlich stets zurückkommen wird.

Im Liberalismus erscheint das Volk also immer erst nachträglich, gespalten und verschwindet, nachdem es seine Heilung oder Korrektur verbraucht hat. Das Volk ist

die nicht weiter begründete Voraussetzung der liberalen Politik und damit selbst nicht politisch oder Politik, sondern natürlich. Der Liberalismus ist Heroisierung des Volkes und gleichzeitig Ignoranz gegenüber dem Volk. Die liberale oder moderne Gesellschaft geht aus dem Gründungsakt, d.h. der Revolution, durch das Volk hervor und beschränkt gleichzeitig das Volk – indem sie die Individuen ermächtigt. *Auf Selbstbegründung oder Selbstreflexion durch das Volk folgt Selbstbegrenzung des Volkes.*

Das kann man nur angemessen denken, wenn man bedenkt, dass die repräsentativ-parlamentarische Demokratie immer eine nationalstaatliche ist. Der parlamentarischen Demokratie in ihrer nationalstaatlichen Form wohnt eine inhärente Tendenz zur (rassistischen) Ab- und Ausgrenzung inne. Diese Tendenz ist untrennbar mit der Bestimmung der Grenzen verbunden – sowohl der territorialen Grenzen als Institutionen als auch der symbolischen Grenzen, die das Volk als politische Einheit definieren. Die Selbstbeschränkung des Volkes im Moment ihrer Selbstbegründung geht immer schon mit dem naturalisierenden Ausschluss von verschiedenen Gruppen einher. Die Aufhebung innerer Grenzen, insbesondere durch die Erweiterung sozialer Inklusion mittels sozialer Rechte, geht dabei oft mit einer Stärkung der äußeren Grenzen einher. Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich einen letzten Gedanken entfalten, der uns zum Begriff des Faschismus führt, indem ich eine These von Balibar zuspitze: Für Balibar ist die Grenze als Meta-Institution die Voraussetzung für alle weiteren Institutionen der nationalstaatlichen Demokratie. Als solche stellt sie die nicht- oder gar anti-demokratische Bedingung der Demokratie dar, in der sich die Antinomien des Politischen in seiner demokratischen Form verdichten.<sup>5</sup> Die immanente oder selbstreflexive Gründung der modernen Demokratie hat eine antidemokratische Voraussetzung: die Grenze. Die Selbstbegründung der modernen Gesellschaft ist keine immanente oder der Immanenz-Anspruch der modernen Gesellschaft verfehlt sich. Selbstreflexion heißt Bejahung seiner Begrenzung. *Die Grenze ist anti-demokratisch insofern, als sie denjenigen, die ihr unterworfen sind, keine Möglichkeit bietet, ihre Regeln und ihre Verwaltung individuell oder kollektiv in Frage zu stellen und neu zu verhandeln.*

Die Grenze begrenzt den Akt der unendlichen Wiederholung und Neuformierung des *Demos* und damit der Demokratie selbst. Sie begrenzt die Fähigkeit der liberalen Demokratie, sich durch den *Demos* stets aufs Neue zu korrigieren. Während diese unendliche Selbstkorrektur die Entgrenzung des *Demos* darstellt, ist die Grenze nicht nur eine einfache Eingrenzung, sondern eine grenzenlose Beschränkung. Demokratie bedeutet die unendliche Selbsterfindung des *Demos*, die unendliche Anteilnahme derjenigen, die zuvor keinen Anteil hatten, wie es



Jacques Rancière ausdrückt. Doch die Grenze der Demokratie – so zumindest im liberalen Selbstverständnis – war, ist und wird immer der Faschismus sein. An dieser Schwelle versagt das liberale Denken: Es kann den Faschismus nicht aus der Perspektive der Demokratie denken. Der Faschismus bleibt für das liberale Denken undenkbar, da er nicht als immanentes Problem der Demokratie, sondern als ihr äußerer Feind aufgefasst wird. Der Liberalismus denkt, dass der Faschismus von außen reinplatzt. Doch den Faschismus muss man gerade demokratietheoretisch begreifen. Denn den Faschismus zu denken, bedeutet, ihn aus seiner Endlichkeit heraus zu begreifen.

Der Faschismus ist in letzter Konsequenz das Denken des Endlichen, das Denken des Ökonomismus. Er ist die grenzenlose Beschränkung seines eigenen Demos, die ständige Konstruktion innerer und äußerer Feinde, die er verzehren muss, um zu überleben. An die Stelle der Selbstbegrenzung des Demos setzt der Faschismus demokratisch die Grenze als unverhandelbare. Der Faschismus weiß und handelt nur aus der Perspektive der Endlichkeit: Es gibt nie genug Raum, nie genug Güter, nie genug, um allen die Teilnahme zu ermöglichen. Deshalb verzehrt der Faschismus alle, die nicht in sein Schema der Unterscheidung passen.

Das liberale Denken vermag den Faschismus nicht zu denken. Der Liberalismus kann die Faschisierung als „Prozess der Delegitimierung, dann der Zerstörung demokratischer Institutionen innerhalb der Demokratie“, wie es Jost Müller Mitte der 90er Jahre sagt, nicht denken.<sup>6</sup> Das liegt daran, dass Politik im Liberalismus immer staatszentrierte Politik ist; der Liberalismus kann die Politisierung im Inneren der Gesellschaft nicht denken. Deshalb erscheint ihm der Faschismus als bloße Machtübernahme, als äußere Bedrohung der Institutionen. Doch der Faschismus ist – anders als Otto Bauer und August Thalheimer in den 1920er und 1930er Jahren annahmen – keine 'Verselbstständigung der Exekutive'. Gerade weil der Liberalismus kein Kriterium hat, um die Faschisierung innerhalb der Zivilgesellschaft zu erfassen, bleibt ihm der Faschismus unbegreiflich.

Zwar sind Phänomene wie zunehmende Frauen- und Queerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, die Zerstörung der Natur und Militarisierung zweifellos Zeichen einer Faschisierung. Doch sie liefern kein präzises Maß, um zu bestimmen, wann die Zivilgesellschaft faschisiert ist. Das Volk ist immer schon gespalten innerhalb der Zivilgesellschaft. Jede liberale Analyse der Faschisierung ist zwangsläufig verspätet: Man bemerkt stets zu

spät, dass man sich bereits im Faschismus befindet. Dies ist die Antwort auf die eingangs gestellte Frage. Vielleicht liegt eines der Kennzeichen des Faschismus gerade darin, dass keine kritische Wissensproduktion mehr möglich ist. Die Voraussetzung dafür, dass eine Gesellschaft sich in einer Konjunktur des Faschismus befindet, ist das Ende der kritischen Wissensproduktion – und wir bewegen uns unaufhaltsam in diese Richtung.

Ein deutliches Zeichen zeigt sich in der wachsenden Präsenz und Akzeptanz der Polizei auf dem Campus. Mit der Normalisierung der Polizeipräsenz, die durch den ständigen Verweis auf angebliche Sicherheitsrisiken legitimiert wird – Risiken, die vermeintlich von den Studierenden selbst ausgehen –, etabliert sich eine polizeiliche Logik. Diese Logik ordnet jeden Raum, fixiert ihn und schreibt Unbeweglichkeit vor. Wer die Polizei auf dem Campus duldet, weil sie gegen die eigenen politischen Gegner\*innen vorgeht, legitimiert nicht nur die Polizei, sondern macht sich selbst zu ihrem Verbündeten. Die wiederkehrende Anwesenheit der Polizei auf dem Campus geht einher mit einer schleichenen Disziplinierung der Körper. Diese autoritäre Ordnung bestimmt, was sie tun

dürfen, welchen Protest sie äußern können, wann und unter welchen Bedingungen dies erlaubt ist. Wer diesem Prozess nicht widerspricht, nur weil er oder sie momentan nicht direkt betroffen ist, hat die grundlegende Solidarität bereits aufgegeben. Hannah Arendt beschreibt dieses Phänomen präzise: *Der Faschismus zeichnet sich nicht dadurch aus, dass klar ist, wer die Feind\*innen sind – das war schon immer bekannt. Er zeigt sich vielmehr darin, dass die prinzipiellen Verbündeten zu Feind\*innen erklärt werden, dass die Paranoia sowie der Verrat überhandnimmt und damit die Gewöhnung an das System endgültig vollzogen wird. Der wahre Feind des Faschismus ist der Kommunismus, die reale Bewegung die den bestehenden Zustand aufhebt.*

Dieser Text entstand aus einem Beitrag, der am 17. Oktober 2024 auf der „Organisierte Halbbildung“-Konferenz zum Thema „Kritische Wissensproduktion in einer Konjunktur der Faschisierung“ gehalten wurde.



1 Siehe Stuart Hall, »Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus«, in *Populismus und Aufklärung*, hg. von Helmut Dubiel, 1. Aufl., Edition Suhrkamp (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1986), 84–105.

2 Karl Marx, »Aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«, in *Marx Engels Werke*, hg. von Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1 (Berlin: Dietz Verlag, 1961), 201–336, S.304.

3 Gunther Teubner, *Verfassungsfragmente: gesellschaftlicher Konstitutionalismus in der Globalisierung*, 1. Aufl., Orig.-Ausg., Suhrkamp Taschenbücher Wissenschaft 2028 (Berlin: Suhrkamp, 2012), S. 131.

4 Jacques Derrida, *Gesetzeskraft: der »mystische Grund der Autorität«*, 9. Auflage (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2022), S.83.

5 Étienne Balibar, *We, the People of Europe? Reflections on Transnational Citizenship*, Translation / Transnation (Princeton: Princeton University Press, 2009), S.109.

6 Jost Müller, *Mythen der Rechten: Nation, Ethnie, Kultur* (Berlin: Edition ID-Archiv, 1995), S.164.



# No more Illusion?

Lektüre & Austausch und Aktions- und Vernetzungsgruppe Gruppe zum Thema

Inklusionspolicies an deutschen Unis

**Die eigenen Perspektiven von uns Betroffenen sind am wichtigsten**

Geplant sind:

- 1) Austausch und Interaktive Action Research: Beginnen werden wir mit Austausch über Konzepte wie Neurodivergenz, Crip time, Wahrnehmungsdifférence, Beeinträchtigung, Handikap etc austauschen ... und einführender Lektüre / Theorie und der Disabilities Studies & Mad Studies
- 2) Lektüre verschiedener Texte zum Thema Hochschulinklusion: Nicole Viktoria Przytullas »Exzellent inklusiv – Deutsche Hochschulen zwischen meritokratischer Ideologie und inklusivem Anspruch«

## Yes, it's all about Hochschul Inklusion!

- 3) Sichtung und Lektüre von Papers des IBS (Informations- und Beratungsstelle Studium und Behinderung), sowie Klärungen zu Nachteilsausgleichen, Studienassistenz, Leistungen der Eingliederungshilfe & Hochschulhilfe/ zur Teilhabe an Bildung nach Sozialrecht...SGB IX
- 4) Informationen über den Kampf für bessere Arbeits- und Studienbedingungen für beeinträchtigte Studierende an der Hochschule durch die Studierenden gewerkschaft Unterbau

Treffen finden nachmittags ab der 3. Vorlesungswoche teils online, teils hybride auf dem Campus IG Farben und Campus Riedberg statt. Wenn ihr besondere Bedarfe an die Treffen habt, kommuniziert diese bitte im Vorfeld

Kontakt: iris / [inklusionunifrankfurt@gmail.com](mailto:inklusionunifrankfurt@gmail.com)

Studierendenhaus, Mertonstrasse 26-28 60325 Frankfurt

<https://asta-frankfurt.de/gremien/autonome-referate/autonomes-inklusionsreferat>

<https://www.facebook.com/inclusion.ffm>

# Solidarisch in den Untergang?

Paula Liva Fredrich

Wie entwickelt sich der Klimaaktivismus in einer Welt weiter, in der die Faschisierung der Gesellschaft zum drängendsten Problem wird? In der die erfolgreiche Bewältigung von gesellschaftlichen Konflikten immer unwahrscheinlicher erscheint? Und in der die Klimakatastrophe sowieso höchstens noch abzumildern, nicht aber zu verhindern ist? Ein langjähriger Vordenker der deutschen Klimabewegung hat darüber jetzt ein Buch geschrieben, das unsere Autorin bespricht.

Kriege, Pandemie, Rechtsruck und Dauerkrise. Es ist kein Wunder, dass die Debatte um Krisenfestigkeit, Anpassung oder heute häufiger Resilienz, seit einiger Zeit Konjunktur hat. In der Sozialwissenschaft markierte spätestens Philipp Staabs Buch „Anpassung“ (2022) den Einstieg in den neuen Diskurs. In der Politik und Verwaltung werden Klimaanpassungsstellen geschaffen und auch in der Psychologie spricht man immer häufiger davon, dass wir „resilienter“ werden müssten. Nur Klimaaktivismus und Anpassung gingen bisher nicht sehr gut zusammen, schien doch die Haltung des *Sich-Arrangierens* einem aktivistischen Willen zur *Veränderung* prinzipiell zu widersprechen.

Vielleicht ändert sich das nun. Tazio Müller, Klimaaktivist der „ersten Stunde“ (taz), hat ein Buch rausgebracht, das den Kampf gegen die Klimakrise als gescheitert betrachtet. Klimagerechtigkeits-Aktivismus sei im Kollaps aber durchaus noch möglich und sogar nötig, jedoch in anderer Form. Der Autor selbst bezeichnet das Buch als „politemotionales Tagebuch“. Daneben ist es aber auch eine kleine Geschichte der deutschen Klimabewegung der letzten Jahre, gesellschaftliche Gegenwartsanalyse und aktivistischer Programmorschlag. Vor allem ist es seine ziemlich persönliche Geschichte, wie er angesichts ausbleibender wirksamer Klimapolitik erst zunehmend verzweifelte, schließlich in eine „Klimadepression“ stürzte und letztendlich in anderen Aktionsformaten, die den *Kollaps* als bereits bestehende Realität anerkennen, wieder „realistische Hoffnung“ fand.

Das Buch verfolgt diese Entwicklung nach. Es setzt sich vor allem aus Beiträgen Tazio Müllers Blogs *Friedliche Sabotage* aus den letzten drei Jahren zusammen. Darin drängt sich die Frage auf, wieso trotz kurzweiliger breiter gesellschaftlicher Unterstützung der Anliegen der Klimabewegung, trotz der scheinbaren Stärke der Bewegung im Jahr 2019, trotz der Hochwasser, Waldbrände und Dürren letztlich nichts passierte. Die eigentliche Ursache für ein andauerndes Ausbleiben konsequenten Klimaschutzes sieht Tazio Müller nicht in den Auswirkungen von Pandemie und Krieg, sondern in der „Verdrängungsgesellschaft“. Unsere Gesellschaft wolle nicht wahrhaben, dass sie die heute immer stärker spürbaren Krisen durch ihre Wirtschafts- und

Lebensweise mitverursacht hat, verdränge also aus Schuld- und Schamgefühlen die Klimakrise lieber als sie zu bekämpfen – Müller beruft sich hier auch auf Lessenichs These der „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2018). Abgeschottet und fremdenfeindlich könne unsere Gesellschaft schließlich bequem hinter selbst errichteten Mauern und Dämmen die Schuld und die Scham aussperren. Zugespitzt befänden wir uns also auf dem Weg in eine „Arschlochgesellschaft“, die wieder offen menschenfeindlich agiert.

Soweit, so deprimierend. Tazio Müller zieht daraus den Schluss: Wir leben längst „im Kollaps“. Und zwar einem mehrfachen. Zum einen dem Klimakollaps, der den Übergang von einem stabilen in einen instabilen Zustand des globalen Klimasystems meint. Zum anderen im Kollaps als Erosion der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Faschisierung der Gesellschaft. Der Kollaps meint bei ihm also kein singuläres Ereignis, keinen großen Knall, sondern einen *Prozess*. Der naive Glaube breiter Teile der Klimabewegung, den Kollaps immer noch abwenden zu können, wenn man es nur *wirklich wolle* und *jetzt anfangen würde*, verhin-dere den emotionalen Trauerprozess, den wir laut Müller *kollektiv durchlaufen* müssten, um die Realität einzusehen. Erst wenn wir erkennen würden, welche Hoffnungen wir alle *aufgeben* müssen, könnten wir neue begründete Hoffnungen finden.

Vorbilder für Formen solidarischer Kollapspolitik sieht er zum Beispiel in dem schwedischen Netzwerk *Preppa Tillsammans* („Solidarisches Preppen“). Dieses folgt der Idee, dass man auf häufiger eintretende Krisen und Katastrophen gemeinsam und vorbereitet reagieren sollte. Das Netzwerk will die Sorge der Einzelnen in konkrete Handlungen überführen und gerade darin wieder Hoffnung finden. Tazio Müller betont, dass es bei dem Ansatz eben nicht um die Prepper-Phantasien derer gehe,

die von mit Vorräten und Waffen ausgestatteten Privatbunkern träumen, sondern um ein solidarisches Vorhaben, das vor allem auf die Stärkung sozialer Beziehungen vor Ort setzt. Ganz konkret sieht er in Großstädten Potenziale in der Vernetzung mit Nachbar\*innen, der Vorbereitung auf zunehmenden Wassermangel und dem Schaffen gemeinschaftlicher Orte, die Zuflucht für extreme Hitze bieten könnten. Den Kollaps anzuerkennen, bedeute also nicht, zu kapitulieren. Es bedeute auch nicht, dass keine Handlungsspielräume mehr zur Verfügung stehen. Vielmehr gehe es um die realistische Einschätzung der verbleibenden.

Tadzio Müllers Ansatz ist zunächst einmal verlockend, ist doch die politische Lähmung angesichts eskalierender Klimakrise und Faschisierung evident und der Hunger nach neuen aktivistischen Strategien in linken Kreisen entsprechend groß. Gerade der erste Teil seines Buches enttäuscht diese Erwartung jedoch eher, erzählt er doch zunächst in aller Ausführlichkeit die jüngsten Entwicklungen der Klimabewegung und -politik nach, die wohl vielen noch recht deutlich im Gedächtnis sein dürften. Große Auszüge des Buches sind aus Beiträgen seines Blogs zusammengesetzt. Die Einträge sind daher immer wieder redundant und spiegeln eher spontane Gedanken, Eindrücke und Meinungen wider. Dazu kommt, dass Tadzio Müllers Stil oft flapsig bis rotzig, laut und polternd ist (und vermutlich den Anglizismen-Preis des Deutschen Buchhandels gewinnen würde, gäbe es einen solchen). Die Lektüre kann gerade dadurch Spaß machen – das Buch verliert aber manchmal an Präzision.

Am interessantesten sind die letzten beiden Kapitel, in denen es konkreter wird: Wie kann solidarischer Kollaps-Aktivismus aussehen? Der Ansatz regt zum Nachdenken an und wirft gleichzeitig viele Fragen auf: Ist der Kollaps-Begriff, der schließlich kaum noch eine Steigerung kennt, wirklich geeignet? Ist es nicht immer noch leichtsinnig, jegliche Form von Klimapolitik als aussichtslos darzustellen? Geraten nicht internationale Klimagerechtigkeitsfragen aus dem Blick, wenn wir uns allzu sehr auf unsere Bedürfnisse in lokalen Strukturen konzentrieren? Und gäbe es nicht immer noch gute Gründe, diese aktivistische Energie stattdessen in Forderungen nach dem Ausbau notwendiger staatlicher Kollaps-Infrastrukturen zu stecken, statt sich – wenn auch nicht „privatisiert“ – in eigenen Gruppen zu organisieren?

Viele dieser Fragen bleiben nach der Lektüre des Buchs unbeantwortet. Aber der aktivistische Kollaps *Space* und die ihn umgebende Debatte sind schließlich auch noch jung. Tadzio Müllers Ansatz stellt zumindest eine konsequente aktivistische Ergänzung der gesamtgesellschaftlichen Debatte um „Anpassung“ dar. Auch in dieser müssen weitere Analysen folgen, die beschreiben, wie wir mit „Verlust“ (Reckwitz 2024) oder „Unhaltbarkeit“ (Blühdorn 2024) umgehen (können). Das Buch stößt also die Diskussion um die Notwendigkeit und Ausgestaltungsarten von solidarischen Kollaps-Praktiken an und macht letztlich vor allem neugierig, ob und welcher Form diese bald schon Realität werden. Tadzio Müller und weitere Aktivist\*innen aus der Klimabewegung und anderen linken Bewegungen planen in diesem Sommer jedenfalls schon ihr erstes Kollapscamp – dort soll trotz all der Dunkelheit ein „Ort, der Spaß macht“ entstehen.

## Weiterlesen

- ↳ Blühdorn, Ingolfur (2024): *Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- ↳ Lessenich, Stephan (2018): *Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben*. München: Piper.
- ↳ Reckwitz, Andreas (2024): *Verlust. Ein Grundproblem der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- ↳ Staab, Philip (2022): *Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- ↳ taz (2020): „Aktivist über Klimagerechtigkeit. ‚Ich werde BDSM-Hure‘.“ Tadzio Müller im Interview mit Susanne Schwarz. <https://taz.de/Aktivist-ueber-Klimagerechtigkeit/!5736215/>

**TADZIO MÜLLER**  
**ZWISCHEN**  
**FRIEDLICHER**  
**SABOTAGE**  
**UND KOLLAPS**  
**WIE ICH LERNTÉ,**  
**DIE ZUKUNFT**  
**WIEDER**  
**ZU LIEBEN**

mandelbaum kritik & utopie

Tadzio Müller – Zwischen friedlicher Sabotage und Kollaps. (316 Seiten) 2024 erschienen im Mandelbaum Verlag 20 €

# Frankfurter Wohnverhältnisse

»Einmal drang so viel Wasser durch die Zimmerdecke, dass ich Töpfe darunter stellen musste.«

Einmal im Jahr, meist zum Start des Wintersemesters, empfängt Enrico Schleiff, Präsident der Goethe-Universität, einen Redakteur der Frankfurter Rundschau. In den letzten Jahren war es George Grodensky, der in den heiligen Hallen des Präsidiums zu einem Exklusivinterview eingeladen wurde. Darin zu lesen ist dann geballte heiße Luft, neoliberal weichgewaschenes Marketing-Sprech. Fehlt nur noch, dass Schleiff mit dem E-Roller und Sneakern zur Arbeit kommt. Zwischen viel zu langen Werbeblöcken für die nicht mehr exzellente Forschung an der Spitzenuniversität, maßt sich Grodensky an, ein paar kritische Nachfragen zu stellen. Zur Dondorf-Druckerei, zum neuen – seit 20 Jahren nicht gebauten – Studierendenhaus oder Schleiffs generellen, autoritären Umgang mit viel zu rebellischen Studierenden. Das ehrt ihn, also Grodensky, nicht Schleiff.

Im Interview von Ende September 2024 ging es dann tatsächlich auch um die Wohnraumkrise. Für Studierende „eines der größten Probleme“, wie Schleiff betont. Man sei dazu auch in Gesprächen „mit umliegenden Kommunen“, um „Liegenenschaften zur Verfügung zu stellen, um Wohnheime für Studierende zu ermöglichen“. Erklärtes Ziel sei es, betonte Schleiff in schönster feudalen Gutsherrenmanier, in Oberursel oder Bad Homburg junge Studierende anzusiedeln. Dies belebe ja immerhin die „Kneipenszene“ und bestimmt gebe es dann – nach den ausufernden Kneipenabenden in der hessischen Provinz – noch ein paar Start-up-Gründungen. Also eine Win-Win-Win-Situation... für alle. Klar.

Lukas Geisler

## Wohnraum gesucht

Was sich etwas humoristisch lesen lässt und auf Schleiffs Unverständnis für die Lebensrealität von Studierenden verweist – wir ignorieren an dieser Stelle einfach die Ansiedlungsphantasien –, offenbart allerdings auch, wie schwierig die aktuellen Wohnverhältnisse in Frankfurt sind. Dass Oberursel und Bad Homburg als Lösungen präsentiert werden, macht klar, dass bezahlbarer Wohnraum für Studierende und andere in weiter Ferne sind, wörtlich gemeint.

Laut einer Auswertung des Moses Mendelssohn Instituts in Zusammenarbeit mit der Plattform wg-gesucht liegt der durchschnittliche Mietpreis für ein WG-Zimmer in Frankfurt am Main mittlerweile bei 680 Euro im Monat. Im Vergleich zum Vorjahr, als der Durchschnittspreis noch bei 630 Euro lag, entspricht das einer Erhöhung von fast 8 Prozent. Damit ist Frankfurt der zweit teuerste Studienstandort in Deutschland – nur München übertrifft diesen Wert mit einem mittleren Preis von über 700 Euro pro Zimmer. Die aktuelle BAföG-Pauschale für Wohnen beträgt 380 Euro.

Gegen die akute Wohnungsnot hat die Goethe-Universität gemeinsam mit dem Studierendenwerk das Onlineportal „Wohnraum gesucht“ gegründet. Dort wird appelliert: „Jede Form des privaten Wohnraums, ob zeitlich befristet oder mit Mindestmietdauer, hilft!“. Schlanke 30 Angebote sind dort zu finden (Stand: Anfang Januar 2025). Benannt sind diese teilweise recht skurril: Wer will nicht in einer „2-Zimmerwohnung2-Zimmerin einer 4-Zimmerwohnung“ wohnen?

In Dreieichenhain, einem Stadtteil von Dreieich, das im Süden von Frankfurt liegt, gibt es beispielsweise ein WG-Zimmer für

610 Euro warm. Von dort sind es dann zwischen 46 Minuten und einer Stunde und neun Minuten zum IG-Farben-Campus. Fragt sich, wie attraktiv das für „finanzschwache sowie internationale Studierende“, für die das Portal hauptsächlich sein soll, ist. Ein anderes Angebot ist eine Zweizimmerwohnung in Liederbach im Taunus, nur 1200 Meter vom lokalen Bahnhof entfernt, für schlappe 800 Euro warm. Das könnte man sich potenziell teilen. Von dort sind es dann aber teilweise eine Stunde und 20 Minuten bis zur Uni – zuzüglich die 1200 Meter bis zum Bahnhof. Auch sollte man nicht allzu lange abends unterwegs sein, sonst fährt nichts mehr, was zumindest eine kurze Recherche ergibt. Eine Kneipenszene fehlt ebenfalls komplett. Bleibt nur noch die Start-up-Gründung. Mach euch bereit: das nächste Unicorn kommt aus Liederbach im Taunus. El Presidente Enrico sei Dank.

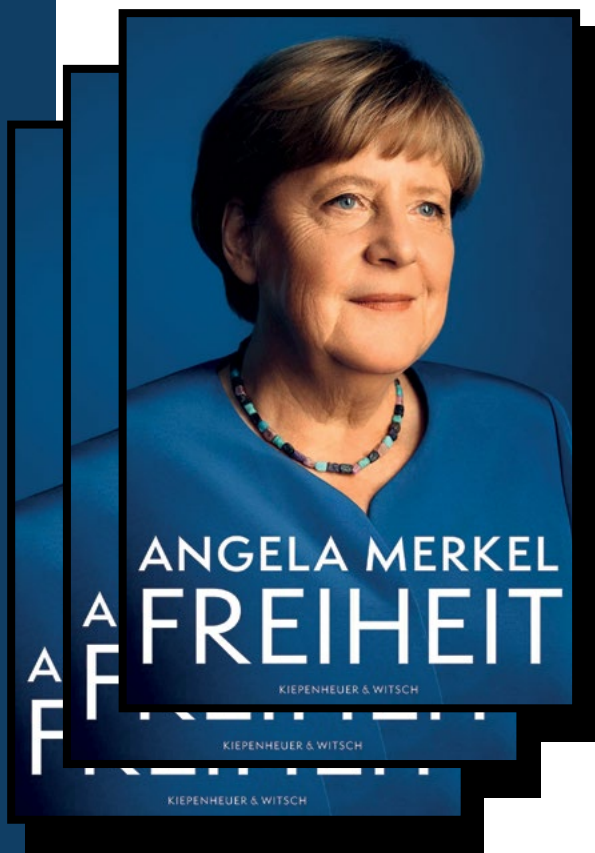
## Doppelte Krise

Findet man doch ein WG-Zimmer zu den statistisch-üblichen Preisen, findet man allerdings auch nicht den Luxus vor, wie er für 650 Euro zu erwarten wäre. Aus eigener dreijährigen Wohnerschaft in Frankfurt kann ich folgendes berichten: Einmal drang so viel Wasser durch die Zimmerdecke, dass ich Töpfe darunter stellen musste. Lange reagierte der Vermieter überhaupt nicht, als ich ihm dann meinen Auszug angekündigte, wurde er unbequem und beleidigend – und auch nach über einem Jahr behält er noch die Kautions ein. In einer anderen Wohnung fiel mitten im Winter zwei Wochen die Heizung aus. Da gab es wenigstens eine Mietminderung in Höhe einer halben Monatsmiete.

Nun trägt die aktuelle Wohnungsnot in mehrfacher Hinsicht zur Erosion kritischer Wissensproduktion und studentischer Bildungserfahrung bei. Und zwar in dem Sinne, dass viele Studierende, um sich das Leben in Frankfurt, leisten zu können, in umfangreicher Weise Lohnarbeit nachgehen müssen. Es handelt sich um eine Form des temporären, funktionalen Proletariats, indem Studierende zwar effektiv Kapital verwerten, aber mit der Hoffnung verbunden, nach dem Studium, eine bessere berufliche Position zu erlangen und damit nicht mehr an diese Klassenstellung gebunden zu sein.

*„Letztendlich werden die Studierenden also um das Studium und die Teilnahme an kollektiven Bildungs- und begrifflichen Prozessen gebracht. Sie können denken, dass sie studiert haben, aber es handelt sich um organisierte Halbbildung“ (Demirović 2022: 302).*

»Lange reagierte der Vermieter überhaupt nicht, als ich ihm dann meinen Auszug angekündigte, wurde er unbequem und beleidigend.«



# Angela Merkel & Beate Baumann: Freiheit

Rezension von Lennart Bade

Merkels Memoiren lesen sich so, wie sie Politik gemacht hat: unaufgeregt, bis zur Alternativlosigkeit abgewogen – und ein bisschen langweilig. Damit ihr es nicht lesen müsst, hat sich unser Autor durch das Buch gekämpft und die Ambivalenzen, die dieses Buch aufdeckt und hinterlässt, herausgearbeitet.

In diesem Buch *based on a true story* folgen wir der Ich-Erzählerin auf ihrer sagenhaften Reise. Die Protagonistin dieses Märchens wird befreit aus dem diktatorischen Eltern-Staat und findet ihre wahre Bestimmung und ihre wahre Liebe, der sie treu „dienen“ wird. Wirklich glaubhaft ist diese Geschichte kaum, aber wir wissen nun alle, dass sie wahr ist: Angela Merkel wächst in der DDR, in der Kleinstadt Templin auf, studiert in Leipzig, arbeitet und promoviert als Physikerin in Berlin Adlershof. Plötzlich öffnet sich die Mauer, die Diktatur zerfällt und in ihr wächst der Wille des politischen Engagements in dieser Zeit der neuen Möglichkeiten; kurze Zeit danach (kein Jahr später) ist sie maßgeblich an der ersten und einzigen frei gewählten DDR-Regierung beteiligt, die die Wiedervereinigung vorbereitet. Anschließend wird sie für die Bundesrepublik Bundestagsabgeordnete, dann Familienministerin, dann Umweltministerin, dann Unions-Vize und schließlich die Nummer Eins in der Union. Und dann Kanzlerin. Dann nochmal, dann nochmal, und dann nochmal.

Diese fantastische Storyline ist so unglaublich wie wahr. Doch die entscheidende Frage in der jetzt erschienenen Autobiographie liegt eher darin: Sind die politischen Entscheidungen und Entscheidungsprozesse, die Hinterkammergespräche, die Motive, die zufälligen Treffen und Ereignisse, in die dieses Buch Einblick verschafft, wahr? Denn glaubwürdig erscheint das Geschriebene allemal. Merkel und Beate Baumann, die Co-Autorin und langjährige wichtigste Beraterin – im Buch lernen wir sie nach knapp einem Viertel, im Jahr 1990, kennen – schreiben so, wie die Bundeskanzlerin 16 Jahre lang aufgetreten ist. Dröge, schnörkellos und markant unaufgeregt. Und wir erfahren zum Beispiel, dass eines ihrer Lieblingsessen Bouletten, Würstchen und Kartoffelsalat sind. Diese Authentizität verführt doch sehr dazu, ihnen alles genau so abzukaufen, wie es in dem Buch geschrieben steht.

Wenn sie beschreibt, dass sie einfach Deutschland dienen wollte, mit bestem Wissen und Gewissen handelte, dann glaubt man das. Ihre ersten Gedanken als

Kanzlerin waren wohl, dass sie nie wieder in einem solch' schönen Büro sitzen würde. War das wirklich der Gedanke beim Höhepunkt ihrer politischen Macht? Ja überhaupt, kann es wirklich sein, dass sie nie einen Machthunger verspürte, sondern lediglich nach „reiflicher Überlegung“ die nächste Aufgabe angenommen hat, die ihr geboten wurde?

Es liest sich doch meist so, als sei sie einem ganz normalen Job nachgegangen, mit stressigen, aber hochinteressanten Aufgaben. Mal lernt sie diese Kollegin kennen, mal jenen, die eine nervt, der andere nicht, den einen lädt sie zum Essen ein, die andere lädt sie und ihren Mann (manchmal wird auch er erwähnt) zum Essen ein. Beinahe vergessen wir dabei die globalpolitische Bedeutsamkeit, wenn sie mit George W. Bush Junior in der Uckermark oder auf einer texanischen Ranch zum Dinieren verabredet ist.

So bricht der Stil kaum zwischen ihren Erzählungen aus der Zeit in Adlershof bei der Akademie der Wissenschaften der DDR und den Jahren im Kanzleramt. Spannend

bleibt es allerdings trotz des langweiligen Erzählmodus, der etwa so wirkt, als solle das Buch auch debilen Rentnern auf Rügen vorgelesen werden. Denn das Buch vermittelt ein Gefühl der „Beschwingtheit“ (diese Vokabel lernt man in dem Buch). Es fasziniert anfänglich zumindest, darüber zu lesen, wie der kometenhafte politische Aufstieg möglich wurde, wie sie zur rechten Zeit am rechten Ort war, und wie das eigentlich ablief.

Der wahrgewordene Mythos des kometenhaften Aufstiegs nutzte ihr schließlich auch: Im Wahlkampf 2013 sah man den Spruch „Für ein Deutschland, in dem jeder alles werden kann“ neben einem Kinderfoto der Kanzlerin. Mit Erreichen des Kanzlerstatus fällt der Spannungsbogen aber wieder ab. Wer über die politischen Geschehnisse der letzten dreißig Jahre bestens informiert ist, darf gewissenhaft das Buch nach einem Drittel beiseitelegen und verpasst nichts. Doch gerade dadurch, dass sie nicht sensationell und enthüllend schreibt, erhält das Buch auch einen Reiz, dem wir nachgehen können. Das möchte ich im Folgenden erklären.

Wie in der Öffentlichkeit bereits breit diskutiert wurde, gesteht Merkel keine politischen Fehler ein. Sie bedauert so manche Entwicklungen (Ukraine-Krieg, AfD-Aufstieg, Klimavollkatastrophe), zeigt aber keine Reue in den eigenen politischen Entscheidungen, denn diese – so wird man es immer wieder lesen – resultierten immer eben genau aus dem, was gerade möglich und nötig war.

So bewegt sich das Buch in demselben Spannungsfeld, dem womöglich auch die liberalen Demokratien weltweit ausgesetzt sind: Einerseits *solle* eben „alles möglich“ sein – ihre Biographie als Beispiel. Andererseits bleibt meist eben nicht viel möglich, die politischen Entscheidungen *seien* vor allem: „alternativlos“.

Genau in dieser scheinbaren Alternativlosigkeit, die Merkel vor allem gegen die regressive Reaktion seitens der Rechten verteidigt (in Migrationspolitik, ökologischen Fragen, Coronapandemie), liegt schließlich die Crux, wie sie auch progressiv kritisch eingeordnet werden muss. Denn ihre wertorientierte Haltung und der Blick in die vermeintliche Notwendigkeit brachten politisch keine hinreichende

Energiewende, keine nötige Wirtschaftswende, keine Investitionen in die Infrastruktur, keine friedliche Außenpolitik etc. hervor.<sup>1</sup> Und der von ihr verlangte humanitäre Umgang an der EU-Außengrenze bleibt hinter einem Lob und der Betonung der Notwendigkeit von *Frontex* außen vor. Dieses ambivalente Erbe lässt sie zurück.

Wenn wir an die Bundesrepublik und den vermeintlichen Leitsatz „Nie Wieder“ denken, muss man die bedeutsame Pressekonferenz von Merkel 2015 und den daraus resultierten Satz „Wir schaffen das“ erwähnen. Dieses Zeichen der Willkommenskultur war richtig und alles andere als selbstverständlich. Es muss noch einmal erwähnt werden, dass dies auch in ihren Memoiren die zentrale Stelle einnimmt und sie von der moralischen Richtigkeit ihres Ansatzes – dem humanitären Anspruch, der damit verbunden war – nach wie vor überzeugt ist. Wir können in den Zwischenzeilen Unverständnis gegenüber der Ressentiment-Politik ihrer eigenen „Truppe“ erkennen und ihre Verachtung gegenüber eigenen Kabinettsmitgliedern, die sich über die zufällige Übereinstimmung der Zahl der an einem Tag abgeschobenen Migrant\*innen und der Zahl des eigenen Lebensalters erfreuen.

So enttäuscht sie uns als Leser\*innen aber einmal mehr in dem Moment, da bewusst wird, dass ihre eigene Austeritätspolitik überhaupt den „Umgang“ mit den ankommenden Geflüchteten zu einer Belastung der Gemeinden machte, denen die maßgeblichen Ressourcen fehl(t)en. Sie selbst zeigt zwar Freude und Dankbarkeit über die vielen hilfsbereiten Initiativen und Menschen seit ihrem „Wir schaffen das“-Satz, erkennt jedoch nicht das Problem: Das „Schaffen“ verlangte das ehrenamtliche Engagement, die „Willkommenskultur“, die Hilfsbereitschaft bloß, weil keine politischen Institutionen und Maßnahmen diese Lücke füllten. Dass schließlich auch die „Willkommenskultur“ abnimmt und der „zweite Teil“ ihrer Amtszeit (nach 2015) von dem Erstarken der AfD begleitet wird, könnte natürlich mit den von ihr nicht beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen korrelieren. Das ist „bedauerlich“, aber sie zeigt kein Eingeständnis in Fehler. Und diese

nachgereichte Erklärung ihrer Regierungsarbeit erstreckt sich so über alle relevanten Themen ihrer 16 Jahre langen Amtszeit. Es lohnt aber, sich diese 70 Jahre umfassende Biographie vor Augen zu führen und eben genau diese authentische Erklärung des „Wollens“, des „Könnens“ und „Kompromissfindens“ kritisch zu prüfen.

Dabei lesen sich die Memoiren so, wie Würstchen, Bouletten und Kartoffelsalat schmecken; ganz Okay, aber besonderen Geschmack und Glanz erlangt dieses Gericht dann, wenn es im Kanzleramt serviert wird. Und diese Memoiren werden dann besonders, wenn man sich ab und zu daran erinnert, dass sie aus den Erinnerungen der Kanzlerin a.D. geschrieben wurden – es ist letztlich „das Buch, über das die Welt redet“.

<sup>1</sup> Zuletzt ziehen auch die ihr wohlgesonnenen *Financial Times* und *The Economist* düstere Bilanzen ihrer Amtszeit.

Vgl.: <https://www.ft.com/content/ee6ec516-22c0-48b1-9346-5268a38234ab> und <https://www.economist.com/europe/2024/10/24/angela-who-merkels-legacy-looks-increasingly-terrible>



# Für die Vergesellschaftung des Öffentlichen

Rezension von Lukas Geisler

Silke van Dyk und Tine Haubner nehmen in ihrem Buch „Community-Kapitalismus“ die Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage in der Hegemoniekrise des Neoliberalismus in den Blick. Dabei kritisieren sie auch die Fokussierung emanzipatorischer Akteur\*innen auf Kämpfe „von unten“ und Gegengemeinschaften, anstatt für soziale Rechte und Vergesellschaftung einzutreten.

Seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise in Folge von 2008 verdichten sich die multiplen Krisendynamiken zu einer fundamentalen Krise der sozialen Reproduktion. Jahrzehnte der andauernden Austeritäts-, Privatisierungs- und Deregulierungspolitik haben die „öffentlichen und privaten Sorgkapazitäten erodieren lassen, auf die der Kapitalismus mit seiner strukturellen ‚Sorglosigkeit‘ angewiesen ist“. So weit, so ubiquitär. Neu sei laut van Dyk und Haubner die Entwicklung, dass staatliche Institutionen – als sozialpolitische Maßnahmen – verstärkt auf aktive Bürger\*innen und freiwillige Helfer\*innen bei der Tafel oder im Pflegeberuf, lokale gemeinschaftliche Projekte und Nachbarschaftshilfe sowie auf Sharing-Economy und Crowdsourcing setzen. „Unbezahlte Arbeit war und ist“, wie zuletzt beispielsweise die Corona-Pandemie gezeigt hat, „das Lebenselixier des Kapitalismus“. So sei Sorgearbeit außerhalb der Familie in den letzten Jahren zum Hauptgegenstand der Steuerung und Aktivierung staatlicher Politik geworden:

*„Vor diesem Hintergrund ist die Entstehung einer Konfiguration zu beobachten, die wir Community-Kapitalismus nennen, deren politische und moralische Ökonomie sich durch die Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage und die Verknüpfung von nicht regulär entlohnter Arbeit (...) und Gemeinschaftspolitik auszeichnet.“*

Zwar hätten Konzepte der Gemeinschaft in Krisenzeiten Konjunktur gehabt, allerdings sei die aktuelle Situation von einer neuen Qualität geprägt. Haubner und van Dyk sehen gar das Potenzial, dass der Community-Kapitalismus hegemoniefähig werden könnte, gerade weil die Anrufung von Gemeinschaft, Anti-Etatismus und Verzivilgesellschaftlichung bei unterschiedlichsten Akteur\*innen anschlussfähig ist – auch bei emanzipatorischen. Auch spreche das Regieren durch Community etwas an, „das vielen Menschen im Alltag wichtig ist, was ein aktives ‚Mittun‘ befördert, ohne dass damit eine dezidierte Bejahung der gesellschaftlichen Neuverhandlungen des Sozialen als fürsorgliche Gemeinschaften verbunden sein muss“.

Dabei ist der anregende Aufschlag keine Kritik an freiwilligen Helfer\*innen oder generell an (Gegen-)Gemeinschaften, sondern nimmt die Kehrseiten in den Blick. Ziel dabei sei es auch nicht, den entmündigenden, normierenden und paternalistischen Charakter der Wohlfahrtsbürokratie – mitsamt ungleichheitsgenerierenden Effekten und Ausschlüssen – zu negieren. Doch wenn sie basale Aufgaben sozialer Daseinsvorsorge aufrechterhalten, verlieren sie eben ihr rebellisches und herrschaftskritisches Potenzial – tragen gar in ihrer staatlichen Vereinnahmung und Kommodifizierung zur Aufrechterhaltung des krisenhaft Bestehenden bei.

Zwar plädieren die Autorinnen für die Stärkung von sozialen Rechten, allerdings nicht in dem Sinne eines imaginären Zurücks in den fordistischen Wohlfahrtsstaat, sondern fordern die neoliberale Strategie der Verzivilgesellschaftlichung umzukehren: Anstatt auf ein *Outsourcing* zu setzen, brauche es ein *Insourcing* zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen in die

Organisation der öffentlichen Daseinsversorgung und Infrastrukturen. Dabei sollen nicht die Ressourcen der Zivilgesellschaft aktiviert werden, um Lücken in der Daseinsversorgung zu schließen, sondern es müsste umgekehrt „die Gestaltung und Verwaltung sozialer Rechte, Infrastruktur und Daseinsversorgung“ konsequent vergesellschaftet und demokratisiert werden. So könne es gelingen, die Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage, in „ein emanzipatorisches Projekt der Vergesellschaftung des Öffentlichen zu überführen“.

Community-Kapitalismus

Silke van Dyk  
Tine Haubner

Silke van Dyk  
Tine Haubner

Community-Kapitalismus

Hamburger Edition

Hamburger Edition

Hamburger Edition



# Der Philosoph Habermas und Wir

Rezension von Konstantin Schiewer

DER  
PHILOSOPH  
HABERMAS UND WIR  
PHILIPP FELSCH

PROPYLÄEN

Aufgrund seines fortgeschrittenen Alters könnte eigentlich jedes Jahr ein Habermas Jubiläum begangen werden, 2024 feierte der wohl weltweit meistrezipierte Philosoph und Soziologe der Gegenwart seinen 95. Geburtstag. Seine jüngsten Beiträge in der öffentlichen Debatte zur Coronapandemie, zum Nahostkonflikt oder zum Krieg in der Ukraine und mehrere Publikationen in den letzten Jahren zeigen eindrucksvoll, dass Habermas immer noch an öffentlichen wie fachlichen Diskursen teilnimmt. Bis heute hat der in Starnberg Beheimatete, politische und gesellschaftliche Debatten durch die gesamte Geschichte der Bundesrepublik geprägt. Ausgehend von dieser Prämisse baut der Kulturwissenschaftler Phillip Felsch seine Lebensbetrachtung von Habermas mit dem Titel „Der Philosoph. Habermas und Wir“ (Propyläen: Berlin 2024) auf. Der Fokus liegt hierbei auf Habermas' öffentlicher Rolle im Bilde der Zeitgeschichte, sein wissenschaftliches Werk und seine internationale Rezeption hingegen werden nur am Rande behandelt.

Die Nacherzählung von Habermas' Karriere verläuft weitestgehend chronologisch und in Episoden. Auch wenn der Untertitel des Buches „Der Philosoph und Wir“ lautet, müsste er eigentlich bei Felschs Herangehensweise „Der Philosoph und Ich“ lauten. Den Rahmen der Erzählung setzen zwei Besuche des Autors bei Habermas in Starnberg im Jahr 2022 und 2023, die hier auf eine persönliche und einnehmende Art geschildert werden. Und auch an anderen Stellen nehmen Felschs persönliche Erfahrungen mit Habermas Platz ein, beispielsweise durch die gemeinsamen Wurzeln in Gummersbach. Genau diese Herangehensweise ist aber auch die große Stärke des Buches. Beispielsweise wird das Kapitel über den sogenannten „Historikerstreit“

eingeleitet mit der Bemerkung, Felsch selbst sei noch zu jung gewesen, um die Debatte mitzuverfolgen, Tschernobyl und die Fußball-WM hätten sein Leben in diesem Jahr geprägt. Der persönliche Einwurf wirkt an dieser Stelle möglicherweise unnötig, dennoch ist das Kapitel ein Höhepunkt der Erzählung. Hier wird nicht nur die Episode selbst geschildert, sondern auch ihr Umbruchcharakter für die deutsche Debattenkultur, Habermas' Rolle darin und sein eigenes Selbstverständnis als Interventionist. Der „Historikerstreit“ ist das wohl bekannteste Stichwort, das einem einfällt, wenn man nach Habermas Rolle als öffentlicher Intellektueller gefragt wird, und Felsch gelingt es auf nur zehn Seiten, die Bedeutung des Ereignisses darzustellen. Habermas wandte sich im Streit gegen die These des Historikers Ernst Nolte, welcher den Holocaust als Antwort auf den stalinistischen Terror sah. Habermas widersprach dem und festigte damit die singuläre Deutung des nationalsozialistischen Massenmordes. In einer gekonnten erzählerischen Dichte schafft es der Autor, herauszuarbeiten, welche Rolle die Debatte für Habermas Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, die Bedeutung des Streits für seine eigene Generation und für die Bundesrepublik allgemein gespielt hat. Gleichzeitig verknüpft er das Kapitel mit aktuellen Debatten wie der manchmal als „Neuen Historikerstreit“ (Wagner 2022) betitelten Debatte um die Singularität des Vergleichs des Holocausts im Lichte der „Colonial Studies“ und Habermas' Appell als Reaktion auf den Angriff der Hamas auf Israel 2023 (Felsch 2024, 128-130).

Diese Vielschichtigkeit, die sich besonders in diesem Kapitel zeigt, ist die Stärke des Buches. Gleichzeitig führt dies auch zu einer gewissen Oberflächlichkeit auf der biografischen Ebene, da der Autor immer bemüht ist, jeden Lebensabschnitt mit persönlichen Eindrücken und den

Bezügen zu öffentlichen Debatten, historisch wie aktuell, zu verknüpfen. Damit ist die Lektüre aber auch immer ausgesprochen kurzweilig. Felsch gelingt es, ein lebhaftes und pointiertes Porträt von Habermas zu zeichnen. Dieses bietet für die genauen Kenner\*innen des Philosophen wahrscheinlich nicht viel Neues. Passender wäre möglicherweise der Titel „Der öffentliche Intellektuelle und Wir“, da sein philosophisches Werk nur angeschnitten wird – Habermas' theoretisches Vermächtnis bleibt am Rande, der Autor lässt sogar durchblicken, dass er zu diesem häufig nur schwer Zugang gefunden hat. Aber es ist eine beachtliche Leistung, über einen Mann, der seit rund sechzig Jahren eine Größe im akademischen und öffentlichen Diskurs ist, ein Buch zu schreiben, was jedem zu empfehlen ist, der einen ersten Zugang zu Habermas sucht. Die Lektüre macht Lust darauf, mehr über den Philosophen zu erfahren, und vielleicht dabei, wie der Autor selbst, Verknüpfungen zwischen seinem Schaffen und eigenen Erfahrungen zu entdecken.

Wagner, Jens-Christian (2022): *Historikerstreit 2.0? Zur Debatte um das Wechselverhältnis zwischen Shoah- und Kolonialismus-Erinnerung*, Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Online <https://www.stiftung-gedenkstaetten.de/reflexionen/reflexionen-2022/historikerstreit-20-> (zuletzt abgerufen am 26.12.2024).

# Eure Politik macht uns arm!

Schluss mit der Sparpolitik gegen Studierende

## Unsere Forderungen zur Bundestagswahl 2025:

**An Olaf Scholz, Friedrich Merz, Robert Habeck, Christian Lindner, Heidi Reichinnek, Jan van Aken, Alexander Dobrindt und Sahra Wagenknecht.**

In den letzten Jahren wurde unsere Gesellschaft von zahlreichen Krisen erschüttert, die gerade die Schwächsten schwer getroffen haben. Wir Studierenden haben lange Zeit versucht uns anzupassen, wir haben den Gürtel enger geschnallt, wir haben uns solidarisch gegenüber unseren Mitmenschen verhalten. Doch die dramatischen Verschlechterungen unserer Lebensqualität haben mittlerweile ein Ausmaß angenommen, das wir nicht länger hinnehmen können:

Unser BAföG und unsere Minijob-Löhne wurden von der Inflation aufgeessen, unsere Mieten gehen durch die Decke und globale Krisen verdunkeln unsere Zukunft. Preissteigerungen, Kreditzinsen und Mietenexplosion machen uns arm – Stress, Einsamkeit und Wohnungsnot machen uns krank. In elitären Kreisen hingegen, vor allem repräsentiert durch chronisch überalterte und überbezahlte Talkshow-Gäste, werden diese Missstände nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen kreisen die Debatten in letzter Zeit immer weiter darum, junge Menschen in einem beliebigen von der herrschenden Politik seit Jahrzehnten kaputtgesparten und unterbesetzten Berufsfeld ein Jahr lang zwangszu verpflichten, während bei einigen wenigen gut betuchten Unternehmer:innen, die ihren gerechten Beitrag zur Krisenbewältigung bis heute konsequent verweigern, weiterhin unaufhörlich die Sektkorken knallen.

Gleichzeitig sehen wir uns auch einer Politik ausgeliefert, die diese Probleme in keiner Weise adressiert oder sogar weiter befeuert, was unter anderem einen fortschreitenden Rechtsruck – gerade auch unter jungen Menschen – zur Folge hat. Die herrschende Klasse setzt dem nichts entgegen, weil sie nicht bereit ist, ihre eigene Macht und ihre Privilegien mit der Mehrheit der Schlechtergestellten zu teilen. Stattdessen befließigt sie sich zunehmend selbst einer rechtspopulistischen Rhetorik und tritt dementsprechend immer härter und lauter nach unten. Wir Studierenden sind nicht länger bereit, von den politischen Entscheidungsträger:innen mit Durchhalteparolen und warmen Worten abgespeist zu werden, sondern verlangen einen sofortigen radikalen Kurswechsel.

Daher fordern wir, die gewählten Vertreter:innen der Studierendenschaften von Universitäten und Hochschulen, Sie, die Spitzenkandidat:innen der aktuell im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien, dazu auf, unsere hier formulierten Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Studierenden zu unterzeichnen und sich in der kommenden Bundestagslegislaturperiode eindringlich für deren konsequente und schnelle Umsetzung einzusetzen.

## Als Vertretungen der Studierendenschaften fordern wir von Ihnen nach der Bundestagswahl:

### 1. BAföG radikal reformieren, holen Sie über 37,9 % der Studis endlich aus der Armut!

Wir fordern, dass der BAföG-Satz für alle Studierenden noch im nächsten Jahr auf 1350€ angehoben wird, um Armut unter Studierenden vollständig zu beenden! Dieser Betrag soll unabhängig von Elternhaus und Lebensbedingungen an alle Studierenden in einem möglichst unbürokratischen Verfahren monatlich ausgezahlt werden. Die Auszahlung der Leistungen soll zudem vollständig rückzahlungsfrei erfolgen und die Regelstudienzeit für den Bachelor und den Master jeweils um zwei Semester angehoben werden.

### 2. Schluss mit unbezahlbarem Wohnraum für Vollzeitstudis!

Der Bund soll geeignete Maßnahmen ergreifen, durch welche die Mieten für Studierende bei 300 € in einem ersten Schritt gesetzlich gedeckelt werden! Vollzeitstudierende sollen keinen einzigen Cent mehr als diesen Betrag für ein Dach über dem Kopf zahlen müssen!

### 3. Mit einem Sonderbauprogramm monatelange WG-Castings und Wartelisten verhindern!

Der Bund soll ein großes staatliches Wohnungsbauprogramm ab der nächsten Legislaturperiode ins Leben rufen! Wir fordern bis 2030 die Schaffung von 200.000 neuen Wohnheimspätzen für Studierende!

### 4. Überteuerte Mensapreise und schimmelige Wohnheime durch überfällige Investitionen beenden!

Der Bund und die Länder müssen die Studierendenwerke deutlich stärker finanziell ausstatten – es braucht jetzt endlich die nötigen Investitionen für junge Menschen!

### 5. Studi-Mobilität zum Nulltarif!

Alle Studierenden sollen den ÖPNV bundesweit künftig ticketfrei und kostenlos nutzen dürfen!

Neben dem AStA Frankfurt unterzeichnet von dutzenden weiteren Vertretungen von Studierendenschaften.

# Inklusion im Studium

Welche individuelle und gesellschaftspolitische Unterstützung es gibt – und was muss verbessert werden?

Rosa di Nero & Iris Schneider

Hast du Beeinträchtigungen oder chronische Erkrankungen? Brauchst du Hilfe oder Assistenz beim Studium, kannst sie aber nicht bezahlen? In diesem Text erklären wir dir, wie du über die Eingliederungshilfe des Sozialgesetzbuches (SGB) IX und das Persönliche Budget (nach § 29 SGB IX) Unterstützung für deinen Studienalltag beantragen kannst. Außerdem sprechen wir über Hochschulinklusion und Barrierefreiheit im Allgemeinen und werfen einen Blick auf die Mängel der Inklusion an der Uni Frankfurt. Alles Gute und viel Freude beim Lesen wünscht dein Autonomes Inklusionsreferat.

[Hinweis: die Arbeitsgruppe DIKE§ATHENE des Autonomen Inklusionsreferats bietet Verweisberatung zum Thema]

## Zur Einführung

Menschen mit Beeinträchtigungen, chronischen Erkrankungen oder Schwerbehinderung sehen sich im Studium und im alltäglichen Leben mit vielen Herausforderungen und Problemen konfrontiert. Eine aktuelle Erhebung des Studierendenwerkes geht davon aus, dass die Gruppe der Beeinträchtigten bis zu 16 Prozent aller Studierenden umfasst<sup>1</sup>. Ein bedeutender Anteil dieser Menschen ist anspruchsberechtigt für Leistungen der Teilhabe an Bildung gemäß SGB IX. Ihnen wollen wir mit diesem Beitrag helfen, Licht in die Fördermöglichkeiten zu bringen, die sich im Dunkel des Paragraphenschungels verstecken.

Dass für viele beeinträchtigte Studierende ein selbstbestimmtes Leben nicht ohne Unterstützungsleistungen möglich ist, liegt auf der Hand. Um die Probleme und besonderen Schwierigkeiten zu lösen, die sich aus chronischen Erkrankungen und Behinderungen ergeben, genügt es nicht, sich einfach mehr anzustrengen, sondern es bedarf der Assistenz durch andere Menschen oder technische Hilfsmittel. Das ist bei Studierenden mit Beeinträchtigungen genauso wie bei allen anderen schwerbehinderten Menschen. Aber nicht immer sind Freunde oder Familienangehörige zur Stelle, um eine helfende Hand zu reichen. Oder die notwendigen Hilfsmittel sind teuer und können nicht aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Genau deswegen gibt es für Studierende mit Schwerbehinderung, Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung einen durch das Grundgesetz<sup>2</sup> begründeten Rechtsanspruch auf finanzielle Leistungen zur Teilhabe an Bildung und zur sozialen Teilhabe<sup>3</sup>.

Das Problem: Viele kennen diese Unterstützungsleistungen nicht. Und ihre Beantragung ist nicht ganz einfach. Der vorliegende Artikel soll dazu dienen, die Informationslage zum Thema zu verbessern. Wir wollen hierbei nur kurz darüber informieren, warum Inklusion an Hochschulen grundsätzlich notwendig und rechtlich verankert ist. Schwerpunktmäßig werden wir uns darauf konzentrieren, welche Leistungen die Eingliederungshilfe nach SGB IX beinhaltet, für welche Studierende der Rechtsanspruch gilt, wie die Hilfe beantragt werden kann und welche materialistisch inspirierte Kritik es daran gibt.

Wichtig ist uns außerdem, auf die verschiedenen Beratungsangebote u.a. an der Goethe Uni hinzuweisen, an die du dich jederzeit mit deinen Fragen wenden kannst. Dazu zählen wir, das Autonome Inklusionsreferat<sup>4</sup>, die Anwält\*innen des Studierendenwerkes und die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB). Ab 2025 bietet zudem auch die studentische Law Clinic der Goethe-Universität Beratungen zum Thema Eingliederungshilfe für Studierende an.

## Inklusion an Hochschulen

Inklusion an Hochschulen ist kein Luxus, sondern gründet auf fundamentalen Rechten. In einem Gutachten zum Nachteilsausgleich aus dem Jahr 2019 argumentiert Jürgen Ennuschat, Professor für Verwaltungsrecht an der Uni Bochum, dass die Umsetzung der Maßnahmen zur Hochschulinklusion direkt aus der UN-Behindertenrechtskonvention abgeleitet werden können:

„[...] Art. 24 Abs. 5 S. 2 UN-BRK nennt explizit die angemessenen Vorkehrungen als ein Instrument zur Sicherstellung des diskriminierungsfreien und gleichberechtigten Zugangs zur allgemeinen Hochschulbildung. Zur Gewährleistung eines inklusiven Bildungssystems auf allen Ebenen stellt die UN-Behindertenrechtskonvention drei zentrale Instrumente zur Verfügung:

- allgemeine Anpassungen des Bildungssystems an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen (ex ante-Maßnahmen),
- angemessene Vorkehrungen im Einzelfall (ex nunc-Maßnahmen),
- besondere Maßnahmen zwecks tatsächlicher Gleichberechtigung (positive Diskriminierung).“<sup>5</sup>

Die Umsetzung dieser Maßnahmen finden sich in den Zielen von Univerwaltungen und Ministerien für Bildung und Wissenschaft für die Inklusion an Hochschulen wieder, aber auch in den rechtlichen Verordnungen und Maßnahmen auf den Ebenen des Bundes und der Länder sowie in den Rahmenvereinbarungen und Aktionsplänen der einzelnen Hochschulen. Auch die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von Konzepten und Maßnahmen zur Inklusion von Studierenden mit Behinderung ist nach der UN-Behindertenrechtskonvention, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, dem Grundgesetz und auch dem Hochschulrahmengesetz unbestritten. Um diesen Prozess zu unterstützen, präsentiert das Autonome Inklusionsreferat seit 2015 konkrete Forderungen für mehr Barrierefreiheit im Arbeitskreis Inklusion der Goethe Uni. Im Jahr 2023 wurde in Zusammenarbeit mit dem Asta ein grundlegender Forderungskatalog aufgestellt und im Juli 2023 in der Senatskommission für Diversität vorgestellt. Er ist wie viele andere nützliche Informationen in Kürze auf unserer Homepage verfügbar.

Neben den rechtlichen Verbesserungen ist auch die Umsetzung praktischer Maßnahmen von großer Bedeutung. Dazu zählt die Verwirklichung der baulichen und technischen Barrierefreiheit der verschiedenen Hochschulangebote sowie die Möglichkeit der Unterstützung durch eine Assistenz beim Besuch von Lehrveranstaltungen. Unseres Wissens nach sehen allerdings nur zwei Bundesländer eine spezielle finanzielle Ausstattung und Förderprogramme für inklusive Unterstützungsleistungen im Hochschulbereich vor: NRW und Sachsen<sup>6</sup>. Leider hat es bisher keine hessische Landesregierung geschafft, ähnliches auch hierzulande zu verwirklichen.

## Unterstützung durch Eingliederungshilfe nach SGB IX

Kommen wir nach den einführenden Informationen zum Kern unseres Anliegens: Unterstützung für ein inklusives Studium bietet die Eingliederungshilfe und hier besonders die Leistungen zur Teilhabe an Bildung<sup>7</sup> (§ 75 und § 112 SGB IX). Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind im SGB IX (Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) festgehalten. Nach SGB IX können verschiedene Leistungen zur Teilhabe wie persönliche Assistenz, Unterstützungsdienstleistungen, Coaching und Hilfsmittel beantragt werden.

Besonders bei einem Wunsch nach selbst gewählten Unterstützungsdienstleistungen ist das Persönliche Budget nach § 29 SGB IX eine wichtige Option, um Unterstützungsleistungen finanziert zu bekommen<sup>8</sup>. Es unterscheidet sich von anderen Maßnahmen der Eingliederungshilfe dadurch, dass es den Betroffenen eine große Autonomie dabei zubilligt zu entscheiden, welche Leistungen in Anspruch genommen und durch wen sie zur Verfügung gestellt werden sollen. Aber dazu im Folgenden mehr.

## Für wen gibt es Unterstützung?

Laut Definition des § 2 Abs. 1 SGB IX sind Menschen mit Behinderungen Menschen, „die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit diskriminierungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Menschen sind von Behinderung bedroht, wenn eine Beeinträchtigung nach Satz 1 zu erwarten ist“. Konkret bedeutet das, dass folgende Gruppen einen Anspruch auf Eingliederungshilfe nach SGB IX haben: Studierende mit nachgewiesener Schwerbehinderung, chronischen Erkrankungen sowie physischen und psychischen Beeinträchtigungen / Neurodivergenz und mittlerweile auch Betroffene von Long COVID. Aber Achtung: Das deutsche Sozialrecht sieht Unterstützungsleistungen nach SGB IX leider nur für Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft vor.

## Welche Leistungen können beantragt werden?

Beantragt werden können unter anderem Leistungen zur sozialen Teilhabe nach § 113 SGB IX und zur Teilhabe an Bildung etwa an der Hochschule gemäß § 112 SGB IX. Dadurch sollen notwendige Assistenzleistungen und Hilfsmittel abgedeckt werden – als Sachleistung oder als Geldleistung, sprich Persönliches Budget nach § 29 SGB IX. Zu den gewährten Leistungen zählen beispielsweise Assistenz und Begleitung – auch bei ADHS, Autismus und psychischen Beeinträchtigungen – sowie Kommunikationshilfe oder Fernunterricht. In diesem Rahmen kann nach § 29 Abs. 2 SGB IX auch eine Budgetassistenz zur Verwaltung des Persönlichen Budgets selbst beantragt werden.

Diese Dienstleistungen können entweder als Sachleistungen über einen Anbieter der Assistenzdienstleistungen des begleiteten Wohnens oder der sogenannten Behinderten-Hilfe laufen. In dem Fall bekommst du Leistungen von einem Anbieter und die Behörde rechnet direkt mit dem Anbieter ab. Deine Wahlfreiheit in Bezug auf die Art der individuellen Leistungen und deren zeitlicher Umfang sind dadurch etwas eingeschränkt, aber die Leistung wäre dafür auch im Krankheitsfall deines Assistent\*innen gesichert.

Wir empfehlen denjenigen, die individuellere Lösungen suchen, die Beantragung von selbstorganisierten Assistenzdienstleistungen, die im Rahmen eines Persönlichen Budgets nach § 29 SGB IX beantragt werden können.<sup>9</sup> Mit einem Persönlichen Budget sind Betroffene bei der Wahl ihrer Unterstützungsangebote nicht auf die Vergaberichtlinien und Dienstleister etwa des Landeswohlfahrtsverbands Hessen (LWV) beschränkt, sondern können bei Freund\*innen und am Markt eigenständig nach denjenigen Anbietern von Assistenz und Coaching suchen, die ihre Bedarfe am besten erfüllen. Eine Assistenz kann es dabei in zahlreichen Formen und für viele individualisierte Bedarfe und Bereiche geben. Zu weiteren Leistungen, die finanziert werden können, zählen unter anderem persönliche Dienstleistungen, Studienassistenz, Mentoring, begleitetes Wohnen, Haushaltshilfen, Coaching, Assistenzleistungen zur Alltagsbewältigung, Taxifahrten, Geräte und Software zum Ausgleich von Behinderungen (z.B. Software Tools), Anpassungen des Wohnraums sowie Kosten für Begleithunde für Menschen mit PTBS oder Sehbehinderung.

Wenn Leistungen als Persönliches Budget beantragt werden, kann das nach dem Arbeitgeber-Modell oder auf Honorarbasis erfolgen (dazu mehr in einem späteren Artikel). In beiden Fällen wird das Geld von der Behörde ausgezahlt und muss mit der eingekauften Assistenz oder dem Unterstützungsdienstleister abgerechnet und durch Quittungen belegt werden. Das gilt selbstverständlich auch beim Kauf von Hilfsmitteln im Rahmen des Persönlichen Budgets.

## Teilhabe an Bildung nach § 112 SGB IX

Assistenzleistungen, die direkt das Studium und die Prüfungsleistungen betreffen, müssen gesondert nach § 112 SGB IX beantragt werden. Welche Assistenzleistungen für ein Studium als notwendig anerkannt und damit abgedeckt sind, ist vom Einzelfall abhängig<sup>10</sup>. Das können Vorleseassistenten, Begleitung zu Lehrveranstaltungen, Unterstützung bei der Erledigung von Aufgaben (z.B. bei ADHS), Lektorate bei Legasthenie, Gebärdensprachdolmetschung und vieles mehr sein. Wenn du bereits Teilhabe an Bildung als Leistung oder Assistenz erhältst, dann schreibe uns gern deine Erfahrungen.

### Ein paar Beispiele zur Veranschaulichung:

Leo ist aufgrund seiner Depressionssymptomatik ziemlich unstrukturiert. Eine Assistenzkraft mit einer Spezialisierung im Ordnungskoaching hilft ihm, seine eigene Wohnung in Schuss zu halten und ein Ablagesystem zu organisieren.

Amina hat eine chronische Post-COVID-Erkrankung und ist schnell erschöpft. Die Assistenzkraft erledigt Einkäufe für sie und fährt sie zu regelmäßigen Arztterminen außerhalb ihrer nachbarschaftlichen Umgebung.

David ist stark sehbeeinträchtigt. Seine Assistenzkraft hilft ihm, indem sie nicht barrierefreie Materialien der Uni einsammelt, ihn durch unbekanntes Terrain begleitet und mit ihm einkaufen geht.

Miriam leidet an PTBS. Eine spezialisierte Fachkraft begleitet sie, wenn sie sich in Bereichen mit Stressoren-Potenzial allein oder mit Freund\*innen bewegt, um sie bei triggernden Momenten unterstützen zu können.

Samantha benötigt bei Konferenzen eine\*n Gebärdensprach-Dolmetscher\*in, um mit anderen Kommiliton\*innen, die keine Gebärdensprache sprechen, kommunizieren zu können. Für diese Aufgabe nutzt sie eine persönliche Assistenz.

## Bereitstellung von Hilfsmitteln

Neben den bereits genannten Belangen können im Rahmen einer Eingliederungshilfe auch Hilfsmittel beantragt werden. So heißt es in § 84 SGB IX: „(1) Die Leistungen umfassen Hilfsmittel, die erforderlich sind, um eine durch die Behinderung bestehende Einschränkung einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft auszugleichen. Hierzu gehören insbesondere barrierefreie Computer“. Das Thema Hilfsmittel ist allerdings von vielen Unklarheiten und Rechtsstreitigkeiten flankiert, aktuelle Informationen dazu können in den Ausführungsbestimmungen der Rahmenvereinbarungen des Landesträgers für Leistungen der Eingliederungshilfe nachgelesen werden<sup>11</sup>.

### Problem: Gesetzeslücke bei studentischen Hilfskräften

Man sollte nun meinen, dass es auch für behinderte Studierende, die an der Uni als Hilfskraft oder in einem anderem nicht sozialversicherungspflichtigen 540-Euro-Job arbeiten, Leistungen der Assistenz gibt. Aber leider weit gefehlt. Für diese Art der Unterstützung am Arbeitsplatz ist das betriebliche Eingliederungsmanagement bzw. der Integrationsfachdienst des Landes<sup>12</sup> zwar zuständig, aber eine Integration und Assistenz bei Hiwi- und Tutor\*innenjobs hat der Gesetzgeber erschreckenderweise nicht vorgesehen. Die vermutliche Idee hinter dieser Regelung: Entweder der Bedarf an Unterstützung ist so groß, dass ein\*e Betroffene\*r als voll erwerbsgeminderter Mensch Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 49 SGB IX und eine 24-h-Assistenz erhält oder es muss – so brutal das auch ist – eben ohne Assistenz im Job ausgekommen werden. Alternativ kann im besten Fall auf ein Netzwerk von Unterstützer\*innen zugegriffen werden, die umsonst helfen. Ein positives Beispiel hierfür wäre das Schreibzentrum der Goethe Uni, das Tutor\*innen mit Beeinträchtigung bisher umfassend unterstützt.

Die für viele studentische Arbeitnehmer\*innen und Tutor\*innen notwendige Assistenz, die nötig wäre, um überhaupt einen Hiwi-Job oder eine Anstellung als studentische Hilfskraft ausüben, wird vom Integrationsamt wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht gewährt, weil die Stundenzahl mit weniger als 15 h vermeintlich zu gering ist. Außerdem steht dem der Status als nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer\*in entgegen, sodass die Regelung auch für andere nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gilt. Wir sind von dieser behördlichen Regelung empört.

Erfahren haben wir von ihr, nachdem wir in Kooperation mit der Studierendengewerkschaft unterbau in den Jahren 2022 und 2023 mehrere Anfragen an das Frankfurter Integrationsamt, die Arbeitsagentur und den LWV bezüglich deren Rolle im Rahmen der Regelungen von § 102 SGB IX gestellt haben. Von der zuständigen Teamleitung im Integrationsamt Hessen mussten wir erfahren, dass die Leistungen der Assistenz am Arbeitsplatz gerade nicht durch studentische Hilfskräfte bezogen werden kann. Sie werde nur bei sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen gewährt.

Damit gibt es formal rechtlich gesehen keine Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach §§ 33 und 49 ff. SGB IX (Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben), außer für voll erwerbsgemindert eingestufte Menschen. Der Leistungsbereich der Eingliederungshilfe scheint die Möglichkeiten der rehabilitierenden Unterstützung von behinderten und chronisch erkrankten Studierenden in der Arbeitswelt der Universität, etwa bei Tutorenjobs, die gerade für die Weiterqualifikation auf dem Weg zu akademischen Karrieren notwendig sind, bisher auszusparen. Die Gründe hierfür lassen viel Raum für Spekulation. Wir suchen nach Forschungsarbeiten zu diesem Thema.

Aus unserer Sicht liegt hier eine eindeutige Diskriminierung vor, denn auch die Uni ist eine Ausbildungsstätte, die die besonderen Bedarfe schwerbehinderter Menschen als studentische Hilfskräfte in der universitären Arbeitswelt berücksichtigen muss. Nochmal zur Erinnerung: Nach einer aktuellen Umfrage des Studierendenwerks sind etwa 16 % der Studierenden beeinträchtigt. De facto bedeutet das, dass sie Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und für Arbeitsassistenzen beziehen dürften. Gerade die wichtige Gruppe der studentischen Hilfskräfte ist von einer Gewährung der üblichen Unterstützungsleistungen jedoch ausgeschlossen.

Hier gibt es aus unserer Sicht eine klare Gesetzeslücke. Trotz einer gegenteiligen Verpflichtung nach § 164 Abs. 2 ff. SGB IX können behinderte Studierende eben nicht nur wegen fehlender Barrierefreiheit, sondern auch wegen fehlender Finanzierung notwendiger Assistenzen bei studentischen Arbeitsplätzen und Tutor\*innenjobs nicht angemessen und barrierefrei an einem akademischen Werdegang teilhaben. In unseren Augen stellt das eine doppelte Barriere auf dem Weg in den studentischen akademischen Arbeitsmarkt dar.

## Materialistische Kritik am Leistungskatalog der Eingliederungshilfe

Grundsätzlich ist das Ziel von Unterstützungsleistungen zur Förderung der Teilhabe, dass sie dem Ausgleich von Nachteilen dienen. Ihr Ziel ist es, Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, um diejenigen Barrieren abzubauen, die das Studium für beeinträchtigte Studierende erschweren oder verhindern. In ihrer Wirksamkeit sind die Leistungen der Teilhabe an Bildung jedoch klar beschränkt: Die studentische Armut behinderter Studierender kann durch das SGB IX überhaupt nicht ausgeglichen werden. Stattdessen regelt das Gesetzeswerk ausschließlich den Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile im Alltag und an der Universität.

Um Chancengerechtigkeit für schwer behinderte und beeinträchtigte Studierende zu erreichen, müsste aber auch die materielle Komponente des strukturell geringeren Einkommens vieler behinderter und beeinträchtigter Studierender berücksichtigt werden. Ein Teil der Studierenden mit chronischer Erkrankung oder Behinderung kann wegen der gesundheitlichen Beeinträchtigungen neben dem Studium keiner Erwerbsarbeit nachgehen, ein anderer Teil könnte dies tun, jedoch verhindert die oben

erläuterte doppelte Barriere oftmals das Eintreten in einen Hiwi- oder Tutor\*innenjob.

Trotz der gegenteiligen Verpflichtung nach § 164 SGB IX werden behinderte Studierende wegen fehlender Barrierefreiheit vielerorts von Arbeitsplätzen ausgeschlossen. Nicht zuletzt aus diesem Grund verdienen schwerbehinderte Studierende mit ihrer Arbeit tendenziell weniger Geld als nicht schwerbehinderte Kommiliton\*innen. Das Armutsrisiko von Menschen mit Beeinträchtigungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist zudem in den letzten Jahren angestiegen<sup>13</sup>.

In vielen Gesprächen konnten wir immer wieder erfahren, dass diverse Arbeitsmöglichkeiten an der Universität für Studierende mit Beeinträchtigungen nicht zugänglich sind. Ein Problem ist auch, dass sich viele beeinträchtigte Kommiliton\*innen gegenüber ihren Arbeitgebern nicht als von Behinderung Betroffene outen wollen, weil sie Nachteile für ihre akademische Laufbahn an der Universität befürchten<sup>14</sup>. Als zusätzliche Einschränkung kommt hinzu, dass als Hilfsmittel derzeit kaum notwendige Geräte finanziert werden, sondern nur Software-Programme.

## Zur Veranschaulichung der Kritikpunkte: wieder einige Beispiele

Damit Sara in der Bibliothek arbeiten kann, müsste erst der Treppen an die Höhe ihres Rollis angepasst werden. Diesen baulichen Aufwand ist die Bibliothek aber nicht bereit zu leisten.

Für Luci, die aus dem autistischen Spektrum kommt, ist ein reizarmer Arbeitsplatz nötig, damit sie als Tutorin arbeiten kann. Sie favorisiert ein Online-Tutorium, mit dem der Professor aber nicht einverstanden ist.

Maya wiederum fällt aufgrund ihrer Impulsstörung und ADHS ihren Kommilitonen in Seminaren oft ins Wort und leidet unter ihrer Prokrastination. Eine Promotionsstelle zu bekommen, wird für sie trotz inhaltlich guter Leistungen eine echte Herausforderung.

In allen drei Beispielen braucht es Anpassungsmaßnahmen an den Arbeitsplatz, um diesen barrierefrei zu gestalten, sowie besondere Unterstützung und guten Willen für neurodiverse Kommiliton\*innen mit Reizfilterschwäche von Seiten der Professor\*innen und der Universität. Diese Maßnahmen müssen oftmals eingefordert werden, denn ihre Umsetzung ist leider nicht immer selbstverständlich.

Wir halten fest: Die Eingliederungshilfe bietet keinen Ausgleich für ein behinderungsbedingt geringeres Einkommen und wirkt nicht der wirtschaftlichen Armut entgegen, die bei Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen trotz ihres Rechtsanspruchs auf Leistungen zum Budget für Arbeit bzw. Teilhabe am Arbeitsleben oft durch strukturelle Ausgrenzung oder geringe Belastbarkeit im Arbeitsbereich entsteht. Zusätzlich gibt es, wie bereits beschrieben, keine Teilhabeleistungen für studentische Hilfskräfte, da sie nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Hier scheint der Gesetzgeber behinderte Studierende und Minijobber\*innen schlicht vergessen zu haben.



Bestätigt wird diese deprimierende Situation durch eine Studie des Inklusionsreferats zu den Arbeitsbedingungen an der Uni Frankfurt. Sie wurde Ende 2023 von den Master-Studierenden Lea Scholz und Fabian Korner durchgeführt und konnte mithilfe einer Befragung von knapp 100 schwerbehinderten und beeinträchtigten Studierenden nach ihren Arbeitsverhältnissen bestätigen, dass eine erschreckende Differenz besteht zwischen den Möglichkeiten beeinträchtigter Studierender, an der Uni arbeiten zu können, und der Arbeitssituation von normalgesunden Studierenden<sup>15</sup>. Von Seiten des Autonomen Inklusionsreferates wird diese Situation der doppelten Barrieren zusammen mit der Gewerkschaft unterbau gerade politisch zum Thema gemacht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass all das ein großer Skandal ist!

## Beratungsstruktur an der Goethe Universität

Es gibt bisher an unserer Uni im Gegensatz zu diversen anderen Unis noch kein spezialisiertes Beratungsangebot, z.B. des Studierendenwerkes, für die Beantragung von Leistungen nach SGB IX. Nachdem wir stetig und wiederholend das Thema der SGB-IX-Leistungen im AK Inklusion der Goethe Uni bekannt gemacht haben, bietet das Büro für Chancengleichheit nun wenigste Informationen an<sup>16</sup>.

Unserer Meinung nach bedarf es einer klareren Unterstützungsstruktur für Beantragung und Ausgestaltung des Persönlichen Budgets sowie eines Ausbaus des Informations- und Beratungsangebotes für schwerbehinderte, behinderte, chronisch kranke und neurologisch beeinträchtigte Studierende zum Thema Eingliederungshilfe gemäß SGB IX. Der vorliegende Artikel ist ein Schritt auf dem Weg, diese Informationen allen Interessierten zugänglich zu machen.

Mittlerweile hat dankenswerterweise auch die Law Clinic der Goethe Uni unsere Anregung aufgenommen und Mittel für die Beratung zum SGB IX beantragt. Ab 2025 wird das Beratungsangebot starten<sup>17</sup>. Benötigt werden darüber hinaus Möglichkeiten für Austausch und Empowerment etwa im Rahmen von Selbsthilfegruppen, für betroffene Budgetnehmer\*innen sowie Arbeitsgruppen, die an der Überprüfung und Weiterbildung von Konzepten zur Förderung von Gesundheit und Teilhabe an der Hochschule durch SGB IX aktiv mitwirken. Hierzu haben wir eine Gruppe gegründet<sup>18</sup>.

## Praktische Hilfe für die Antragstellung

Zum Schluss unseres Beitrags wollen wir dir noch einen Leitfaden dazu an die Hand geben, wie du selbst Unterstützung im Rahmen der Eingliederungshilfe nach SGB IX beantragen kannst. Prinzipiell kann in Hessen über den Träger LWV ein Online-Antrag gestellt werden, indem die geforderten Formulare ausgefüllt werden.<sup>19</sup> Falls du Unterstützung für die bestmögliche Ausgestaltung eines Persönlichen Budgets mit all der relevanten Unterstützung benötigst, lohnt sich eine vorherige Beratung durch EUTB oder einen Anwalt. Eine allgemeine Informationsberatung sowie Möglichkeiten für Austausch bietet dir außerdem auch das Autonome Inklusionsreferat an der Uni Frankfurt. Das gesamte Prozedere für die Antragstellung ist hier Schritt für Schritt erklärt:

**Erster Schritt:** Stelle einen formlosen Antrag an den LWV.

**Zweiter Schritt:** Im Rahmen des Antragsverfahren musst du vorab ein medizinisches Gutachten einholen und eigene Bedarfe definieren. Die Defizite, die mit Leistungen der Eingliederungshilfe (Assistenz und technische Hilfsmittel) ausglich werden können und sollen, müssen vorab genau überlegt und die Problemlagen definiert werden. Die Vermögenssituation muss geklärt werden. Aktuell liegt die Vermögensobergrenze laut Studierendenwerk bei 60.000 Euro.

**Dritter Schritt:** Auf der Basis klar formulierter Leistungswünsche, sogenannter Bedarfe, werden von uns Antragsteller\*innen potenzielle Anbieter\*innen für Assistenzdienstleistungen gesucht und die Kosten (auch für technische Hilfsmittel) aufgestellt.

**Vierter Schritt:** Es wird eine Teilhabekonferenz nach Maßgaben des psychosozialen Modells anhand des Fragenkatalogs PiT (Personenzentrierter Erhebungsbogen) durch den Leistungsträger LWV durchgeführt. Hier müssen die eigenen Bedarfe zur Teilhabe in einem interviewartigen Prozess, der Teilhabekonferenz mit Personenzentriertem integrierten Teilhabeplan (PiT) mit standardisiertem Fragebogen genannt wird, exakt definiert werden. Danach erfolgt durch den LWV die Erstellung der Evaluation des PiT. Darauf basierend werden Leistungen genehmigt und eine sogenannte Zielvereinbarung erstellt. Es wird Antragsteller\*innen unbedingt empfohlen, mit einer Vertrauensperson als Begleitung zu den Teilhabekonferenzen zu gehen. Abgehalten werden können die Konferenzen online oder in Präsenz in den Büros des LWV auf der Mainzer Landstraße.

**Fünfter Schritt:** Darauf erfolgt innerhalb von sechs Monaten ein behördlicher Bescheid. Wer es eilig hat, weil sie oder er ohne Assistenz gar nicht studieren kann, könnte vor dem Sozialgericht einen Eilantrag auf einen Vorschuss zur Finanzierung der Assistenz stellen. Ansonsten gilt: Innerhalb von sechs Monaten kommt ein Bescheid der Behörde (Landeswohlfahrtsverband). Aber nochmals: Wer einen sehr dringenden Bedarf hat z.B. bei Zuzug aus einem anderen Bundesland, in dem er oder sie schon Leistungen bezogen hat, kann das über ein Eilverfahren vor dem Sozialgericht geltend machen.

**Sechster Schritt:** Deckt die Zielvereinbarung des Wohlfahrtsträgers nicht alle Bedarfe ab, solltest du entweder nachverhandeln oder mit Vorbehalt unterschreiben und den Bescheid mit einem Widerspruchsverfahren anfechten. Studierende mit geringem Einkommen haben dafür Anspruch auf Beratungs- und Prozesskostenhilfe.

## Das löst leider nicht alle Probleme

Gesetzt den Fall, du hast den geschilderten Prozess durchlaufen und bist glückliche Budgetnehmer\*in geworden. Sind nun alle Probleme gelöst? Leider nicht. Auch mit einer über das Persönliche Budget bewilligten Assistenz werden dir an der Universität viele Steine in den Weg gelegt. Eine der Hürden besteht zum Beispiel darin, dass du als neurodivergenter Mensch auf dem Westend Campus trotz Assistenz keinen barrierefreien Platz zum Arbeiten finden wirst. Von den geschätzten 16 % beeinträchtigten Studierenden dürften etwa 50 % an Neurodivergenzen leiden.

Das Autonome Inklusionsreferat fordert vor diesem Hintergrund in den Sitzungen des AK Inklusion und der Senatskommission seit langem mehr barrierefreie, ruhige Arbeitsräume u.a. in den Bibliotheken und Seminarhäusern. Denn die sehr offene architektonische Ausgestaltung von Bibliotheken geht mit vielen Reizen und Ablenkungen einher und ist gerade für neurodivergente Studierende nur bedingt geeignet. Es gibt am Campus Westend zwar einen Arbeitsraum für blinde Studierende, aber keine flächendeckenden ruhigen Arbeitsmöglichkeiten. Tische zum Zusammenarbeiten stehen meist auf Gängen und die geschlossenen Räume für Gruppenarbeiten stehen eben nur Gruppen zur Verfügung. Ruhige Mehrzweckräume gibt es kaum. Ruhe- und Rückzugsräume gibt es nur vereinzelt. Oft handelt es sich bei ihnen auch um Sanitätsräume ohne Fenster wie etwa am Campus Riedberg, wo sie sich im Keller befinden. Bei der Anzahl der von Beeinträchtigung betroffenen Studierenden herrscht hier ein eklatanter Mangel an Räumlichkeiten zur Regeneration. Gemeinsam wollen wir das ändern!

Schreib uns gern von deinen Erfahrungen und melde dich, wenn du Interesse am Austausch hast. Die Verfasser\*innen des Textes sind keine Jurist\*innen, haben aber eine Sozialrechtlerin und mehrere EUTB zur Beratung hinzugezogen. Sollte uns dennoch ein Fehler unterlaufen sein, freuen wir uns über einen Hinweis.

Rosa di Nero und Iris Schneider für das Autonome Inklusionsreferat der verfassten Studierendenschaft der Goethe Uni Frankfurt

**Kontakt:** [inklusionunifrankfurt@gmail.com](mailto:inklusionunifrankfurt@gmail.com)

## Quellen

- 1 Die Ergebnisse der Erhebung sind online zugänglich unter: <https://www.studierendenwerke.de/themen/studieren-mit-behinderung/schnelleinstieg-fuer-studierende#c3524>.
  - 2 Der besondere Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG verbietet Normgebern und Verwaltung, Behinderte gezielt schlechter zu stellen. Darüber hinaus ist der Schutzbereich des Grundrechts berührt, wenn Rechtsnormen oder Verwaltungspraxis zwar für Behinderte und Nichtbehinderte gleichermaßen gelten, Behinderte aber wegen der unterschiedlichen Auswirkungen der Rechtsanwendung faktisch (und das heißt: auch mittelbar) benachteiligt werden.
  - 3 Der Rechtsanspruch ist gestützt auf die Rechtsnormen zur Teilhabe an Bildung gemäß § 75 und § 112 SGB IX sowie zur sozialen Teilhabe gemäß § 76 und § 113 SGB IX.
  - 4 Zu finden unter: <https://asta-frankfurt.de/gremien/autonome-referate/autonomes-inklusionsreferat>.
  - 5 Das komplette Gutachten kann eingesehen werden unter: [https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads/Studieren\\_mit\\_Behinderung/Veranstaltungsueckblicke/IBS-Veranstaltungen-2019/Studieren\\_mit\\_Behinderungen\\_\\_Nachteilsausgleich\\_in\\_Pruefungen/2019-10-14\\_gutachten-nachteilsausgleiche-\\_ennuschat-2019.pdf](https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Studieren_mit_Behinderung/Veranstaltungsueckblicke/IBS-Veranstaltungen-2019/Studieren_mit_Behinderungen__Nachteilsausgleich_in_Pruefungen/2019-10-14_gutachten-nachteilsausgleiche-_ennuschat-2019.pdf).
  - 6 Exemplarisch genannt sei hier der Informationsbericht Förderprogramm Inklusive Hochschule NRW der Ministerin für Kultur und Wissenschaft in NRW für den Wissenschaftsausschuss des Landtages Nordrhein-Westfalen (danke für den Hinweis an Fabian Korner): <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-5248.pdf>.
  - 7 Hilfen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf: <https://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbix/112.html>.
  - 8 Leistungen zur Sozialen Teilhabe als Persönliches Budget <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/bthg-kompass/bk-soziale-teilhabe/assistenzeleistungen/fd10-1032/>.
  - 9 Einen ersten Überblick bietet auch: <https://www.dbsv.org/persoenliches-budget-jetzt-entscheide-ich-selbst.html>.
  - 10 Genauere Informationen unter: <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/betreuungswesen/teilhabe-an-bildung/>.
  - 11 Sie sind zu finden unter: <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/bthg-kompass/bk-soziale-teilhabe/weitere-leistungen-zur-sozialen-teilhabe/hilfsmittel/fd10-m9839/>.
  - 12 Im Netz zu finden unter: <https://www.integrationsamt-hessen.de/beschaeftigte/in-arbeit-sein-und-bleiben/integrationsfachdienst-ifd/>.
  - 13 So ein Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus dem Jahr 2023, der abgerufen werden kann unter: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/paritaetischer-teilhabebericht-behinderung-ist-immer-groesseres-armutsrisiko/#:~:text=Die%20Armutsbetroffenheit%20von%20Menschen%20mit,auf%2019%2C6%20Prozent%20gestiegen>.
  - 14 Siehe dazu auch die Studie von Korner/Scholz (2024).
  - 15 Siehe die Studie von Korner/Scholz (2024).
  - 16 Die Infos sind zu finden unter: <https://www.uni-frankfurt.de/86371034/Studienassistentz>.
  - 17 Die Law Clinic kann erreicht werden unter: [https://www.jura.uni-frankfurt.de/58905630/Herzlich\\_Willkommen\\_bei\\_der\\_Goethe\\_Uni\\_Law\\_Clinic](https://www.jura.uni-frankfurt.de/58905630/Herzlich_Willkommen_bei_der_Goethe_Uni_Law_Clinic).
  - 18 Bitte melde dich, wenn du daran Interesse hast: <https://selbsthilfe-frankfurt.net/mitstreiterinnen-fuer-gruendung-gesucht-autonomie-im-persoenlichen-budget-nach-sgb-ix>.
  - 19 Diese Formulare sind zu finden unter: <https://www.lvw-hessen.de/service/formulare/Eingliederungshilfe/>.
- <https://asta-frankfurt.de/gremien/autonome-referate/autonomes-inklusionsreferat>: Alle Texte Redaktion von iris schneider
  - [https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads/Studieren\\_mit\\_Behinderung/Veranstaltungsueckblicke/IBS-Veranstaltungen-2019/Studieren\\_mit\\_Behinderungen\\_\\_Nachteilsausgleich\\_in\\_Pruefungen/2019-10-14\\_gutachten-nachteilsausgleiche-\\_ennuschat-2019.pdf](https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Studieren_mit_Behinderung/Veranstaltungsueckblicke/IBS-Veranstaltungen-2019/Studieren_mit_Behinderungen__Nachteilsausgleich_in_Pruefungen/2019-10-14_gutachten-nachteilsausgleiche-_ennuschat-2019.pdf)
  - <https://www.studierendenwerke.de/themen/studieren-mit-behinderung/finanzierung/mehrbedarfe/eingliederungshilfe-und-hilfe-zur-pflege-vermoegens-und-einkommensgrenzen>
  - <https://www.gesetze-im-internet.de>
  - [https://www.gesetze-im-internet.de/hrsg/\\_2.html](https://www.gesetze-im-internet.de/hrsg/_2.html)
  - <https://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbix/112.html>
  - <https://www.teilhabeberatung.de>
  - <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/betreuungswesen/teilhabe-an-bildung/>
  - <https://www.facebook.com/inclusion.ffmpeg/>
  - <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/veranstaltungen/2020/10-20-df-egh-gkv/>
  - <https://umsetzungsbegleitung-bthg.de/bthg-kompass/bk-bedarfsermittlung-icf/icf/fd1-a01/>
  - <https://www.rehadat-recht.de/rechtsprechung/leistungen-leistungsanspruch/aspekte-der-leistungsgewahrungsbewilligung/bewilligung-eines-persoenlichen-budgets/>
  - [https://www.jura.uni-frankfurt.de/58905630/Herzlich\\_Willkommen\\_bei\\_der\\_Goethe\\_Uni\\_Law\\_Clinic](https://www.jura.uni-frankfurt.de/58905630/Herzlich_Willkommen_bei_der_Goethe_Uni_Law_Clinic)
  - <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/paritaetischer-teilhabebericht-behinderung-ist-immer-groesseres-armutsrisiko/#:~:text=Die%20Armutsbetroffenheit%20von%20Menschen%20mit,auf%2019%2C6%20Prozent%20gestiegen>.
  - Präsentation einer explorative Erhebung aus dem Jahr 2023 zu Hilfskräften mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen an der Goethe Uni von Korner, Fabian ; Scholz , Lea 2024 Präsentationsfolder auf Anfrage
  - <https://www.dbsv.org/persoenliches-budget-jetzt-entscheide-ich-selbst.html>
  - <https://sozialrecht-rosenow.de/eilantrag-vor-dem-sozialgericht.htm>
  - [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_810](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_810)
  - <https://www.buzer.de/gesetz/5856/a80922.htm?m=a080892a>
  - <https://www.bar-frankfurt.de/service/fort-und-weiterbildung/fachgesprach-2023.html>
  - [https://www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/190103\\_BMAS-Pers.Budget\\_broschuere-best-practice.pdf](https://www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/190103_BMAS-Pers.Budget_broschuere-best-practice.pdf)

## AStA

### Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Frankfurt am Main

im Studierendenhaus Bockenheim,  
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt  
Tel 069 798-23181  
Fax 069 7020-39  
e-mail info@asta-frankfurt.de  
asta-frankfurt.de

### Sekretariat Andy Uphoff

im Studierendenhaus, Raum B2  
Öffnungszeiten  
Mo, Di, Do 10–12 Uhr  
14–16 Uhr  
Tel 069 798-23181  
Fax 069 7020-39  
e-mail info@asta-frankfurt.de

## BERATUNG & HILFE

### AStA-Sozialberatung

Persönliche Beratungstermine  
siehe asta-frankfurt.de. Anfragen über  
soziales@asta-frankfurt.de

### AStA-Mietrechtsberatung

immer donnerstags 16–18 Uhr  
im AStA Haus (Random White House)  
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

### DGB Campus Office -

#### Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Die Beratung findet im Rahmen  
der AStA-Sozialberatung statt.

### Fördermöglichkeiten

für Studierende mit Behinderung  
www.barrierefrei-studieren.de

### Studentischer Projektrat

projektratunifrankfurt.wordpress.com  
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

### Wohnraum gesucht! — wohnraum-gesucht.de

### Nightline Frankfurt

Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr  
Tel 069 798-17238  
e-mail info@nightlineffm.com  
nightlineffm.com

### Goethe Law Clinic

im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem  
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde  
Fr 10–12 Uhr

### Psychosoziale Beratung des Studierendenwerks

im Beratungszentrum IG Farben Campus,  
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde  
Di, Do 15–17 Uhr  
Tel 069 798-34905  
e-mail psychosozialberatung@  
studentenwerkfrankfurt.de

## AUTONOME REFERATE

### Autonomes AusländerInnenreferat

Tel 069 79 82 52 36  
e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

### Autonomes FLinta-Referat

e-mail aflr@riseup.net  
instagram.com/aflintar.gu  
Tel 069-798 230 95

### Autonomes Queer-Referat

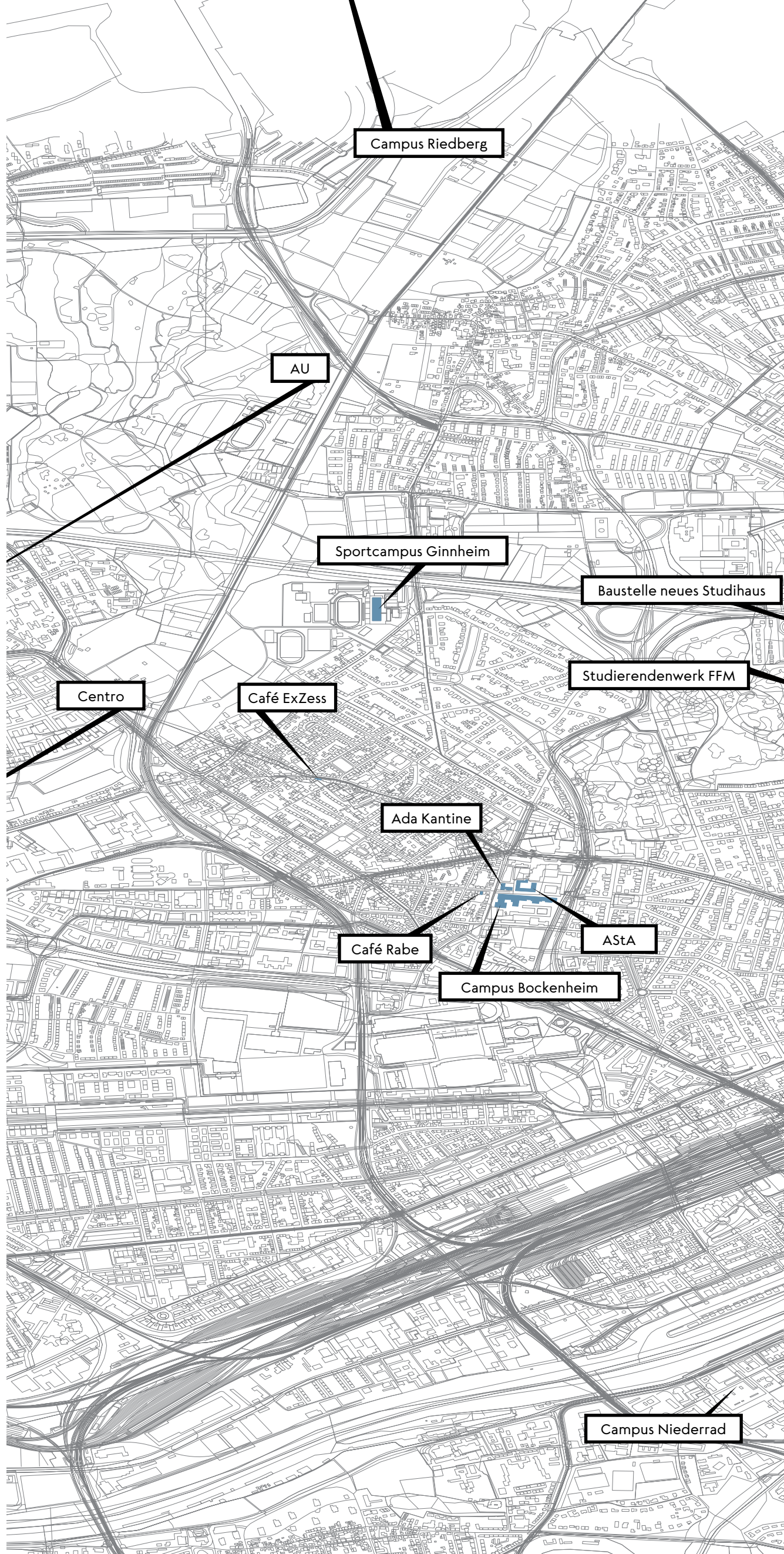
instagram.com/queerfemref

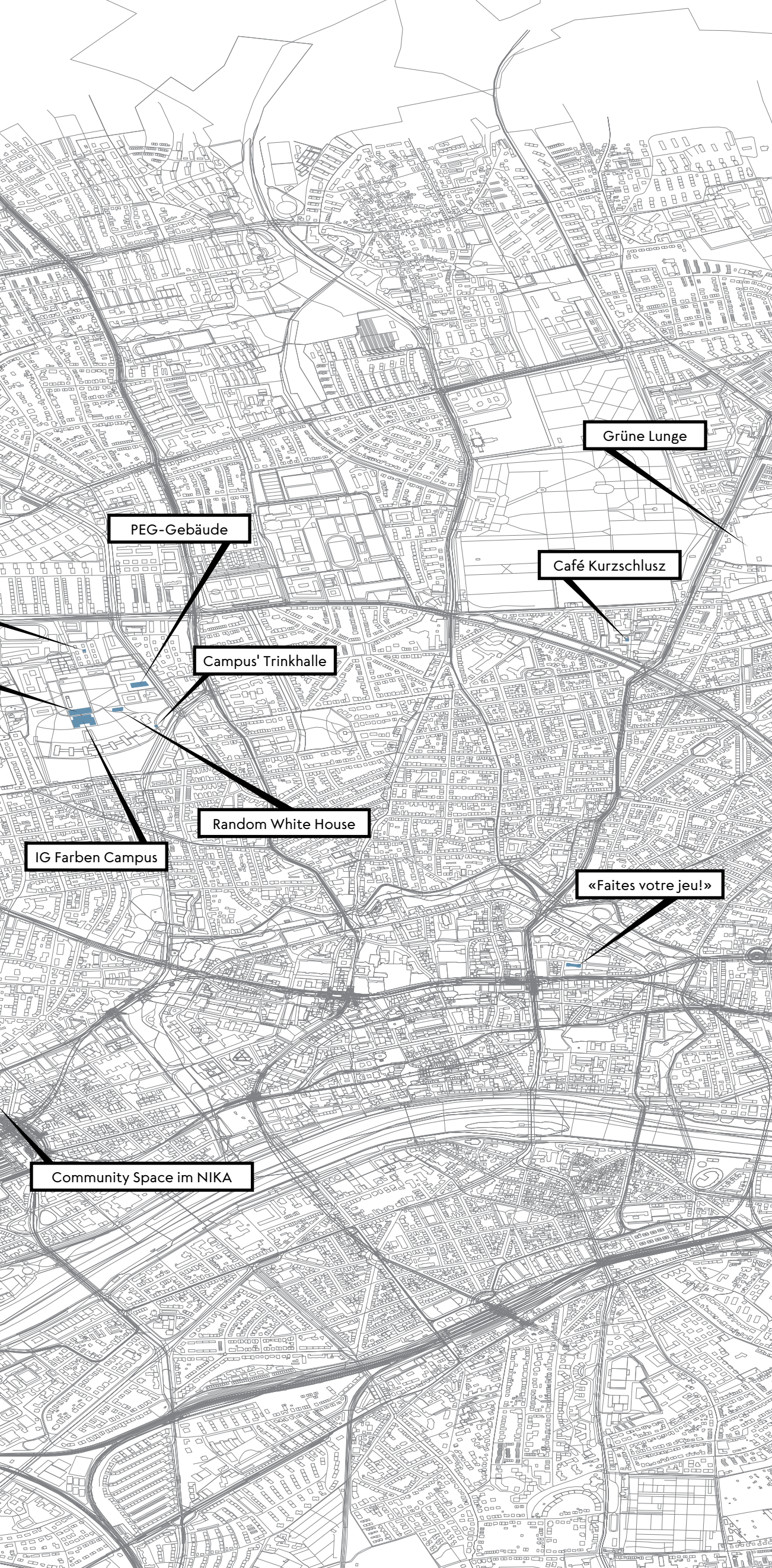
### Autonomes Inklusionsreferat

inklusionunifrankfurt@gmail.com

### Autonomes Elternreferat

Tel 0152 23 53 53 51  
e-mail eltern@asta-frankfurt.de





## UNI-INITIATIVEN

**Students for Future Frankfurt** – [twitter.com/sff\\_ffm](https://twitter.com/sff_ffm)

**Initiative Studierender am IG-Farben Campus**  
[initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de](http://initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de)

**Initiative Kritische Ökonomik**  
[kritische-oekonomik.de](http://kritische-oekonomik.de)

**AK Kritische Jurist\_innen der Uni Frankfurt**  
[facebook.com/akjffm](https://facebook.com/akjffm) – [akj-frankfurt@gmx.de](mailto:akj-frankfurt@gmx.de)

**Hilfskraftinitiative Frankfurt**  
[hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net](mailto:hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net)

**Academic Experience Worldwide**  
[www.aeworldwide.de](http://www.aeworldwide.de)

**Goethe's Green Office** – [goethesgreenoffice.org](http://goethesgreenoffice.org)

**UTV** – [facebook.com/utvfrankfurt](https://facebook.com/utvfrankfurt)  
[youtube.com/utvfrankfurt](https://youtube.com/utvfrankfurt)

**Unter\_bau** – Hochschulgewerkschaft, [unterbau.org](http://unterbau.org)

**Campusradio DauerWelle** – [radiodauerwelle.de](http://radiodauerwelle.de)

## SELBSTVERWALTETE RÄUME DER UNIS

**Random White House**  
[randomwhitehouse@riseup.net](mailto:randomwhitehouse@riseup.net)

**Philo-Café, IG 2.451**

**Café KOZ**, Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

**Campus Trinkhalle**, am IG Farben Campus

**Café Kurzschluss**, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.

**Café Anna Blume**, IG Ø.155

**TuCa**, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

**Fachschaftscafé Jura & WiWi**,  
RuW 1.127, IG Farben Campus

## STADTPOLITISCHE INITIATIVEN

**Project Shelter** – [www.projectshelter.net](http://www.projectshelter.net)

**Stadt für Alle** – [www.stadt-fuer-alle.net](http://www.stadt-fuer-alle.net)

**Offenes Haus der Kulturen** – Initiative für die  
Nachnutzung des Studierendenhauses Bocken-  
heim als selbstverwaltetes Zentrum, [ohdk.de](http://ohdk.de)

## AUTONOME ZENTREN

**IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz**  
zur Zeit ohne Wohnsitz — [www.ivi.copyriot.com](http://www.ivi.copyriot.com)

**«Faites votre jeu!»** im ehemaligen Polizei-  
gefängnis »Klapperfeld« Klapperfeldstraße 5,  
60313 Frankfurt, — [www.klapperfeld.de](http://www.klapperfeld.de)

**Café ExZess** Leipziger Straße 91,  
60487 Frankfurt — [www.cafe-exzess.tk](http://www.cafe-exzess.tk)

**AU** in der Au 14-16, 60489 Frankfurt  
[www.au-frankfurt.org](http://www.au-frankfurt.org)

**Community Space im NIKA** im Community  
Space des Hausprojektes NIKA sind regelmäßig  
Veranstaltungen und Ausstellungen.  
Niddastraße 57, 60329 Frankfurt am Main

**Grüne Lunge** am Günthersburgpark, Bedrohte  
Gartenanlage mit politischen & alternativen  
Projekten. Schlinkenweg 60389 Frankfurt a. M.

**Pupille e. V. – Kino in der Uni**  
jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3€,  
Campus Bockenheim, [www.pupille.org](http://www.pupille.org)

**Centro** – Soziales Zentrum, Alt-Rödelheim 6

**Ada Kantine** – Stadtteilkantine, Mertonstr. 30,  
[ada-kantine.org](http://ada-kantine.org)

**Café Rabe** – Begegnungsraum, Jordanstr. 3,  
[cafe-rabe.org](http://cafe-rabe.org)

# KÖRPER



In der letzten Ausgabe ging es um Rechtsextremismus, -populismus und faschistische Kontinuitäten, sowie die antifaschistischen Kämpfe dagegen. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass Antifeminismus, Misogynie und Queerfeindlichkeit elementare Bestandteile rechter Mobilisierung sind, welche an die bestehenden patriarchalen Strukturen und Denkmuster der Gesellschaft anschließen. Egal, ob es um sexualisierte Gewalt, das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen oder das Hineinzwängen in patriarchale Rollenbilder geht, im Zentrum stehen stets die Körper von FLINTA\*s, auf die zugegriffen und über welche bestimmt werden soll. Die von misogynen Rechten – nach der erneuten Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten – massenhaft in den sozialen Medien verbreitete Formel »Your body, my choice«, zeugt erschreckend davon. Deshalb wollen wir uns in der nächsten Ausgabe näher mit dem Thema Körper beschäftigen. Wie wird (direkt und indirekt) über unsere Körper verfügt? Welches widerständige Potenzial steckt in unseren Körpern?

Politik zielt – auf die eine oder andere Weise – immer auf Körper. Es geht darum, Körper zu sortieren und regierbar zu machen oder, wie Michel Foucault in »Überwachen und Strafen« schreibt, steht der Körper »unmittelbar im Feld des Politischen, die Machtverhältnisse legen ihre Hand auf ihn; sie umkleiden ihn, markieren ihn, dressieren ihn, martern ihn, zwingen ihn zum Arbeiten«. Die politische Besetzung des Körpers ist dabei unmittelbar an seinen ökonomischen Nutzen gebunden.

Das zeigt sich nicht nur, wenn Menschen an der harten körperlichen Arbeit und der jahrzehntelangen Politik des Sozialabbaus zugrunde gehen. Der französische Schriftsteller Édouard Louis schreibt dazu in seinem literarischen Essay »Wer hat meinen Vater umgebracht« über seinen Vater: »Du gehörst zu jener Kategorie von Menschen, für die die Politik einen verfrühten Tod vorgesehen hat«. Es geht auch darum, welche Körper die für den Kapitalismus notwendige reproduktive Arbeit übernehmen sollen; welche Körper gebären dürfen und sollen; welche Körper teilhaben dürfen; welche an den Grenzen – aktiv oder passiv – sterben gelassen werden; welche Körper über sich selbst bestimmen dürfen und welche nicht.



Bitte beachtet dabei die Beschränkung auf 10 000 Zeichen. Eure Beiträge sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an [zeitung@asta-frankfurt.de](mailto:zeitung@asta-frankfurt.de) bis zum 15.03.25 schicken.

Und selbst wenn wir uns aus scheinbar freien Stücken und zum Zwecke der »Self-Care« unsere Körper ständig optimieren und verändern, handelt es sich dabei doch meistens nur um ein Mittel, um das neoliberale Ideal eines gesunden, leistungsfähigen und schönen Körpers zu erfüllen, welcher eine Voraussetzung für Überleben im Kapitalismus ist. Können wir uns also überhaupt der Verfügung über unseren Körper entziehen?

Diese Stoßrichtung, dass es kein Außen der Macht gibt, wird von verschiedenen queeren, anarchistischen und abolitionistischen Theoretiker\*innen kritisiert: Dem 'nicht dermaßen regiert werden' halten sie entgegen, dass es darum gehen müsse, unregierbar zu werden und sie stellen die Frage, wie unregierbare Lebensformen, Lebens- und Liebesverhältnisse aussehen könnten. Wir wollen uns also auch auf die Suche nach solchen, unregierbaren Lebensformen und Körpern machen.

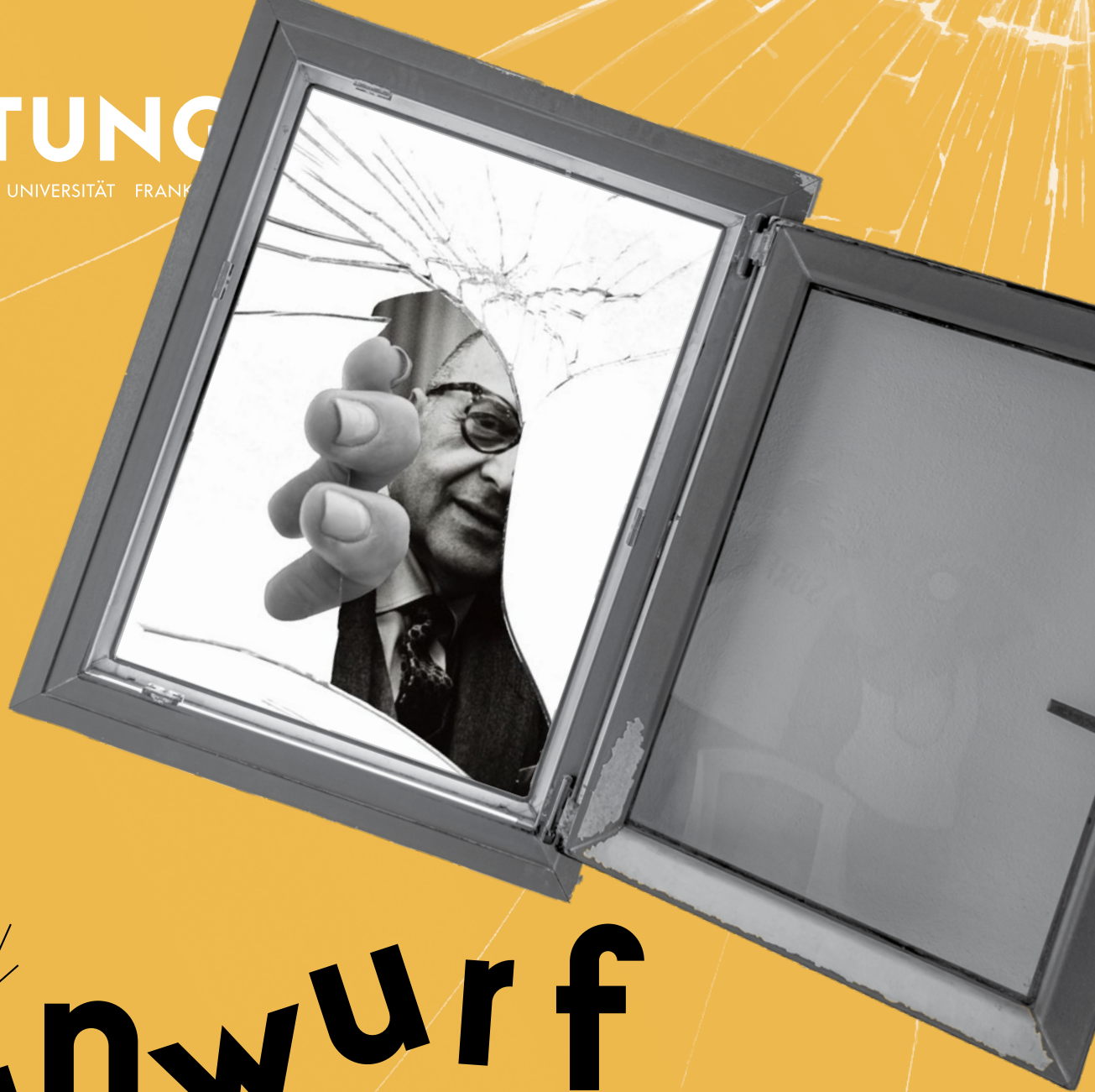
Wir freuen uns über eure Beiträge über verletzte und widerständige Körper, Sex und Geschlecht, zur Optimierung und dem Unregierbar-Werden; über Beiträge, die den Ausschluss, die Normierung, Sortierung und die Kontrolle sowie das in Körpern eingeschriebene Wissen sichtbar machen und aufzeigen, was unsere Körper brauchen und fordern.

Reicht eure Texte bis zum 15. März 2025 an [zeitungsredaktion@asta-frankfurt.de](mailto:zeitungsredaktion@asta-frankfurt.de) ein.

Da uns für die neue Ausgabe eine Vielfalt an Textformen wichtig ist, probiert euch gerne an Interviews, Reportagen oder anderen journalistischen Textgattungen aus. Auch literarische Einsendungen sind uns willkommen. Gerne könnt ihr davor mit uns in Kontakt treten. Einsendungen, die nicht zum Ausgabenthema passen, können in unserer Rubrik »Forum« aufgenommen werden oder werden separat auf unserer Website veröffentlicht. Egal, welche Textform ihr wählt und zu welchem Thema ihr schreibt, beachtet dabei bitte die Beschränkung auf 10.000 Zeichen.

Die AStA-Zeitung mit dem Titel »Körper« wird in Kooperation mit der Feministischen Bibliothek im Studierendenhaus erstellt.

Eure Redaktion



# Wie

# ein

# Steinwurf

# ins

# Fenster

Die ASTA-Zeitung ist die Zeitung der Studierendenschaft der Goethe-Universität Frankfurt. Die ASTA-Zeitung erscheint im Regelfall viermal jährlich, davon wird eine Ausgabe vor anstehenden Wahlen zum Studierendenparlament unterschiedslos an alle Studierenden der Goethe-Universität im Inland verschickt. Die Ausgaben jenseits der Wahlausgabe werden nur an Abonnent\*innen verschickt.

→ Ein Abonnement im Inland ist für Studierende der Goethe-Universität bereits im Studierendenschaftsbeitrag enthalten, zusätzliche Kosten entstehen somit nicht!

→ Für alle, die nicht an der Goethe-Universität studieren, kostet das Abo (ohne Wahlausgabe) inklusive Versand €10.

[asta-zeitung.de](http://asta-zeitung.de)

Jetzt

abonnieren